

ZWEITER VERHANDLUNGSTAG

Donnerstag, den 25. September 1952

VORMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler:

Ich eröffne die heutige Verhandlung des Parteitages, Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich einige kurze Mitteilungen zu machen:

1. Die Ordner haben die Verpflichtung, sich beim Verlassen und Eintreten in den Saal das Mandat oder den Ausweis vorzeigen zu lassen. Ich bitte Sorge zu tragen, daß das ohne Diskussion geschieht und nicht in jedem einzelnen Falle immer erst eine Aufforderung gegeben werden muß.

2. Eine weitere Bitte ist, das Rauchen soweit wie möglich einzustellen.

3. Eine Genossin hat eine Brille mit Rand verloren. Es wird gebeten, sie hier abzugeben.

Schließlich bitte ich, das Verteilen von Material während der Rede des Genossen Ollenhauer einzustellen.

Die Mandatsprüfungskommission tritt nach der Rede des Genossen Ollenhauer auf der Rosenterrasse zusammen.

Wir kommen zur eigentlichen Tagesordnung, und zwar zu Punkt 2:

Die Einheit Deutschlands und ein lebensfähiges Europa als vordringlichstes Ziel sozialdemokratischer Politik.

Ich bitte den Genossen Ollenhauer, das Wort zu nehmen. (Beifall.)

Erich Ollenhauer:

Genossinnen und Genossen!

Der Ausgangspunkt für jede sozialdemokratische Politik sind die durch Krieg und Nachkriegszeit in Deutschland und Europa geschaffenen Gegebenheiten.

Das vordringlichste Ziel ist die Schaffung eines geeinten, freien, demokratischen und sozialen Deutschlands in einem Europa von Freien und Gleichen.

Ohne die Sicherung der nationalen Existenz unseres Volkes wie die jedes anderen Volkes ist weder der Aufbau eines lebensfähigen Europas noch die Verwirklichung des demokratischen Sozialismus möglich.

Wir vergessen das unendliche Leid nicht, das Krieg und Hitler-Diktatur über Millionen unschuldiger Menschen in unserem Volk und in anderen Völkern gebracht hat, wenn wir feststellen, daß die verhängnisvolle Folge der Katastrophe von 1945 die Zerstörung der nationalen Einheit des deutschen Volkes durch die geographische und politische Spaltung Deutschlands ist.

Die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und unsere Mitarbeit in ihr sind vor unserem Gewissen und vor der Geschichte nur zu rechtfertigen, wenn die Bundesrepublik im Hinblick auf die deutsche Einheit in unserem Bewußtsein und in unserem Handeln stets als Provisorium lebendig bleibt. (Beifall.)

Jeder Schritt und jede Maßnahme, die wir über die unumgängliche Ordnung der Dinge im Gebiet der Bundesrepublik innen- und außen-

politisch unternehmen, müssen bestimmt werden vom Bewußtsein der Verantwortung für das ganze Deutschland, für Berlin, für die Sowjetzone, für das Gebiet hinter Oder und Neiße und für die Saar.

Wir haben viele Bekenntnisse zur deutschen Einheit, wir haben einstimmige Beschlüsse des Bundestages, aber wir haben trotzdem eine tiefe Unruhe im deutschen Volk. Sie resultiert nicht in erster Linie aus der kommunistischen Propaganda für die deutsche Einheit. Sie ist in Wahrheit die Folge der praktischen Politik der gegenwärtigen Bundesregierung und einflußreicher, hinter ihr stehender Kräfte. (Beifall — Sehr gut!)

Die Außenpolitik der Bundesregierung ist nur verständlich, wenn man von der Annahme ausgeht, daß für sie die Teilung Deutschlands für eine absehbare Zeit eine unabänderliche Tatsache ist. (Sehr richtig!) Fünfzigjährige Bindungen eines Teiles Deutschlands an internationale Verträge, wie den Schumanplan, sind unvereinbar mit dem im Hinblick auf Gesamtdeutschland provisorischen Charakter unserer Bundesrepublik. (Beifall.)

Ich mache den Bundeskanzler oder die Bundesregierung nicht verantwortlich für eine so schamlose Bemerkung, daß unter den gegenwärtigen Umständen eine gesamtdeutsche Einigung gesamtdeutsches Elend bedeuten würde (Hört, hört!), aber es ist bemerkenswert, daß solche Äußerungen aus Kreisen kommen, die sich uns gegenüber immer als die besseren Europäer herausstreichen. (Sehr gut!) Was kann Europa von Männern erwarten, die nicht einmal bereit sind, für die Einigung der eigenen Nation Opfer auf sich zu nehmen. (Sehr gut! — Beifall.)

Die deutsche Sozialdemokratie ist der Auffassung, daß kein Opfer zu groß ist, wenn es sich darum handelt, nach der Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit das wirtschaftliche und soziale Tief, das durch die Ausbeutungspolitik der Sowjets in der Sowjetzone entstanden ist, durch alle notwendigen materiellen Leistungen aus dem Westen wieder aufzufüllen. (Beifall.)

Außer der undiskutablen Sowjetisierung Deutschlands sind zwei Lösungen für uns unannehmbar. Die erste ist der Versuch, sich mit dem Status quo, mit der Existenz von zwei selbständigen Staatsgebilden auf deutschem Boden, abzufinden und die sogenannte Deutsche Demokratische Republik de facto anzuerkennen. Es ist vom Standpunkt bestimmter Kreise des deutschen Unternehmertums keine schlechte Lösung, hier im restaurierten Westen zu leben, aber die Gewinnmöglichkeiten aus Geschäften mit der Sowjetzone auszunutzen. (Sehr gut!) Das mag ein erträgliches Verfahren für die Beteiligten sein, aber es ist weder eine nationale noch eine deutsche Lösung.

Die zweite Vorstellung ist der Gedanke, im Falle einer Überwindung der Spaltung die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf dem Wege des Anschlusses der Sowjetzone an die Bundesrepublik zu betreiben, d. h. die einfache Gleichschaltung der Sowjetzone mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik von heute.

Es gibt nur eine unerläßliche Voraussetzung für den Aufbau eines einheitlichen Deutschlands, nämlich die Herstellung von freiheitlichen und demokratischen Zuständen in allen Teilen Deutschlands, freie Wahlen und Freiheit der Person. Die politische und vor allem die ökonomische Gestaltung des neuen geeinten Deutschlands ist ausschließlich die Aufgabe des neuen frei gewählten gesamtdeutschen Parlaments. (Lebhafter Beifall.)

Wir Sozialdemokraten lehnen es ab, die Wirtschaftsgestaltung in der Sowjetzone als Sozialisierung zu betrachten, aber wir lehnen mit der gleichen Entschiedenheit eine Politik der Reprivatisierung des Großbesitzes (Lebhafte Zustimmung) und der Restauration früherer Verhältnisse ab.

Ein frei gewähltes deutsches Parlament wird nicht nur vor der Aufgabe stehen, in der jetzt von den Sowjets besetzten Zone menschenwürdige Zustände für alle zu schaffen, es wird auch seine Aufgabe sein, die Entwicklung in der jetzigen Bundesrepublik in der Richtung auf eine demokratische und sozialistische Ordnung voranzutreiben. (Lebhafter Beifall.) Wir haben in der letzten Woche eine Diskussion über die Frage gehabt, ob man eine Delegation aus Pankow empfangen soll oder nicht.

Das merkwürdige Argument für den Empfang war, man müsse durch den Empfang unter Beweis stellen, daß man die Einheit wolle und daß man bereit sei zu einem Gespräch unter Deutschen.

Sprechen wir nicht von der moralisch-menschlichen Seite. Kann man wirklich mit Männern reden, die als Verhandlungspartner nichts anderes mitbringen, als daß sie die Verantwortlichen für das Diktatorsystem hinter dem Eisernen Vorhang, für die Schrecken von Bautzen und Aue sind und den Vorkämpfern der Freiheit zu Tausenden Freiheit und Leben geraubt haben? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Sprechen wir lieber von der politischen Seite.

Wir sind jederzeit bereit, mit Vertretern der Deutschen aus der Sowjetzone zu reden, aber nur mit Männern und Frauen, die sich durch freie Wahlen als frei gewählte Vertrauensleute legitimieren können. (Lebhafter Beifall.)

Jeder andere Weg, jede Fühlungnahme mit den Repräsentanten des Pankower Diktatorsystems führt zu den sogenannten Gesamtdeutschen Gesprächen, die kein Mittel zur Wiederherstellung der deutschen Einheit, sondern ausschließlich ein Instrument der kommunistischen Zersetzungs politik im Westen sein würden.

Der Schlüssel zur deutschen Einheit liegt nicht bei den Gefangenenerwärttern in Pankow, er liegt bei dem Hausherrn in Moskau. (Sehr richtig!)

Der erste und wichtigste Prüfstein für die Stärke des Willens zur deutschen Einheit ist praktische Politik, insbesondere das Verhältnis zu Berlin.

Aber die Sicherung und Erhaltung Berlins als eines lebensfähigen Vorpostens der deutschen und der europäischen Demokratie ist eine immer von neuem gestellte Aufgabe, vor allem für die deutsche Politik.

Es kommt nicht in erster Linie darauf an, wo und was über Berlin gesprochen wird, es kommt darauf an, was für Berlin praktisch getan wird.

Die Gefahr für die Existenz und die Lebensfähigkeit dieser Stadt, für die Hauptstadt der kommenden deutschen Republik ist noch nicht vorüber. Berlin liegt in der vordersten Front des Kalten Krieges. Die Berliner, die ihre großartige moralische Kraft, ihren Mut und ihre Entschlossenheit so oft unter Beweis gestellt haben, haben ein Recht darauf, daß die Bundesrepublik ihnen in noch höherem Maße als bisher die wirtschaftliche und finanzielle Hilfe gewährt, die sie brauchen, um auf die Dauer den Gefahren der wirtschaftlichen und politischen Isolierung begegnen zu können. Dreihunderttausend Arbeitslose, die Notlage der Rentner und Unterstützungsempfänger, die schwierige Lage der Berliner Wirtschaft im ganzen, sind eine ständige Mahnung an uns hier in der Bundesrepublik. Es gibt kein stichhaltiges Argument, mit dem die notwendige Hilfe verweigert werden könnte.

Wir Sozialdemokraten wissen, daß die Frage der deutschen Einheit nur gelöst werden kann durch eine Vereinbarung zwischen den vier Besatzungsmächten. So entschieden wir gegen jeden Kontakt mit den Pankower Hilfstruppen des Kremls sind, so entschieden fordern wir Viermächteverhandlungen über Deutschland.

Seit einem halben Jahr, seit der Märznote der Sowjetunion, ist dieses Viermächtegespräch in Gang. Die Bundesrepublik ist keiner der eigentlichen Partner in diesem Gespräch, aber sie ist uns selbst im Rahmen der uns gegebenen geringen Möglichkeiten zu passiv. Wir hätten gewünscht, die Bundesregierung hätte auch nur einen Bruchteil ihrer außenpolitischen Aktivität, die sie bei den Verhandlungen über die westeuropäischen Vertragswerke an den Tag gelegt hat, der Frage der deutschen Einheit zugewendet. (Lebhafter Beifall.)

Der Bundestag hat am 10. Juli dieses Jahres auf sozialdemokratischen Antrag einstimmig den Beschluß gefaßt, die Bundesregierung aufzufordern, den vier Besatzungsmächten in aller Form den Wunsch nach baldiger Einberufung einer Viermächtekonferenz zu unterbreiten. In der vorigen Woche erhielten die Mitglieder des Bundestages eine Mitteilung des Staatssekretärs Hallstein, datiert vom 11. August, man habe den Beschluß des Bundestages den Hohen Kommissaren mitgeteilt. „Es gibt keine deutlichere Demonstration für die Lauheit der Bundesregierung in der Ausführung der Beschlüsse des Bundestages als in diesem Fall.“

Bei den vier Besatzungsmächten wird die gleiche Frage zuerst unter dem Gesichtspunkt ihrer eigenen nationalen und internationalen Interessen gesehen. Das gilt nicht nur für die Sowjetunion. Das Interesse an der Wiederherstellung eines geeinten Deutschland ist bei den verschiedenen Besatzungsmächten verschieden groß. Die Rangordnung, die man dem deutschen Problem in der Skala der internationalen Probleme der einzelnen Besatzungsmächte zuweist, ist sehr unterschiedlich.

Wir können solche Überlegungen der Alliierten verstehen, aber sie können und dürfen nicht die Richtlinie für unsere eigene Aktivität in dieser Frage sein, wenn das Bekenntnis zur deutschen Einheit nicht als ein blasses, blutleeres Lippenbekenntnis erscheinen soll.

Es handelt sich nicht um die Frage einer aggressiven oder behutsamen Außenpolitik der neuen deutschen Demokratie, es handelt sich darum, daß jetzt — im Zeitalter der Partnerschaft, wie man uns sagt — die deutsche Politik in der Frage der deutschen Einheit nicht in erster Linie aufgebaut werden kann auf den Interessen und nationalen und internationalen Bedürfnissen der drei westlichen Besatzungsmächte.

Die Frage der deutschen Einheit ist nicht nur eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Angesichts der Entwicklung seit 1946 kann niemand bestreiten, daß die Spaltung Deutschlands zugleich die Spaltung Europas und der Welt bedeutet. Wir erfüllen daher ein europäisches und ein internationales Anliegen, wenn wir für die Einheit Deutschlands in Freiheit kämpfen.

Wir brauchen uns dabei wirklich nicht gegen den Verdacht zu verteidigen, unser Drängen nach einer Viererkonferenz entspringe einer Sympathie für das Sowjetregime oder einer Spekulation mit der Möglichkeit des Ausspiels des Ostens gegen den Westen.

Die europäische Demokratie hat heute einen ihrer stärksten Stützpunkte in Deutschland, wo die sozialistische Arbeiterbewegung seit dem Ende des ersten Weltkrieges einen ununterbrochenen kompromißlosen Kampf gegen den Kommunismus geführt hat.

Was die Sowjetunion als internationalen Verhandlungspartner angeht, so wollen wir doch auch nicht vergessen, daß dieselbe Sowjetunion von den Westmächten als bündnisfähig angesehen wurde, als der Westen in einem Kampf auf Leben und Tod gegen den deutschen Hitlerismus stand. Und daß heute noch die Freundschaftsverträge zwischen Frankreich und Eng-

land auf der einen Seite und der Sowjetunion auf der anderen in Kraft sind.

Die Fragen der inneren Ordnung eines Staates und der moralischen und politischen Bewertung der einzelnen Verhandlungspartner stehen in diesem Zusammenhang überhaupt nicht zur Diskussion.

Die einzige Frage ist, ob es möglich ist, auf dem Wege von Verhandlungen der vier Besatzungsmächte — der einzig denkbare Weg einer friedlichen Lösung — zur deutschen Einheit zu kommen. Keine Einheit um jeden Preis. Ein geeintes Deutschland als Volksdemokratie und als sowjetisches Protektorat lehnen wir ab, denn das wäre der Weg in die Knechtschaft und in den Krieg. Es wäre der Weg über München und Wien nach Prag im Jahre 1939.

Hier und heute wünschen wir gerade im Hinblick auf die gestern veröffentlichte Antwortnote der Westmächte an die Sowjetunion an Stelle eines endlosen fruchtlosen Notenwechsels den Versuch einer Viererkonferenz. Es ist klar, daß der erste Schritt zur Wiederherstellung der deutschen Einheit die Durchführung und Sicherung von freien Wahlen in allen vier Zonen und in Berlin sein muß. Aber wenn die Sowjets jetzt in ihrer letzten Note mehrere Tagungsordnungspunkte vorschlagen und die Diskussion über die freien Wahlen an den Schluß dieser Liste setzen, so soll man nicht auf dem Notenwege über die Reihenfolge der Tagungsordnung, sondern am Verhandlungstisch die Reihenfolge der Aktion diskutieren. (Lebhafter Beifall.)

Die sozialdemokratische Forderung ist und bleibt die baldige Einberufung einer Viermächtekonferenz mit dem festen Willen, am Konferenztisch die Möglichkeiten der Lösung des Problems der deutschen Einheit ernsthaft zu untersuchen. Bedauerlich ist vom nationalen Standpunkt, daß die Sozialdemokratische Partei in dieser Forderung nach einer Viermächtekonferenz gegenüber der Bundesregierung allein steht. Die Bundesregierung hat vor einigen Tagen den Text der Antwortnote der drei Westmächte gebilligt. Ich muß sagen, daß das nicht überrascht. In der Verhandlung mit dem Bundeskanzler stellte sich heraus, daß es in dieser Diskussion über die Lebensfrage, insbesondere über die deutsche Einheit, keine Übereinstimmung zwischen dem Bundeskanzler und der sozialdemokratischen Opposition gibt.

Dann diskutiert man über den Preis, den man für die Verständigung mit der Sowjetunion über die deutsche Frage zahlen muß. Man sagt, die Sowjets könnten doch niemals den von ihr besetzten Teil Deutschlands aufgeben ohne eine Gegenleistung. Ist diese Diskussion wirklich so real, wie sie auf den ersten Blick scheint?

Wenn es zu einer Verständigung über die Einheit Deutschlands in Freiheit kommt, dann ist doch nicht nur für das deutsche Volk unendlich viel gewonnen, sondern ebensoviel für den Frieden der Welt. Dann ist einer der gefährlichsten Spannungspunkte in der internationalen Politik entschärft.

Der Aufbau der westlichen Verteidigung basiert doch in hohem Maße auf der Tatsache der durch die Spaltung Deutschlands hervorgerufenen Spannung. Fällt sie weg, dann schafft sie eine neue Lage in den Beziehungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Hat man sich über die deutsche Frage einigen können, dann kann und muß man gemeinsam auch über die sich daraus ergebenden Konsequenzen reden, und die neugewählte deutsche Regierung wäre ein gleichberechtigter Partner in diesem Gespräch.

Es ist auch nicht einzusehen, warum man eine solche Scheu vor einer Konferenz hat. Selbstverständlich trägt sie in sich das Risiko des Scheiterns.

Aber auch jede andere Politik hat ihr Risiko. Und warum ist die Politik der Geduld, die die Vereinigten Staaten in den Waffenstillstandsverhandlungen in Korea betreiben, nicht auch anwendbar für die Politik in Europa? (Beifall.) Hier geht es ja schließlich mindestens um die 18 Millionen Menschen, die in der Sowjetzone zu befreien sind, um 18 Millionen Gefangene des Kalten Krieges. (Zustimmung.) Außerdem: die Frage des Zustandekommens oder des Nichtzustandekommens dieser Konferenz kann bei der gegenwärtigen Weltlage mitentscheidend sein für die schicksalsschwerste Entscheidung der Mächtigen dieser Welt über Krieg oder Frieden. (Sehr gut!)

Die Erhaltung des Friedens ist aber für unser Volk die Lebensfrage. Von ihr hängt unsere Existenz als Staat und Nation ab,

Dabei wissen wir selbstverständlich, daß die Diskussion über eine Viererkonferenz nicht im luftleeren Raum stattfindet. Sie wird geführt in einer Welt, in der der Expansionsdrang der Sowjets und der Selbsterhaltungs- und Verteidigungswille der freien Völker aufeinanderstoßen. Die westliche Aufrüstung ist die Folge der russischen Expansionspolitik in Osteuropa nach 1946. In dem Willen zur Erhaltung und zur Verteidigung ihrer Freiheiten sind sich die deutschen Demokraten und Sozialdemokraten mit den Demokraten des Westens einig. Wir Sozialdemokraten wissen vor allem, daß es ohne die Erhaltung der demokratischen Freiheiten keine Zukunft für eine freie Arbeiterbewegung und keinen freiheitlichen Sozialismus geben kann. Diese Erkenntnisse haben von Anfang an unseren politischen Standort in der Auseinandersetzung zwischen sowjetischem Totalitarismus und westlicher Demokratie eindeutig an der Seite des demokratischen Westens bestimmt. Er wird sich nicht ändern. (Lebhafter Beifall)

Die Differenzen, um die es jetzt geht, beginnen erst in der Diskussion über die Konsequenzen, die sich in Hinblick auf die besondere deutsche Situation daraus ergeben. Es kann jedenfalls heute kein Zweifel darüber bestehen, daß es ein verhängnisvoller Fehler der amerikanischen Politik war, als sie im Jahre 1950 die Frage der Beteiligung des gespaltenen und machtlosen, unter der Besatzungsgewalt der Siegermächte lebenden Deutschlands an der militärischen Verteidigung der westlichen Welt aufwarf, und noch verhängnisvoller für die deutsche und die europäische Politik war das Angebot eines militärischen Beitrags durch den deutschen Bundeskanzler vom August 1950. (Sehr richtig!) Die Sache der freien Völker hat nichts mit diesem unglückseligen Start der Diskussion gewonnen, aber der Aufbau eines lebensfähigen, umfassenden Europas ist heute in ernster Gefahr.

Die gegenwärtige Unmöglichkeit einer gemeinsamen deutschen Außenpolitik von Regierung und Opposition liegt nicht in taktischen Differenzen, sie liegt im Grundsätzlichen. Mit dem Augenblick der Konstituierung der Bundesrepublik im Herbst 1949 und mit dem Beginn einer ersten außenpolitischen Aktivität der Bundesregierung mußte es einen ersten und unantastbaren Grundsatz dieser Außenpolitik geben. Das Provisorium Bundesrepublik darf keine — wie immer gearteten — internationalen Verpflichtungen auf Vertragsbasis eingehen, die durch deutsche Entscheidung die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschweren oder erschweren könnten. (Lebhafte Zustimmung.)

Schon die Unterzeichnung des Petersberg-Abkommens war ein erster Schritt in der falschen Richtung. Dann kam die Einladung an die Bundesrepublik, dem Europarat als assoziiertes Mitglied beizutreten. Wir haben darüber ausführlich auf unserem Hamburger Parteitag gesprochen. Inzwischen ist die Bundesrepublik Mitglied des Ministerrats und damit neben den anderen Mitgliedstaaten gleichberechtigt. In einem anderen entscheidenden Punkt aber, der damals für unsere Ablehnung eine große Rolle

spielte, sind unsere Befürchtungen in vollem Umfang eingetroffen. Die gleichzeitige Einladung an das Saargebiet, unter denselben Bedingungen wie die Bundesrepublik dem Europarat beizutreten, hat in Straßburg zu einer De-facto-Anerkennung des gegenwärtigen Status an der Saar geführt.

Die Konsequenzen dieser damaligen Entscheidung der Mehrheit des Bundestages haben wir zuletzt in der vorigen Woche in Straßburg bei der Behandlung des Antrags der deutschen Delegierten zur Saarfrage erlebt. Die Mehrheit der Versammlung hat eine Diskussion über die Zustände an der Saar als „politisch inopportun“ bezeichnet, und der Antrag ist zunächst im Ausschuß verschwunden. (Hört, hört!)

Ebenso ernst hat sich die Ignorierung der deutschen Interessen in bezug auf die deutsche Einheit im Zusammenhang mit dem Schumanplan ausgewirkt. Er bindet den entscheidenden Teil des westdeutschen wirtschaftlichen Potentials an die kleineuropäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Er sanktioniert de facto — trotz allem Briefwechsel — die wirtschaftliche Annexion des Saargebiets durch Frankreich. Eine materielle Änderung dieses Zustandes ist nach französischer Auffassung unmöglich, weil es das wirtschaftliche Gleichgewicht der Kräfte in der Montan-Union zugunsten Deutschlands verschieben würde. Die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes ist für Frankreich eine Bedingung für seine Mitarbeit im Schumanplan geworden.

Ein anderer Gesichtspunkt! Im Falle der Einigung Deutschlands wird die Stahl- und Kohleproduktion der Sowjetzone nicht automatisch in den Bereich der Montanunion einbezogen. Ihre Aufnahme bedarf der Zustimmung aller Vertragspartner. Das heißt: Alle Befürchtungen, die die sozialdemokratischen Redner in der Ratifizierungsdebatte in dieser Richtung vorgebracht haben, haben sich bestätigt. Die deutsche Vorleistung auf Kosten der deutschen Einheit ist offensichtlich.

Die vorläufige Krönung wird diese Politik der Außerachtlassung wichtiger deutscher Interessen in bezug auf die deutsche Einheit finden, wenn der Generalvertrag und der EVG-Vertrag ratifiziert werden sollten. Ich will hier nicht im einzelnen die Unannehmbarkeit des Generalvertrags und des EVG-Vertrags nachweisen. Unser Widerstand gegen die Eingliederung der Bundesrepublik in das westeuropäische Verteidigungssystem ist nicht begründet in einer grundsätzlichen Verweigerung der Teilnahme an der Verteidigung der demokratischen Freiheiten. Wir berufen uns auch nicht auf die Argumente der Pazifisten. — Wir wenden uns gegen den konkret vorliegenden Plan der Verteidigung, der hier allein zur Entscheidung steht.

Eine Gemeinschaft zur Verteidigung muß aufgebaut sein auf dem Prinzip des gleichen Risikos und der gleichen Chancen für alle. Sie muß aufgebaut sein auf dem gleichen Recht der Mitbestimmung in allen entscheidenden Fragen der Politik und der Strategie, die über Leben und Tod der jungen Menschen entscheiden, denen wir den Dienst in der Verteidigungsgemeinschaft zumuten sollen.

Keine dieser beiden Voraussetzungen ist in dem zur Diskussion stehenden Vertragssystem mit seiner Unterordnung unter das Atlantikpakt-System gegeben.

Der Generalvertrag gibt der deutschen Regierung keine echten Zuständigkeiten in allen Fragen, die die deutsche Einheit betreffen. Sie kann auf diesem Gebiet auch nach dem Inkrafttreten des Vertrages nur aktiv werden durch die Botschafter oder die Botschafterkonferenz der drei Westmächte. Der EVG-Vertrag bindet die Bundesrepublik nach der militärischen Seite. Die Bundesrepublik soll aktiv teilnehmen an einem Verteidigungs-

system, das Schutz bieten soll gegen die Gefahr einer sowjetischen Aggression, eines Landes also, das gleichzeitig eine der deutschen Besatzungsmächte ist.

Was immer die Auswirkungen dieser europäischen Verteidigungsgemeinschaft für die internationale Politik sein mögen, die Wirkung für Deutschland in der Richtung einer Vertiefung der Spaltung Deutschlands und der Erschwerung der deutschen Einheit ist unvermeidlich.

Das Resultat dieser Politik der Bundesregierung ist, daß wir in der Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit in höherem Maße Objekt der Politik der Besatzungsmächte geblieben sind, als wir es zu sein brauchten.

Die Politik des „Sich-ausreifen-Lassens“, des, wie man es heute nennt, „Ausklammerns“ von schwierigen Problemen hat sich in unserem Falle als eine Politik der ununterbrochenen deutschen Vorleistungen erwiesen. (Sehr richtig!)

Der zweite grundsätzliche Einwand gegen die Außenpolitik der Bundesregierung bezieht sich auf den Komplex der sogenannten Partnerschaft. Der Generalvertrag soll ein neues Stadium der Beziehungen zwischen den Deutschen und den Besatzungsmächten einleiten. Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist in Wirklichkeit ein Kompromiß zwischen der bisherigen Besatzungspolitik und einer Erweiterung der Rechte der Selbstverwaltung der Deutschen. Man hat ganz offensichtlich nach dem Grundsatz gehandelt: „So viel Besatzungsrecht wie möglich und nur so viel deutsche Selbständigkeit wie absolut unvermeidbar“. (Sehr gut!)

Man kann die Ursachen für dieses Kompromiß erklären und verstehen. In der kurzen Spanne von sieben Jahren ist nicht alles vergeben und vergessen, was im Namen Deutschlands anderen Völkern zugefügt wurde, und manche Erscheinungen in der Bundesrepublik erfüllen nicht nur Ausländer mit Sorge über die Stabilität der deutschen Demokratie. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben deshalb hier keine Vorwürfe zu erheben. Wir sind aber der Meinung, daß man nicht beides haben kann. Auf der einen Seite die vertragliche Verankerung von vielleicht begreiflichen Sicherungsmaßnahmen der Besatzungsmächte und auf der anderen Seite die Verpflichtung zum letzten Einsatz, den ein Volk geben kann, den Einsatz von Menschen.

Die Freiheit kann mit Aussicht auf Erfolg nur von freien Menschen verteidigt werden. Eine übernationale Armee, wie man sie jetzt anstrebt, kann nur existieren und im Ernstfall kämpfen, wenn sie von gegenseitigem Vertrauen und von vollem Respekt des einen vor dem anderen getragen wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Die deutsche Außenpolitik kann nicht alle europäischen und internationalen Probleme, die der Krieg und die Nachkriegszeit aufgeworfen haben, auf ihre Schultern nehmen. Aber da, wo man ihren Beitrag verlangt, wo man ihn verlangt als Partner in der neuen Ära, da muß die Frage der echten Partnerschaft vor dem Vertragsabschluß ausgehandelt und ausgekämpft werden. (Lebhafte Zustimmung) Das ist nicht geschehen.

Es geht uns in diesen Lebensfragen der Nation nicht um Rechthaberei oder um Opposition um der Opposition willen. Wir sind der Meinung, daß in den letzten zwei Jahren die alliierte und die offizielle deutsche Außenpolitik eine große Chance für die Sache der Demokratie verspielt haben. (Sehr richtig!) Am deutschen Beispiel hätte man vor der Welt und vor allem vor den unterdrückten Völkern in Osteuropa die Überlegenheit der demokratischen und westlichen Vorstellungs- und Lebenswelt demonstrieren können. Hier liegt doch die große Möglichkeit. Die Sowjets behaupten sich in Osteuropa und in der Sowjetzone nur mit einem System von Unter-

drückung und Gewalt. Wenn auf der anderen Seite die amerikanische Politik der Sammlung der Kräfte des westlichen Europas begonnen hätte mit dem entschlossenen Versuch, ihre westeuropäischen Partner zu gewinnen für eine großherzige und großzügige Politik der echten Partnerschaft gegenüber dem freien Teil Deutschlands, wenn den Menschen hier eine echte Wende zum Bewußtsein gekommen wäre, dann stünden wir heute in der ideologischen und politischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus mit größerer Anziehungskraft da, als es tatsächlich der Fall ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch in einer solchen Politik mag ein Risiko stecken, aber es wäre das Risiko des Vertrauens in die demokratischen Kräfte Deutschlands gewesen, und die Zeit zwischen 1920 und 1930 sollte uns alle gelehrt haben, daß das Risiko eines rechtzeitigen Vertrauensbeweises an die Kräfte der Demokratie geringer ist als eine Politik des Zögerns und der Halbheiten. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind überzeugt, daß das jetzige System der Verträge zu keiner erträglichen und befriedigenden Lösung des deutschen und europäischen Problems führt. Wir werden diese Verträge ablehnen. Wir sind sicher, daß wir uns in dieser Haltung in Übereinstimmung befinden mit der Mehrheit unseres Volkes. Das gilt vor allem für die jungen Menschen. Sie sind in ihrer großen Mehrheit weder Kommunisten noch „Ohne-mich-Leute“, aber sie haben das unvergeßlich erschütternde Erlebnis eines sinnlosen Einsatzes an Blut und Leben hinter sich. Die landläufige Vorstellung einer militärbegeisterten, kriegssüchtigen deutschen Jugend ist gegenstandslos geworden. Das ist gut für unser Volk und für die anderen Völker.

Aber von der Notwendigkeit des Militärdienstes als einer staatsbürgerlichen Pflicht wie in jedem anderen demokratischen Land werden wir sie nur überzeugen können, wenn wir ihnen mit gutem Gewissen sagen können, daß es im Interesse der Erhaltung der eigenen Existenz und der Freiheit und der Lebensmöglichkeiten unseres Volkes einen Sinn hat, diesen Dienst zu leisten, und daß sie nicht Objekte fremder Entscheidungen sein werden. (Sehr richtig!) Diese elementaren Voraussetzungen auch nach dieser Richtung hin sind in den Verträgen nicht gegeben.

Die Regierung und ihre Mehrheit übernehmen eine schwere Verantwortung, wenn sie trotz dieses Widerstandes die Verabschiedung der Verträge im Parlament erzwingen. Wir wollen vor niemand irgendeinen Zweifel darüber lassen, daß wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln den parlamentarischen Kampf gegen diese Verträge führen werden und daß es für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in dieser Frage keinen Unterschied in ihrer Haltung geben wird, ob sie heute in der Opposition oder morgen in der Regierung ist. (Lebhafte Beifall.) Werden die Verträge gegen unseren Willen angenommen, dann wird die Sozialdemokratie vom ersten Tage ab für ihre radikale Revision durch neue Verhandlungen auf neuer Grundlage kämpfen.

Dabei möchten wir noch einmal in aller Form und mit allem Nachdruck die Regierung und ihre Mehrheit warnen, die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verträge auf die leichte Schulter zu nehmen. Sie steht nach wie vor auf der Tagesordnung. Ein etwaiger Versuch, die Verträge zu ratifizieren, bevor die Frage ihrer Verfassungsmäßigkeit geklärt ist, wäre nicht nur die gewollte Mißachtung einer ersten Sorge eines großen Teils des deutschen Volkes, es wäre auch ein Verstoß gegen die Treueverpflichtung gegenüber der Verfassung der Bundesrepublik selbst. (Lebhafte Zustimmung!)

Man hat unsere Ablehnung des Schumanplans und des EVG-Vertrages als Beweis für eine nationalistische und antieuropäische Haltung der SPD bezeichnet.

Soweit sich unsere Ablehnung des Schumanplans als auch des Generalvertrags und des EVG-Vertrages begründet in der Tatsache, daß in allen diesen Verträgen entscheidende politische und wirtschaftliche Positionen zugunsten der anderen und zuungunsten des deutschen Partners festgelegt worden sind, so sind wir gern bereit, diese Kritik an unserem Verhalten vor dem ganzen deutschen Volk zu tragen. Nur ein Volk, das sich selbst behauptet, kann ein wertvolles Glied einer größeren Gemeinschaft sein. (Lebhafter Beifall!)

Wir sind für Europa. Wir sind aber dagegen, daß man dem deutschen Volk die Versuche einer teileuropäischen Organisation in Form von Kleinearopa als die Neuordnung Europas zu verkaufen versucht.

Ich will hier mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht über die merkwürdigen und sehr bemerkenswerten Erfahrungen sprechen, die wir in der Konstituierenden Versammlung des Montan-Parlaments gemacht haben. Wir haben uns bei der Wahl des Präsidenten des Parlaments einer Reihe von Vorwürfen aus dem Lager der Regierungsparteien gegenübergesehen, weil die sozialdemokratischen Mitglieder dieses Parlaments bei der Abstimmung über die beiden Kandidaten nicht für Herrn von Brentano, sondern für den belgischen Sozialisten Spaak gestimmt haben. Wie war denn die Situation?

Man hat uns in Deutschland in den Diskussionen über den Schumanplan zur Popularisierung dieses Planes immer wieder gesagt, es handle sich da um das erste wirklich europäische Parlament, und als sich dann diese „Neu-Europäer“ (Heiterkeit) in dem Montan-Parlament zusammenfanden, da empfanden sie die Wahl unter übernationalen sachlichen Gesichtspunkten als ein Ausbrechen aus der nationalen Gemeinschaft. (Heiterkeit.) Wir wünschten, das Bedürfnis nach einer Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie in den nationalen Lebensfragen zeigte sich bei der Mehrheit des Bundestages mehr in Deutschland selbst (Sehr gut! und Heiterkeit) als in diesem ersten Europa-Parlament. Die Lage war sehr einfach. Es gab zwei Kandidaten: Einen Kandidaten der klerikalen und liberalen Gruppen in den sechs Schumanplan-Ländern und einen Kandidaten der sozialistischen Gruppen. In dieser Lage entschieden sich die deutschen Sozialdemokraten als Europäer für den Sozialisten! (Lebhafter Beifall!)

Aber das ist noch nicht einmal das Beunruhigendste, was wir in dieser ersten Konstituierenden Versammlung erlebt haben!

Hier in dem Parlament, in dem zum ersten Male nach unserer Meinung in viel zu bescheidenem Maße auf übernationaler Ebene sachliche Arbeit auf einem der wichtigsten Lebensgebiete von sechs Völkern möglich war, haben die eifrigsten Befürworter dieser Wirtschaftsunion schon in der ersten Versammlung wahre Freudenhymnen angestimmt, als ihnen von den sechs Außenministern noch vor Beginn ihrer eigentlichen Arbeit ein völlig neuer Auftrag übertragen wurde, nämlich, sich als eine neue Versammlung zu konstituieren und in dieser Versammlung — wie man so schön sagt — eine europäische Verfassung auszuarbeiten.

Genossinnen und Genossen, was geht denn hier eigentlich vor? Geht es wirklich mit Riesenschritten vorwärts in der Richtung auf einen europäischen Bundesstaat, wie es unsere Europa-Kämpfer im bürgerlichen Lager behaupten? Nein! Es geht bei dieser Ad-hoc-Versammlung weder um Europa noch um einen europäischen Bundesstaat; es geht ganz einfach um eine großangelegte politische Hilfsaktion für die gegenwärtige französische Regierung im Kampf um die Ratifizierung des EVG-Vertrags durch das französische Parlament. Man braucht, um im europäischen Parlament überhaupt eine Mehrheit zu finden, diese konstituierende Versammlung, damit neben der Hohen Behörde des Schumanplans mit ihren wirtschaftlichen Regulierungs- und Kontrollmöglichkeiten, neben der Hohen Behörde für die Verteidigung

noch eine dritte supernationale Instanz für die politische Koordinierung. Man möchte neben der ökonomischen und der militärischen Sicherung auch noch eine Bindung der Bundesrepublik in ihrer Außenpolitik durch eine solche supernationale politische Behörde. Das ist die Aufgabe der neuen Versammlung: Die Ausarbeitung des Statuts für diese neue Behörde. Es ist klar, daß im Schumanplan-Vertrag nicht eine einzige Bestimmung enthalten ist, die den sechs Außenministern das Recht gegeben hätte, diesem Parlament eine ihm völlig fremde Aufgabe zu übertragen.

Man hat sich dadurch geholfen, daß man Art. 38 des EVG-Vertrages, der eine solche Versammlung vorsieht, sozusagen vorzeitig durch einen Beschluß der Außenminister in Kraft gesetzt hat. Das Bedauerliche ist nicht nur die politische Absicht der Außenminister, das Bedauerliche ist vielmehr noch, daß dieses erste europäische Parlament sich die Okroyierung einer solchen Aufgabe so weitgehend gefallen läßt.

Es ist klar, daß für uns jeder Vorgriff auf den EVG-Vertrag unannehmbar ist. Wir haben deshalb als sozialdemokratische Mitglieder die Einladung der Außenminister zur Bildung der neuen Versammlung abgelehnt, und wir werden uns nicht an ihren Arbeiten beteiligen. Wir sind nicht bereit, uns in Straßburg den Boden für unseren Kampf gegen den EVG-Vertrag in Deutschland unter den Füßen wegziehen zu lassen. (Beifall.)

Aber, Genossen und Genossinnen, diese Entwicklung hat nicht nur einen deutschen Aspekt. Sie hat auch einen sehr ersten europäischen Aspekt. Wenn in dieser Weise das Klein-Europa der sechs Länder immer enger organisatorisch gebunden wird, dann sind wir auf dem besten Wege einer zweiten Spaltung Europas, nämlich der Spaltung des freien Europas. Das ist eine Entwicklung, die wir nicht unterstützen können, sondern der wir uns als Sozialdemokraten und als Europäer mit Entschiedenheit widersetzen müssen.

Das ist wieder ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Opposition. Die Außenpolitik der Bundesregierung hat von vornherein und unbesehen die These akzeptiert, daß es für die Organisation von Europa nur einen Weg, nämlich den Weg über Klein-Europa und den Weg über das System der supernationalen Behörden, gibt. Die unvermeidliche Konsequenz dieser Politik der sechs Länder ist die ständig wachsende Distanzierung zwischen dem Kontinent und Großbritannien und Skandinavien. Für die deutsche Regierungsmehrheit und für die tragenden politischen Kräfte in Frankreich und Italien ist das zweifellos eine Stärkung ihrer konservativen und restaurativen Positionen.

Es ist ja nicht uninteressant, daß z. B. der Heilige Stuhl sein besonderes Interesse bei der Eröffnung der Ratsversammlung des Europarates in einer sehr demonstrativen Weise zum Ausdruck gebracht hat. (Sehr gut.) Für Europa dagegen bedeutet diese Politik die Ausschaltung der vorwärtsdrängenden, zukunfts-gestaltenden Kräfte, die insbesondere in Großbritannien und Skandinavien ihre stärksten Stützpunkte in der modernen Arbeiterbewegung haben. Ein Europa aber, das in seinen bestimmenden Kräften konservativ und restaurativ in die große Auseinandersetzung des Kalten Krieges mit dem Totalitarismus eintritt, begibt sich von vornherein einer der größten Chancen des Sieges für Freiheit und Gerechtigkeit. (Beifall.)

Wir lehnen dieses Klein-Europa ab, weil wir das ganze Europa wollen. (Beifall.) Man sagt, das sei keine Alternative, es sei nur eine Illusion. Diese Behauptung geht einfach von der Vorstellung aus, daß es nur den jetzt von der Bundesregierung beschrittenen Weg zu Europa gäbe. Gewiß, für sie und ihre Mehrheit gibt es kaum noch einen anderen Weg, und sie will auch keinen anderen Weg. Aber die Regierung ist nicht das Volk, und sie ist

nicht ewig, ihre Tage sind gezählt, und das Volk hat die Möglichkeit der Korrektur.

Es gibt einen anderen Weg. Jetzt wird es von der anderen Seite als ein großer Erfolg gefeiert, daß die britische Regierung sich entschlossen hat, eine ständige Mission bei der Hohen Behörde des Schumanplans einzurichten.

Ich glaube, daß es eine Irreführung ist, wenn man aus dieser Tatsache zu weitgehende Schlußfolgerungen zieht. Denn Mr. Eden hat in der vorigen Woche zwar in verbindlichen Worten, aber in der Sache eindeutig noch einmal den bekannten ablehnenden Standpunkt der britischen Regierung gegenüber jeder supernationalen Autorität zum Ausdruck gebracht. Seine Rede war viel mehr eine Warnung als eine Ermutigung.

Der Fehler liegt auch hier — um mit Kurt Schumacher zu sprechen — in der falschen Weichenstellung. Wir hätten um Europas willen den vielleicht langsameren, aber im Effekt sicheren Weg der direkten Zusammenarbeit aller demokratischen Regierungen Europas gehen sollen. Die Grenze dieser Zusammenarbeit hätte dann immer da gelegen, wo wir die Zustimmung aller haben konnten.

Von diesem Gesichtspunkt aus muß das freie Deutschland darauf bestehen, als Partner an der freien Welt schlechthin beteiligt zu werden und nicht nur als lokalisierter Splitter. Einem neuen Deutschland und dem Verständnis der Welt für Deutschland wäre besser gedient, wenn die deutsche Außenpolitik auf volle Beteiligung in der Weltpolitik überhaupt ausgerichtet wäre. Zu diesem Zweck müßten wir vielleicht den langsameren, aber effektiv sichereren Weg der direkten Zusammenarbeit mit den Regierungen der freien Welt gehen. Aber wir hätten die Aussicht, tatsächlich zu einer umfassenden effektiven Zusammenarbeit eines lebensfähigen Europa und zu einer effektiven Zusammenarbeit aller freien Völker der Welt zu kommen.

Das ist die sozialdemokratische Vorstellung von den Aufgaben, die wir in der Erreichung der europäischen Zusammenarbeit durchsetzen und erfüllen wollen. Die Regierung muß sich damit abfinden, daß sie vor die Aufgabe gestellt ist, sich mit dieser Grundeinstellung der Sozialdemokratie in der Außenpolitik sachlich auseinanderzusetzen; denn die Sozialdemokratie sieht ihre Aufgabe als Opposition nicht darin, eine retuschierte Aufgabe der Adenauerschen Außenpolitik zu entwickeln.

Genossinnen und Genossen! Selbstverständlich ist uns bekannt, daß auf der anderen Seite die objektiven Ursachen für diese mangelnde Bereitschaft zu einer wirklich sachlichen Diskussion und zu einer Politik, die Deutschland aus den Folgen der Katastrophe des Jahres 1945 herauszieht, daß die Ursachen für dieses Versagen darin liegen, daß den bürgerlichen Parteien in Deutschland die letzte Einsicht in die Größe der uns gestellten geschichtlichen Aufgabe fehlt und daß sie als politische und gesellschaftliche Kraft gesehen nicht fähig sind, innen- und außenpolitisch eine neue zeitgemäße Politik zu entwickeln. Ihre Europa-Begeisterung ist nicht nur ein scheinbarer Widerspruch zu dieser Feststellung. Denn für sie bedeutet die Organisation von Europa nicht den Vormarsch in Neuland, für sie geht es um die Schaffung einer kleineuropäischen Igelstellung zur Befestigung ihrer politischen und geschichtlichen Machtposition. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Die Demokratie wird die ihr durch die geschichtliche Entwicklung noch einmal zugespielte große Aufgabe der Beziehungen zwischen Völkern und Menschen nicht erfüllen, wenn sie ihre Rechte und Möglichkeiten nur benutzt, um das Bestehende zu erhalten und das politische und wirtschaftliche Leben in alten Formen wieder in Gang zu bringen. Das aber ist der Inhalt der Außen- und Innenpolitik der Regierung Adenauer.

Es gibt einen weitgehenden Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik. Wir Sozialdemokraten behaupten nicht, daß diese Regierung innenpolitisch nichts getan habe. Aber wir werfen ihr vor, daß sie viel zu viel getan hat, um den deutschen Großbesitz wieder zur Macht und zum Einfluß zu bringen (Beifall), um die Vorgestrigen und die Gestrigen in der Politik wieder gesellschaftsfähig zu machen und ihnen bestimmenden Einfluß in der Verwaltung einzuräumen. (Sehr gut.)

Die Wirtschaftspolitik des Herrn Erhard, die Finanz- und Steuerpolitik des Herrn Schäffer, die Personal- und Verwaltungspolitik der Bundesregierung als Ganzes sind eindeutig konservativ und restaurativ. Es ist eine Politik gegen die Interessen der breiten Schichten unseres Volkes.

Auf der anderen Seite hat sie viel zu wenig und nichts Entscheidendes getan, um die Aufgabe auch nur in Angriff zu nehmen, von deren Lösung die Existenz der neuen deutschen Demokratie abhängt: die wirtschaftliche und soziale Neuordnung in Deutschland.

Wir stehen jetzt einer immer sich steigernden Zweckpropaganda der Regierung und ihrer Parteien gegenüber. Der Wahlkampf wirft seine Schatten voraus. Man läßt Zahlenreihen aufmarschieren über die Steigerung der Produktion, über die Erhöhung der Zahl der Beschäftigten, über das Anwachsen unseres Exports, über die Erhöhung der Steuereinnahmen und vieles andere mehr.

Es ist ein gefährlicher Optimismus, der hier dem Volke suggeriert werden soll. Wir sind in der Sicherung der dringendsten Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, vor allem in bezug auf seine Ernährung und in bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen für unsere Industrie, noch keineswegs über den Berg. Der anomale Charakter der gegenwärtigen Konjunktur, bedingt durch Auslandshilfe und durch die Aufrüstungsverpflichtungen in anderen Industrieländern, kann nicht bestritten werden. Die Konjunktur wird nicht von Dauer sein. (Sehr richtig!)

Was dann? Sind wir dann gerüstet auf den Rückschlag? In keiner Weise. Man hat das Problem nicht einmal diskutiert. Man lebt auch hier von der Hand in den Mund. Das ist für diejenigen, die die Hände voll haben, auch ein ganz erträglicher Zustand. (Beifall und Heiterkeit.) Aber im Grunde steht das Problem der zukünftigen deutschen Wirtschafts- und Sozialpolitik noch in der gleichen Schärfe vor uns wie nach dem Zusammenbruch von 1945. Die Teilung Deutschlands, die Zerstörungen des Krieges, vor allem auch auf dem Wohnungsgebiet, die Demontagen, der Zustrom von rund 10 Millionen Heimatvertriebenen, das Anwachsen des Heeres von alten und arbeitsunfähigen Menschen, vor allem der Opfer des Krieges, haben uns in eine Lage gebracht, in der wir uns als Volk nur lebens- und arbeitsfähig erhalten können, wenn wir das uns verbliebene Potential an wirtschaftlicher Kraft unter dem Gesichtspunkt der Lebensnotwendigkeiten der Allgemeinheit einsetzen, und das ohne Rücksicht auf herkömmliche Besitzverhältnisse, vor allem in den Schlüsselindustrien. Die sogenannte freie Wirtschaft ist im Deutschland des Jahres 1952 nicht nur ein sträflicher Luxus, sie ist ein elementarer Verstoß gegen die einfachsten Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes. (Beifall.)

Heute sind wir schon so weit, daß man die Steigerung der deutschen Produktion an sich schon als einen Beweis für die Güte der Erhard'schen Wirtschaftspolitik betrachten möchte. Über die Qualität einer Wirtschaftspolitik entscheidet aber nicht der Umfang der Produktion für sich allein, sondern die Frage, in welchem Umfang das ganze Volk an dieser Produktionssteigerung durch eine entsprechende Erhöhung seines Lebensstandards Anteil hat. (Beifall.) Und hier ist die Rechnung eindeutig und klar. Die sozialen Unterschiede sind in Deutschland erschreckend und deprimierend.

Einem beleidigenden Luxus steht die Tatsache gegenüber, daß in diesem Volk Millionen von Menschen leben, die nicht einmal das Existenzminimum besitzen, die keine Hoffnung haben, daß ihre Lage sich bessert.

Gegenüber den Lobpreisungen über das „Deutsche Wirtschaftswunder“ seien einige Tatsachen hier nüchtern festgehalten.

Die Gesamtzahl der Renten- und Unterstützungsempfänger in der Bundesrepublik beträgt zwischen 12 und 13 Millionen. In dieser Zahl sind diejenigen einbegriffen, die neben ihren Renten oder Unterstützungen noch zusätzliche Einkommen aus teilweiser Erwerbsarbeit oder anderen Leistungen haben. Die erdrückende Mehrheit dieser Unterstützungsempfänger muß aber mit Beträgen auskommen, die weit unter dem Existenzminimum liegen.

Für die Beurteilung der sozialen Struktur in unserem Volke ist ferner die Feststellung wichtig, daß auf ein bis zwei Lohn- und Gehaltsempfänger ein Unterstützungsempfänger kommt. Diese Zahl unterstreicht noch einmal die Größe unserer sozialen Verpflichtungen.

Wie ist nun die Lage der Lohn- und Gehaltsempfänger? Nach den letzten Feststellungen Anfang dieses Jahres hatten von rund 14,5 Millionen Arbeitnehmern 42 Prozent ein monatliches Einkommen bis zu 250 DM im Monat. 47 Prozent bezogen ein monatliches Einkommen zwischen 251 und 400 DM, und bei 11 Prozent war das Einkommen höher als 400 DM monatlich. Das heißt, die große Masse der deutschen Arbeitnehmer lebt unter oder hart an der Grenze des Existenzminimums. (Sehr gut!) Die Rechnung wird noch düsterer, wenn man die Kaufkraft der bezahlten Löhne und Gehälter untersucht. Stellen wir einfach den Aufwand an Arbeitszeit für die wichtigsten Lebensmittel gegenüber, der zum Beispiel vom deutschen und vom englischen Arbeitnehmer geleistet werden muß.

Für je ein Kilogramm der wichtigsten Lebensmittel in Deutschland und Großbritannien sind folgende Arbeitsminuten erforderlich:

Brot in Deutschland:	25 Minuten,
Brot in Großbritannien:	13 Minuten,
Rindfleisch:	171 gegen 74 Minuten,
Butter:	246 gegen 111 Minuten,
Zucker:	45 gegen 18 Minuten,
Kaffee und Tee:	1274 gegen 163 Minuten.

Fleisch, Fett und Tee sind in England nach wie vor rationiert. Die für den einzelnen zur Verfügung stehende Menge ist begrenzt, aber er bekommt sie sicher und zu erträglichen Preisen.

Unsere Regierung hat die grausamste Form der Rationierung, die Rationierung durch den Geldbeutel, gewählt. (Lebhafter Beifall.) Im Deutschland der freien Marktwirtschaft hat der kleine Mann die volle Freiheit, auf Butter, Fleisch und Kaffee zu verzichten.

Genossinnen und Genossen! Lohn- und Preispolitik müßten im Zusammenhang mit der Finanz- und Steuerpolitik untersucht werden. Ich will das in diesem Zusammenhang nicht tun, um meine Zeit nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Aber wenn wir im Laufe der kommenden Auseinandersetzungen für den Wahlkampf zum Bundestag die Finanz- und Steuerpolitik dieser Regierung im einzelnen untersuchen, dann werden wir nicht nur finden, daß das deutsche Wirtschaftswunder zu einem entscheidenden Teil dadurch zustande kam, daß man den Lebensstandard der Millionen von deutschen Arbeitnehmern, den Lebensstandard der sozial Bedürftigen auf Kosten dieses Wunders künstlich niedrig gehalten hat. (Beifall.)

Das Betrüblichste, das wir in Deutschland in den Jahren seit 1947 erlebt haben, ist, daß eine kleine Minderheit unseres Volkes ohne jeden Skrupel

Währungsreform und nachfolgende Wirtschaftskonjunktur zu einer eigenen hemmungslosen Bereicherung ausgenutzt hat. (Beifall.)

Wir haben in Deutschland einige Hundertschaften neuer Millionäre, und sie sind vielleicht das krasseste Sinnbild des unsozialen Charakters der Politik dieser Regierung in bezug auf Wirtschaft, Steuer und Finanzen.

Ich möchte diesen Gesichtspunkt deshalb unterstreichen, weil wir noch vor einer anderen Gefahr stehen. Wenn nämlich nach dem Willen dieser Regierung der EVG-Vertrag ratifiziert wird, dann wird es zu einem noch schärferen Kampf um die sozialen Möglichkeiten in dieser Bundesrepublik kommen. Jetzt schon bedeuten die von der Regierung vertraglich eingegangenen Verpflichtungen für das Jahr 1953 einen finanziellen Verteidigungsbeitrag von 10,2 Milliarden DM. Wenn wir darüber hinaus in den Jahren 1953 und 1954 tatsächlich zur Aufstellung von Divisionen kommen sollten, so haben uns die Sachverständigen dieser Regierung in aller Öffentlichkeit erklärt, daß die erste Ausrüstung dieser zwölf Divisionen auf 30 bis 40 Milliarden DM geschätzt wird. Man spricht von amerikanischer Hilfe. Aber selbst wenn sie kommen sollte und selbst wenn sie mehrere Milliarden betragen sollte, wird die Bundesrepublik im Falle der Ratifizierung der Verträge in den Jahren 1953 und 1954 noch rund je 10 Milliarden DM zusätzlich aufbringen müssen, als jetzt vorgesehen ist.

Herr Schäffer hat sich zunächst bei der Deckung der jetzt eingegangenen Verpflichtungen den bequemsten Weg gesucht. Er hat den Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftsteuer erhöht und hat damit praktisch einen Teil dieser Besatzungs- und Verteidigungslasten auf die Länder abgewälzt. Mit einem unvermeidlichen Effekt, nämlich zu Lasten einer Einschränkung der sozialen und kulturellen Aufgaben, die in den Ländern zu erfolgen haben. (Beifall.)

Im übrigen vertritt er die These, die Rüstungsausgaben können ohne neue Steuererhöhungen gedeckt werden.

Was heißt das praktisch? Alle Rüstungsausgaben sind volkswirtschaftlich gesehen unproduktive Ausgaben. Sie sind verlorene Gelder. Wenn man rüsten will, muß man entweder neue Einnahmen aus Steuern oder inflationistische Maßnahmen schaffen. Beide Wege will die Regierung nicht gehen. Dann bleibt kein anderer Weg als die Drosselung aller sozialen und kulturellen Aufgaben oder Aufrüstung auf Kosten des Lebensstandards der breiten Masse des deutschen Volkes.

In dieser Denk- und Vorstellungsweise spiegelt sich erneut und kraß der Geist des Egoismus und der Interessenpolitik des Großbesitzes, der maßgebend ist für die Finanz- und Steuerpolitik dieser Regierung. Man will für die so beredt geforderte Verteidigung genau so wenig Opfer bringen wie für die Liquidierung des verlorenen Krieges. (Sehr gut!)

Dabei geht es in diesem Fall nicht nur um die gerechte Verteilung der Lasten, die — wie das Beispiel Großbritanniens zeigt — möglich ist.

Mit dieser unsozialen und einseitigen, die breiten Massen des Volkes belastenden Wirtschafts- und Finanzpolitik gefährdet man die erste und entscheidende Voraussetzung für jede erfolgreiche Verteidigung der Demokratie gegen totalitäre Bedrohungen.

In der Auseinandersetzung des „Kalten Krieges“, mit dem wir es hier und heute in erster Linie zu tun haben, ist ein breites soziales Fundament, eine Politik sozialer Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit wichtiger als ein militärischer Beitrag. (Beifall.) Der erste Schritt zur Verteidigung und Festigung der Demokratie — jedenfalls in diesem Deutschland — muß eine soziale Offensive sein! (Beifall.) Hier liegt der Kardinalpunkt der sozialdemokratischen Opposition innen- und außenpolitisch. Auch in diesem Fall

hat die egoistische, allein von den Interessen des Großbesitzes bestimmte Politik der Regierung verhängnisvolle Konsequenzen für die großen nationalpolitischen Aufgaben, denen wir gegenüberstehen.

Wir haben in den vergangenen drei Jahren immer wieder versucht, einen Durchbruch zu einer neuen Sozialordnung zu erzielen. Wir sind gescheitert an einer Mauer von schlechtem Willen, krassem Egoismus und Unvermögen, die Notwendigkeiten unserer Zeit zu begreifen. Ich erinnere nur an den Lastenausgleich. Hier muß gegenüber den unglücklichen Opfern des Krieges der sichtbare, greifbare Beweis dafür gebracht werden, daß es in Zeiten der nationalen Not eine wirkliche Solidarität des Volkes gibt. (Beifall.) Die bürgerliche Mehrheit des Bundestages hat sich dieser Aufgabe verweigert. Es ist aber nicht nur eine soziale oder humanitäre Frage. Die Existenz, die Krisenfestigkeit der deutschen Demokratie, ihre Verteidigung und Erhaltung, von der viel gesprochen wird, ist nur dann zu erreichen, wenn wir durch eine soziale Neuordnung die realen Voraussetzungen dafür schaffen, daß die große Masse unseres Volkes, vor allem auch die Armen und Bedrückten, in ein positives inneres Verhältnis zur Demokratie kommen! (Beifall.) Wenn wir diese Konsequenz aus der Katastrophe des Jahres 1945 nicht ziehen, wenn wir nicht zu einer Politik kommen, die die Lasten dieses Krieges und die Armut, die unser Volk als Ganzes noch zu tragen hat, gerecht verteilt, dann werden wir scheitern, weil die Kräfte, die heute in Deutschland an der Regierung sind, die geschichtlichen Notwendigkeiten eines innenpolitischen und sozialen Neubaus unseres Staates nicht begriffen haben oder nicht begreifen wollen. (Beifall.)

Die Parole, die wir 1945 an den Beginn unserer Arbeit stellten, bleibt unverändert wahr und richtig: Nicht Wiederaufbau, sondern Neubau ist die Aufgabe unserer Zeit. Wir haben in diesen Jahren schon viel Zeit verloren, weil wir auch in der Innenpolitik auf den falschen Weg geführt wurden. Statt der Verbreiterung der Basis des Staatsgefühls im Volk durch Demokratie in Staat und Wirtschaft haben wir in Deutschland in der Praxis den Klassenkampf von oben, die ständige und hartnäckige Verweigerung des Anspruchs der arbeitenden Menschen auf Mitbestimmung und Mitwirkung in Betrieb und Wirtschaft.

Wenn wir die unübersehbare Fülle unserer Aufgaben einzuordnen suchen unter zentralen leitenden Gesichtspunkten, dann kommen wir immer wieder zurück auf die zentralen Probleme, die der deutschen Politik neben der inneren Neuerstehung in der Bundesrepublik gestellt sind. Die Erringung der deutschen Einheit in Freiheit und die Eingliederung des geeinten, freien Deutschlands in ein umfassendes und lebensfähiges Europa. Es gibt kein zeitliches Nacheinander, es gibt nur ein Miteinander, deutsche Einheit und umfassende europäische Einheit.

Man drängt uns. Die Zeit sei knapp. Nur wenn wir Europa schnell organisieren und militärisch stark machen, bestehe die Chance, den Frieden zu erhalten. Es ist nicht das erste Mal, daß mit diesem angeblichen Zeitargument gearbeitet wird.

Es ist auch diesmal nicht richtiger, als es damals bei der Schumanplan-Debatte gewesen ist. Es besteht kein Zweifel, daß, solange in den Vereinigten Staaten das Resultat der Präsidentenwahl nicht vorliegt, in der außenpolitischen Aktivität der Vereinigten Staaten keine neue Initiative erfolgt. Es steht fest, daß das französische Parlament die Verträge erst im März nächsten Jahres zur Diskussion bringen wird. Es steht fest, daß Italien den Versuch macht, die Ratifizierung in seinem Parlament bis nach der Annahme der Verträge in Frankreich zurückzustellen. Haben wir bei dieser internationalen Situation, in der es doch ein gemeinsames Anliegen gibt, nun wirklich eine vordringliche Verpflichtung, diese Verträge heute schon

zu ratifizieren? Es ist auch nicht richtig, wenn man sagt, man brauche die Zeit für die Stärkung des Westens. Jedermann weiß, daß die Beschlüsse der Lissaboner Konferenz der Atlantikpaktstaaten über die westeuropäische Aufrüstung in diesem Jahr und im nächsten Jahr nicht mehr realisiert werden können. Jedermann weiß, daß Amerika seine Aufrüstungsproduktion verlangsamt, weil es die Steigerung der Aufrüstung nicht mit einer weiteren Beschränkung der zivilen Produktion erkaufen will. Jedermann weiß ferner, daß eine Aufrüstung möglicher deutscher Divisionen erst beginnen wird, wenn die westeuropäischen Streitkräfte voll und modern ausgerüstet sind. Wann wird das sein? 1953? 1954? Praktisch weiß es niemand. Die Schlußfolgerung: Es gibt kein echtes Zeitargument, das mit guten Gründen vorgebracht werden könnte, um eine überstürzte Festlegung der Bundesrepublik in diesen Verträgen zu einem Zeitpunkt herbeizuführen, in dem die letzte Chance für eine friedliche Vereinbarung über die Wiedervereinigung Deutschlands noch nicht aus der Welt verschwunden ist. (Beifall.)

Man spricht auch gern und viel von der Notwendigkeit der Stärke, um zu erfolgreichen Verhandlungen mit der Sowjetunion kommen zu können. Wir Deutschen sollten uns vor Argumenten dieser Art hüten. In unserer Lage von einer Politik der Stärke zu sprechen, heißt doch wohl, daß wir wieder einmal im Begriff sind, einige Schuhnummern zu groß zu wählen. Überlassen wir diese Sprache anderen Leuten. Ein für allemal.

Für uns ist aber diese Frage nicht nur eine Frage des Takts und der Kleiderordnung, für uns ist sie eine ernste politische Angelegenheit. Eine solche Sprache könnte sehr leicht zu Mißverständnissen über die ferneren Ziele der deutschen Außenpolitik führen. Wir wollen die Wiedervereinigung Deutschlands, wir wollen die Befreiung der Menschen in der Sowjetzone, wir wollen die Rückkehr der Gebiete hinter Oder und Neiße, wir kämpfen für das Recht auf Heimat für alle unsere vertriebenen Landsleute, aber in keinem Fall und unter keinen Umständen ist für uns der Krieg, die militärische Auseinandersetzung, ein denkbares Mittel im Kampf zur Erreichung dieser Ziele. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen die Wiedervereinigung auf friedliche Weise, wir wollen durch eine echte Zusammenarbeit mit anderen Völkern versuchen, unsere Probleme durch europäische und nationale Verhandlungen zu lösen.

Das ist ein schwerer und zeitraubender Weg, aber es ist der einzige Weg, auf dem wir Aussicht haben, als Staat und Volk zu bestehen und unseren Platz in der Welt zu finden.

Die Sozialdemokratische Partei geht in die bevorstehenden Kämpfe mit einem klaren Programm. So, wie Kurt Schumacher in den dunklen Tagen der Jahre 1945 bis 1947 im Namen der Partei die Stimme erhob für das Lebensrecht des deutschen Volkes, so, wie er den arbeitenden Menschen den Weg wies für den Aufbau eines neuen Deutschlands, so werden wir unsere Arbeit unter den gleichen leitenden Gedanken fortsetzen. In unserem „Nein“ zu der heutigen Innen- und Außenpolitik der Regierung Adenauer liegt das „Ja“ zu einem neuen Deutschland und zu einem neuen Europa. (Beifall.) Was uns heute in der Opposition verweigert wird, werden wir morgen als bestimmender Faktor der deutschen Politik in Angriff nehmen.

Wir stehen in der letzten Arbeitsperiode dieses ersten Bundestages. Wir wissen heute nicht, wann wir wählen werden; aber wann immer es sein wird, die Partei muß und wird bereit sein.

Unsere Gegner wissen um die Bedeutung dieses Kampfes. Für sie gibt es nur ein Ziel: Kampf der Sozialdemokratie! Sie verfügen über den Apparat

der Regierung. Sie verfügen über die finanziellen Hilfsquellen mächtiger wirtschaftlicher Kräfte in Deutschland, sie werden gegen uns alle Vorurteile und Verleumdungen auf kulturellem und religiösem Gebiet mobilisieren, aber sie sind nicht so stark, wie sie vorgeben zu sein.

Was ihnen, abgesehen von ihrem nackten Machtwillen und dem Willen zur Selbstbehauptung, fehlt, ist die vorwärtsweisende zukunftssträchtige Idee. Wer sich wirklich stark fühlt, der läßt nicht Monate hindurch Berechnungen anstellen, welche Form des Wahlrechts geeignet ist (Beifall), um trotz der Ablehnung im Volk im Parlament eine künstliche Mehrheit zu schaffen. Wer sich stark fühlt, sucht nicht in Blockbildungen sein Heil. (Beifall.) Blockbildungen, bei denen nichts anderes übrigbleibt als eine rein negative Parole: Gegen die Sozialdemokratie! Wer seines Sieges sicher ist, der beginnt jetzt nicht zu spekulieren, ob und wie man die Mandate der vor dem Verbot stehenden SRP in eine bürgerliche Blockkombination gegen die Sozialdemokratie einschalten kann. (Stürmischer Beifall.) Es ist die alte Melodie: Wenn es für diese Kreise gilt, die Macht zu behaupten, dann spielen Weltanschauungen, Parteiprogramme, Staatsnotwendigkeiten keine Rolle.

Die Schwäche der deutschen Demokratie ist nicht die Existenz von verschiedenen Parteien. Sie gehört zum Lebenselement einer wahren Demokratie. Darin unterscheidet sie sich von den Volksdemokratien und den faschistischen Diktaturen. Die Schwäche unserer Demokratie ist, daß es zu unserer Rechten keine echten, in Tradition und gemeinsamen Zielvorstellungen gewachsenen politischen Parteien gibt.

Die Labilität unseres politischen Lebens können wir nur überwinden durch eine starke Sozialdemokratie. Das Fundament unserer Partei ruht fest wie bisher auf den breiten Schichten der deutschen Arbeiterschaft, die in den Jahren seit 1945 durch ihre politische Reife und ihr Verantwortungsbewußtsein so viel zur Überwindung des Chaos, des Zusammenbruchs beigetragen hat. (Beifall.)

Aber in unserer Partei haben darüber hinaus viele eine politische Heimat gefunden, die allein in der Sozialdemokratie die Garantie für ein Leben der persönlichen und politischen Freiheit, der sozialen Sicherheit und Gerechtigkeit erblicken.

Wir wollen um unsere Fahnen sammeln die Armen und Bedrückten, die zuerst der Hilfe bedürfen, die Jungen, die nach einem sinnvollen Leben der Arbeit in Freiheit und Menschlichkeit streben, alle die, die aus ihren religiösen, sittlichen oder ethischen Antrieben und Überzeugungen eine menschliche und gerechte Ordnung in dieser Welt erstreben.

Wir wollen vor allem jenen, die seit der großen Katastrophe ohne geistige und politische Heimat sind und jetzt mit ehrlichem Herzen und offenem Sinn nach neuen Wegen suchen, eine aufgeschlossene Gemeinschaft von Menschen und Sozialisten sein. (Beifall.)

Wir sind auf dem Wege zu der bestimmenden großen deutschen Volkspartei im wahrsten Sinne des Wortes! Unsere Stärke und unsere Chance liegt in der Tatsache, daß — so offensichtlich wie noch niemals zuvor — die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ziele der Sozialdemokratie identisch sind mit den nationalen Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes. (Bravo!)

In dieser Erkenntnis gehen wir an die Arbeit und in den Kampf: Vorwärts zur großen Offensive des demokratischen Sozialismus. Für ein in Freiheit geeintes Deutschland in einem freien und lebensfähigen Europa!

(Stürmischer Beifall. Die Versammelten erheben sich und bringen Erich Ollenhauer stehend ihre Zustimmung zum Ausdruck.)

Vorsitzender Henßler:

Genossinnen und Genossen!

Ich glaube, in diesem Augenblick hat der Parteitag schon eine Entscheidung vorweggenommen, die er noch fällen muß (lebhaft Zustimmung), nämlich die Entscheidung, daß wir künftig Erich Ollenhauer in der Partei dort sehen wollen, wo bislang Kurt Schumacher stand!

Ich schlage vor, in eine kurze Pause von fünf Minuten einzutreten. Ich erwarte aber, daß in zehn Minuten alles da ist. (Heiterkeit.) In der Zwischenzeit bitte ich um Wortmeldungen.

(Pause.)

Vorsitzender Henßler:

Die Verhandlungen sind wieder eröffnet. Bevor wir in die Diskussion eintreten, will ich von einem Telegramm Kenntnis geben, das uns die Genossin Lisa Albrecht geschickt hat, die leider durch einen Unfall verhindert ist, an unserem Parteitag teilzunehmen. Sie wünscht dem Parteitag einen vollen Erfolg.

Zur Diskussion stehen mit die Anträge Nr. 1, 178 und 179 sowie 195 und 196.

Erster Diskussionsredner ist der Genosse Kurt Conrad, Vorsitzender der Deutschen Sozialdemokratischen Partei an der Saar. (Beifall.) Es ist zum erstenmal, daß ein saarländischer Genosse auf dem Parteitag redet. Er ist gestern schon vom Genossen Ollenhauer begrüßt worden. Ich spreche ihm noch einmal die besonderen Grüße des Parteitages aus.

Kurt Conrad, Saarbrücken:

Genossinnen und Genossen!

Ich habe den Auftrag, Ihnen die Grüße der Deutschen Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes zu überbringen.

Die Deutsche Sozialdemokratische Partei des Saargebietes ist die einzige sozialistische Partei der westlichen Welt, die zwar gegründet ist, aber zur Aufnahme ihrer Tätigkeit noch einer Genehmigung durch die Regierung bedarf. (Hört, hört!)

Ich überbringe zugleich die Grüße eines deutschen Landes, das auf Grund der Nachkriegsverhältnisse nicht Teil der Bundesrepublik sein darf.

Es gibt im Saargebiet schon seit 1945 eine Sozialdemokratische Partei Saar, die in ihrer Politik leider allzu willfährig den Wünschen der Sieger des letzten Krieges entgegengekommen ist und diese Politik nicht nur als eine Folge der verwirrten Verhältnisse der Nachkriegszeit betrieb, sondern sie auch jetzt, da die endgültige Entscheidung über das Geschick dieses deutschen Territoriums gefällt werden soll, weiterhin verfolgen will. Das waren die Gründe, warum die Genossen in der Sozialdemokratischen Partei Saar, die in ihrer Politik der SPD zuneigen, diese Partei verlassen mußten, um durch die Neugründung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei des Saargebietes den Beweis zu erbringen, daß es nicht so ist, wie ein maßgeblicher Mann — der Mann kann es ruhig aussprechen — der frankophilen SPS kürzlich erklärte: „90% der saarländischen Bevölkerung hätten keinen sehnlicheren Wunsch, als sich durch die sogenannte Europäisierung von ihrem Vaterland zu trennen“.

Diese Politik des Separatismus aber kann niemals die Politik einer sozialistischen Partei sein (Beifall), und wir mußten daher den Weg des Neuaufbaus einer wirklich sozialdemokratischen Partei gehen, die die Verbundenheit mit ihrem Vaterland nicht als einen Verstoß gegen die internationale Solidarität der sozialistischen Partei ansieht. (Beifall.)

Zur Lösung der Saarfrage ist neuerdings eine Patentlösung erfunden worden, die unter dem Schlagwort der Europäisierung segelt. Die Sehnsucht der Menschen in Europa — auch der Menschen an der Saar —, die alten nationalen Grenzen zu überwinden, soll im Falle der Saar durch das Schlagwort Europäisierung ausgenutzt werden, um den nationalen Egoismus eines anderen Landes zu bemänteln.

Wenn der Weg nach Europa, der Weg zur Überwindung der alten Nationalstaaten und damit der alten Grenzen mit der Schaffung eines neuen Zwergstaates und neuer Grenzen begonnen werden soll, kann man der europäischen Zukunft nur mit Sorge entgegensehen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin gewiß, daß das französische Volk so wenig Neigung besitzt, sich einen Teil Deutschlands in offener oder versteckter Form anzueignen, wie das deutsche Volk nach den Schätzen des Nachbarlandes schießt. Es sind immer nur kleine, aber einflußreiche Cliques, die, jüngst bei uns und nach dem Kriege auch bei unseren Nachbarn, die alten Rezepte nicht vergessen können und offensichtlich nicht vergessen wollen: Nach einem Kriege sich einen Teil des besiegten Landes einzuverleiben.

Wenn es uns gelingen könnte, diese Kräfte auszuschalten, wäre über die Saar ein gutes Einvernehmen und ein guter Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich durchaus möglich.

Die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs an der Saar ließen sich mit den Wirtschaftsinteressen der Saar in Frankreich gut in Einklang bringen und auswägen.

Die politische Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland aber darf nicht zur Diskussion stehen! (Stürmischer Beifall.)

Wenn das Zusammenkommen von Grundstoffen — in unserem Falle die Kohle des Saarrevieres und das Eisenerz in Lothringen — nur mittels des Verrückens von Grenzpfählen möglich sein sollte, dann müßten Sie in der Bundesrepublik, wenn nächstens Schweden den Wunsch äußern sollte, um nur ein Beispiel zu nennen, sich die Ruhr anzugliedern, weil die eisen-erzeugende Industrie der Ruhr auf der schwedischen Erzgrundlage basiert, diesen Wunsch akzeptieren.

Das Verhalten in solchen Gedankengängen ist so unsinnig, daß sich ernsthafte Menschen nicht damit beschäftigen sollten. Verhandlungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit sind jederzeit möglich — Verhandlungen über Menschen und das Verhandeln von Menschen müssen ausgeschlossen sein. (Lebhafter Beifall.)

Die Saar-Situation wird schlagartig erhellt, wenn man sieht, wie ein Geschäft gegen Prinzipien ausgehandelt werden soll.

Die demokratischen Grundfreiheiten sollen der Saarbevölkerung erst dann gegeben werden, wenn vorher der Verzicht auf die politische Verbindung des Saargebietes mit dem übrigen Deutschland durch die Bundesregierung ausgesprochen wird.

Das Saargebiet ist so viele Jahre nach Kriegsende immer noch ohne demokratische Freiheiten, ein weißer Fleck in der demokratischen Welt des Westens. Die Prinzipien der westlichen Alliierten, die sie während und nach dem Kriege überall verkündeten, scheinen diesen nicht so heilig zu sein, als daß man nicht die Gewährung der politischen Freiheiten an der Saar mit dem vorherigen Abschluß eines guten Geschäftes zu koppeln vermöchte.

Ich appelliere von dieser Stelle aus auch an die sozialistischen Parteien der Internationale, nicht zuzulassen, daß die Gewährung der demokratischen Freiheiten für die Saarbevölkerung an Prämisse geknüpft werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat uns in dieser Frage immer zur Seite gestanden.

Wir danken der SPD für diese ideelle Unterstützung. Besonderen Dank sind wir auch unserem verstorbenen Freunde Kurt Schumacher schuldig, der trotz seiner schweren Belastung immer die Zeit fand, uns mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Der Kampf um die Saar ist der Kampf darum, das Neubeginnen in Europa nicht auf der Grundlage der Verewigung des Siegerrechtes, sondern in Freiheit und Gleichberechtigung aller Völker zu statuieren. Für diese hohen Ziele wollen auch wir deutschen Sozialdemokraten des Saargebietes unseren Teil beitragen.

Wir sind bereit, an der deutsch-französischen Zusammenarbeit und Aussöhnung mitzuarbeiten. Diese Aussöhnung wird aber nur von Dauer sein, wenn sie nicht auf Kosten Deutschlands geschieht. Die Abtrennung deutscher Gebiete ist ein schlechtes Mittel, Europa zu schaffen. Man möge den Deutschen im Saargebiet die Möglichkeit geben, mit den übrigen Deutschen nach Europa zu gehen. Ich weiß, die SPD wird uns in diesem Amt unterstützen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Genossinnen und Genossen! Heute vormittag müssen noch die Mandate mit den Mitgliedsbüchern abgegeben werden. Um es der Mandatsprüfungskommission leichter zu machen, ersuche ich die Delegationsführer, für ihre Delegation die Mandate einzusammeln und der Mandatsprüfungskommission zu übergeben, die auf der Rosenterrasse zusammentritt.

Als nächster Redner hat das Wort der Genosse Baade, Kiel; ihm folgt der Genosse Walter Kloos, Uelzen.

Baade, Kiel:

Genossinnen und Genossen!

Erich Ollenhauer hat uns in seinem Referat in packender und überzeugender Weise dargelegt, daß der Generalvertrag vom Standpunkt der deutschen Einheit, vom Standpunkt der wirklichen Verteidigung des Friedens, vom Standpunkt eines wirklichen Europas unerträglich ist. Wir alle können das Wort für Wort unterschreiben. Ich will hier kurz darzustellen versuchen, wie völlig unerträglich, ja wie völlig undurchführbar dieser EVG-Vertrag vom wirtschaftlichen Standpunkt aus ist.

Es ist erschreckend, anzusehen, mit welcher Leichtfertigkeit die wirtschaftliche Seite des EVG-Vertrags von den Abgeordneten der Regierungsparteien und von der Regierung selber behandelt wird, insbesondere in der Debatte des Bundestages über die Ausführungen des Bundesfinanzministers. Es ist außerordentlich verdienstvoll, daß das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften eine nüchterne Rechnung durchgeführt hat darüber, was der Versuch der Anwendung dieses Generalvertrages, der Versuch der Aufbringung dieser Verteidigungslasten für die deutsche Volkswirtschaft insgesamt, für das deutsche Sozialprodukt, für den deutschen Verbraucher und damit — und das ist das Entscheidende vom Standpunkt der Gewerkschaften — für die Möglichkeiten der Entwicklung des Reallohns der deutschen Arbeiter bedeuten würde.

Ich will Sie hier nicht mit Zahlen vollstopfen, sondern nur das erschütternde Ergebnis mitteilen. Nach den wissenschaftlichen Feststellungen des Instituts der Gewerkschaften würde der Versuch, einen Verteidigungsbeitrag in der Größenordnung von auch nur 10,2 Milliarden aufzubringen, bedeuten, daß der private Verbrauch in Deutschland nicht nur nicht mehr

weiter steigen, sondern zurückgehen würde. Das bedeutet, daß alle Bemühungen, alle Kämpfe der organisierten Arbeiterschaft um weitere Steigerung des Reallohns einfach am volkswirtschaftlichen Einmaleins scheitern würden. Der Rückgang des Reallohnes ist besonders groß, wenn man die selbstverständliche Unterstellung macht, daß die Zahl der Beschäftigten in Deutschland nicht auf dem heutigen Stande stehenbleiben kann, sondern durch weitere Beschaffung von neuen Arbeitsplätzen gesteigert werden muß.

Zu demselben Ergebnis kommt ein Institut aus dem entgegengesetzten Lager, das Institut für Steuern und Finanzen. Das ist ein Institut — die Herren in diesem Institut, die dort sehr beachtliche sachliche Arbeit leisten, werden mir diese Feststellung nicht übelnehmen —, das eher den Kreisen nahesteht, die nicht gern übermäßig viel Steuern zahlen.

Die Untersuchungen dieses Instituts kommen zu genau demselben Ergebnis: daß unter der Voraussetzung eines Verteidigungsbeitrags von 11 Milliarden im Bundeshaushalt ein Defizit in der Größenordnung von Milliarden aufgerissen wird und daß man versuchen müßte, dieses Defizit durch Inanspruchnahme des Kapitalmarktes zu decken. Das Institut stellt dann fest, wenn nicht eine konjunkturelle Entwicklung eintritt, die ich für sehr unwahrscheinlich halte, wird man zu drastischen Ausgabenkürzungen, namentlich auf dem Gebiete der öffentlichen und öffentlich geförderten Investitionen schreiten müssen. Eine solche Entwicklung wäre um so bedauerlicher, als sie in erster Linie den sozialen Wohnungsbau treffen würde, dessen Ausbau „unbedingt erforderlich ist“.

Die Konsequenzen brauche ich nicht weiter auseinanderzusetzen. Das ist die wissenschaftliche und rechnerische Wahrheit über die Konsequenzen — nicht des wirklichen Verteidigungsbeitrages, sondern des angeblichen Verteidigungsbeitrages von 10 oder 11 Milliarden DM. Der wirkliche Verteidigungsbeitrag, zu dem sich das deutsche Volk durch Ratifizierung des EVG-Vertrages verpflichten soll, ist aber nicht ein Verteidigungsbeitrag in Höhe von 10 oder 11 Milliarden, sondern von mindestens 20 Milliarden jährlich. Und wenn schon ein Verteidigungsbeitrag von 10 oder 11 Milliarden nur unter völliger Stagnierung des Verbrauchs oder sogar unter Senkung des Verbrauchs oder einer Verminderung der öffentlichen Aufwendungen für produktive Investitionen möglich ist, so sind die 20 Milliarden nur aus dem deutschen Volk herauszupressen, wenn die Steigerung der Reallöhne völlig in ihr Gegenteil verkehrt wird, wenn der Verbrauch drastisch gedrosselt wird. Dabei würden alle Kreise des deutschen Volkes schwer bluten müssen, sowohl die wohlhabenden Steuerzahler, deren Sorgen dem Institut für Finanzen und Steuern am Herzen liegen, als insbesondere auch die breiten Massen der Arbeiter.

Daraus müssen politisch wichtige Schlußfolgerungen gezogen werden. Erich Ollenhauer hat in seinem Referat mit Recht eine Warnung an die Männer in den Regierungsparteien gerichtet, die uns diese Last gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes aufbürden wollen. Ich glaube, es ist nötig, diese Warnung auch an die Staatsmänner der westlichen Welt zu richten. Es ist gesagt worden — es war der Hohe Kommissar McCloy —, man wäre von der Vertragstreue der Sozialdemokratie so tief durchdrungen, daß man sicher wäre, daß die Sozialdemokratie diesen Vertrag auch dann durchführen würde, wenn er gegen ihren Willen vorher von einem Parlament beschlossen worden wäre.

Ich glaube, an der Vertragstreue der Sozialdemokratie kann kein Mensch zweifeln. Eine Bindung des deutschen Volkes, die wirklich mit Zustimmung des deutschen Volkes zustande käme, eine Bindung, die in wirklich verfassungsmäßiger Weise zustande käme, würde von niemand so sorgfältig

honoriert werden wie gerade von der Sozialdemokratie. Aber einen Kampf gegen das Einmaleins kann man nicht führen, und unsere Warnung an die Staatsmänner der westlichen Welt lautet: Meine Herren, in der Rechnung, die sie da zusammen mit Herrn Adenauer und Herrn Schäffer aufgestellt haben, ist ein Loch von 10 Milliarden. Keine Regierung, insbesondere auch keine sozialdemokratische Regierung ist imstande, aus dem deutschen Volk diese 10 Milliarden herauszupressen, welche Ihre illusionäre Verteidigungsrechnung verlangen würde.

Genossinnen und Genossen, in der kurzen mir zur Verfügung stehenden Zeit kann ich hier nicht darlegen, wie der Verteidigungsbeitrag Westdeutschlands aussehen müßte, wenn — wir alle hoffen leidenschaftlich das Gegenteil — die Verhandlungen mit Rußland über eine deutsche Einigung scheiterten. Nur so viel darüber, daß, wenn dieses entsetzliche Unglück einträte, wenn die Viermächte-Verhandlungen scheiterten, das deutsche Volk sich erst recht weigern muß, diesen EVG-Vertrag zu ratifizieren, weil er undurchführbar ist und weil er aus Deutschland nicht einen brauchbaren, sondern einen unbrauchbaren Verbündeten zur Verteidigung der Freiheit machen würde.

Zum Schluß noch ein Wort über die Konzeption, die unsere einzige mögliche Konzeption für den Beitrag Deutschlands zur Verteidigung des Friedens darstellt, nämlich über den Verteidigungsbeitrag eines auf Grund friedlicher Verständigung zustande gekommenen freien Gesamtdeutschlands! Es ist so viel vom deutschen Wirtschaftswunder in der Zeit von der Währungsreform bis heute geredet worden: wenn an dieser Entwicklung etwas wunderbar war, dann ist es die Tatsache, daß die deutschen Hand- und Kopfarbeiter trotz Erhard-Politik und trotz fehlenden Mitbestimmungsrechts, trotz nicht ausreichenden Reallohns und nicht ausreichender Ernährung so erfolgreich gearbeitet haben. Das ist das einzige Wirtschaftswunder, was sich seit 1948 in Deutschland ereignet hat. Was es an wirtschaftlichen Fortschritten in Deutschland gibt, ist vom Volke erarbeitet, trotz der Erhard-Politik erarbeitet worden. Aber wenn die Welt wissen will, wie ein wirkliches deutsches Wirtschaftswunder aussehen würde, dann lasse man doch einmal das ganze deutsche Volk arbeiten. Man lasse das ganze deutsche Volk in Frieden arbeiten, in einer langen Periode gesicherten Friedens in Europa, und man lasse das ganze deutsche Volk in Freiheit arbeiten. Man lasse es arbeiten nicht in einer Wirtschaftspolitik des Bekenntnisses zur Planlosigkeit, sondern im Rahmen einer planmäßig gelenkten Wirtschaft, dann wird man sehen, was das deutsche Volk leisten kann! Dann wird man das wirkliche deutsche Wirtschaftswunder erleben:

Es wird dann ein Deutschland entstehen, das in keiner Weise ein Vakuum ist. Ich wende mich immer leidenschaftlich gegen die törichte These, daß das Gesamtdeutschland, das als Ergebnis einer Verständigung zwischen Ost und West entstehen würde, ein Vakuum sei. Dieses Deutschland wäre politisch kein Vakuum; denn es ist ein sehr wichtiges Land an einem besonders wichtigen Platz der Erde. Dieses Deutschland wäre wirtschaftlich kein Vakuum, sondern dieses Deutschland würde wirtschaftlich erstaunlich stark werden. Wenn trotz Erhard-Politik, trotz Spaltung, trotz Planlosigkeit von 1948 bis 1952 in Westdeutschland das geleistet worden ist, was geleistet wurde, so ist gar kein Zweifel, daß das Gesamtdeutschland das Wunder vollbringen würde, seine Reallohne zu steigern und dabei gleichzeitig das zurückgebliebene soziale Niveau in der Ostzone — ich sage jetzt mit vollem Bewußtsein ein sehr kühnes Wort — ohne Auslandshilfe auf ein westliches Niveau zu heben. Wenn im Zuge einer solchen Politik im Laufe von einigen Jahren die Besatzungsmächte des Westens und des Ostens schrittweise abrückten, so genügt die Hälfte der Ersparnisse, die wir dabei er-

zielen — wenn wir sie sinnvoll und planmäßig investieren —, um den gesamten Nachholbedarf der Ostzone an Investitionen aufzubringen. Dieses Gesamtdeutschland kann ohne Auslandshilfe wohlhabend werden und kann ohne Auslandshilfe einen sehr wirksamen Beitrag zur Verteidigung des Friedens aufbringen. Dies würde nicht ein Verteidigungsbeitrag im Rahmen eines einseitigen Militärbündnisses der Westmächte gegen den Osten sein, sondern der Beitrag eines unabhängigen Deutschlands zur Verteidigung des Friedens, falls dieser Friede gestört und falls dieses Deutschland überfallen würde. Einen solchen echten Verteidigungsbeitrag kann Deutschland nicht dadurch aufbringen, daß man die Reallöhne herunterdrückt, nicht dadurch, daß man aus Volksmassen, die im Elend leben, noch mehr herauspreßt. Das deutsche Volk kann den Verteidigungsbeitrag nur aus der Fülle der Leistungsmöglichkeiten hervorbringen, die ein solches freies Gesamtdeutschland — aber auch nur ein solches Deutschland! — haben würde. Und wenn wir gegen diesen Generalvertrag mit seinen Rechenfehlern, mit seiner politischen Verständnislosigkeit, mit der brutalen Siegerwillkür, die noch immer in ihm steckt, kämpfen, so ist unser Nein zu diesem Generalvertrag das schöpferische Ja zu dem großen Verteidigungsbeitrag für den Frieden, den ein Gesamtdeutschland leisten kann und, soweit es an uns liegt, auch leisten wird. (Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender Henßler:

Ich kann mitteilen, daß der Antrag Nr. 178 zurückgezogen ist, also nicht mehr zur Diskussion steht. Das Wort hat jetzt der Genosse Kloos; ihm folgt der Genosse Willy Brandt.

Kloos, Uelzen:

Genosse Ollenhauer, wenn wir Funktionäre auf der unteren Ebene der Öffentlichkeit unsere Politik und die Politik des Vorstandes klarmachen wollen, dann müssen wir selber zutiefst davon überzeugt sein, daß sie richtig ist. Und, Genosse Erich Ollenhauer, nach deinen heutigen Ausführungen ist für mich vieles klarer geworden, und wir sind in der Lage dazu. Aber, Genosse Ollenhauer, was draußen nicht verstanden wird, ist folgendes:

Das Volk versteht, daß wir die Delegation aus der DDR nicht empfangen haben, es versteht aber nicht das Drum und Dran in der Woche vor dem Empfang durch den Bundestagspräsidenten Ehlers. Dann sagen die breiten Massen draußen: Herr Ehlers hat Klarheit bewiesen; er hat zumindest zu seinem Wort gestanden, aber unser Vertreter ist vom Vorstände zurückgepiffen worden. Und gerade diese uns vielleicht als nebensächlich erscheinenden Dinge sind draußen sehr, sehr wichtig; denn der einfache und sauber denkende Mensch denkt anders darüber.

Zu Europa! Daß wir Sozialdemokraten nicht für ein kleines Europa sein können, ist selbstverständlich. Daß wir aber auch nicht über die restaurativen Kräfte zu einem Europa kommen können, ist für uns ebenso selbstverständlich. Aber die Bevölkerung weiß, daß wir eine internationale Partei gewesen sind und es auch noch heute sind; und gerade die Jugend sagt uns draußen immer wieder: Ihr seid doch international! Warum ist es euch nicht möglich, mit Hilfe eurer Bruderparteien in den anderen europäischen Ländern zu einer Einigung zu kommen? Und ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir, wenn der andere Weg nicht möglich ist, in erster Linie erst einmal in unseren eigenen Reihen eine klare Linie über das zu schaffende Europa aussprechen sollten. Genosse Ollenhauer, du hast in Wien auf dem Jugendtag gesprochen und versucht, die deutsche Politik der europäischen sozialistischen Jugend klarzumachen. Der Genosse Buchstaller hat es ebenfalls getan. Und du weißt, Genosse Ollenhauer, wie schwer es war, den

Standpunkt, den wir einnehmen, der sozialistischen Jugend Europas verständlich zu machen. Nachdem ihr fortgegangen wart, haben wir weiter versucht, unseren Standpunkt klarzumachen, aber es ist uns sehr schwer geworden. Geben wir doch der sozialistischen Jugend Europas und unserer deutschen Jugend eine zündende Flamme, versuchen wir doch über die Internationale eine europäische sozialistische Partei zu bilden! Ich glaube, dann haben wir das Fanal für unsere Jugend, das wir brauchen. Nur aus diesem Grunde bin ich auf das Podium gestiegen, um zu sagen, daß wir neben unserer Tagespolitik vor allem unserer sozialistischen Jugend und auch der anderen Jugend — denn auch sie hat Verständnis für ein europäisches Denken — diese zündende Flamme geben sollten. Bilden wir eine europäische sozialistische Partei und kommen wir selber einmal ins reine; dann werden wir auch auf unserem Wege zu einem vereinigten Europa kommen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat jetzt Willy Brandt, Berlin.

Brandt, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Als einer der Delegierten aus Berlin möchte ich zunächst schlicht, aber sehr aufrichtig, dem Genossen Ollenhauer für die neue politische Verpflichtung, die er im Namen der Sozialdemokratischen Partei für Berlin durch sein Referat übernommen hat, Dank sagen, und ich meine, daß an dieser Stelle noch einmal vor der breiten Öffentlichkeit gesagt werden sollte, daß jene, wenn auch unzulängliche, aber doch erreichte Verankerung dieses Berlins im Rechts- und Finanzsystem des Bundes einzig und allein auf Grund der Initiative und des unermüdlichen Drängens der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Fraktion gegen das Zögern und gegen das bis in die letzte Zeit andauernde Unverständnis der Regierung Adenauer und der sie tragenden Koalition erfolgt ist. (Lebhafter Beifall.) Denn das eindeutige Bekenntnis zu Berlin und zu den 18 Millionen unserer Landsleute in der sowjetischen Besatzungszone strafft alle jene Lügen, die ausgerechnet der Sozialdemokratischen Partei in diesem Lande eine unklare Politik gegenüber dem totalitären Staat andichten möchten. Wir stehen gewiß nicht notwendigerweise zu jedem Projekt, das man als „westlich“ ausgibt; aber ich glaube, wir standen immer und stehen auch heute zum Westen im Sinne von Freiheit und Menschenwürde; und wir stehen wohl auch des Friedens und der Freiheit wegen zur demokratischen Wehrhaftigkeit in dieser, ach noch so wenig friedfertigen Welt.

Wenn es nun richtig ist, daß für uns über allem anderen das Ringen um die Wiedervereinigung auf dem Boden der Freiheit steht, wenn es richtig ist — und ich glaube es ist richtig —, was Erich Ollenhauer sagt: daß kein Opfer zu groß sein darf, dieses Werk zu erreichen, dann entsteht die Frage, ob wir nicht vielleicht bei der Formulierung unseres Standpunkts noch einen Schritt weitergehen sollten und mit der Blickrichtung nach außen deklarieren sollten: Falls sich heute oder morgen die weltpolitische Möglichkeit bietet, dieses Deutschland auf dem Boden der Freiheit wieder zu vereinigen, dann sollten wir auch dann ja dazu sagen, wenn ein solches in Freiheit wieder vereinigt Deutschland — ich möchte hinzufügen leider — nicht militärpolitischer Bestandteil des atlantischen Bündnissystems sein könnte. Eine solche Präzisierung hätte mit neutralistischen Spielereien überhaupt nichts zu tun, und ich finde, es ist eine schlechte Sache, wenn die Bundesregierung versucht, jede Überlegung über Lösungsmöglichkeiten des deutschen Problems mit dem Schlagwort des Neutralismus zu diffamieren.

Was unsere ganzen Vorstellungen zur Europapolitik angeht, dürfen wir wohl nunmehr feststellen, daß das uns allen vorschwebende Ziel durch föderalistischen Perfektionismus nicht zu erreichen ist. Europaverfassungen gibt es schon genug. Was wir brauchen und was erreichbar erscheint, ist ein politisches und soziales Schutz- und Trutzbündnis des freien Europa. Eine entscheidende Voraussetzung für seine Schaffung ist die Verständigung der demokratischen Sozialisten in England, Deutschland und Skandinavien. Ich sage das, ohne damit die Zusammenarbeit mit den Sozialisten in irgendeinem anderen Teil Europas herabmindern zu wollen. Ich möchte hoffen, daß rascher als bisher ein Weg zur konkreten Verständigung zwischen diesen großen demokratischen sozialistischen Parteien in Europa gefunden wird.

Nun zum Schluß noch eine Bemerkung zu der Rolle der Partei. Unsere Partei wird der ihr aufgebürdeten Verantwortung nur gerecht werden können, wenn sie von einem starken Willen zu einer grundlegenden Umgestaltung erfüllt bleibt (sehr richtig) und wenn sie durch nimmermüde geistige Regsamkeit ihren Erneuerungswillen in das Volk hineinstrahlen läßt. (Beifall.) Es mag sein, daß sich auch die sozialistische Bewegung nicht völlig dem leider nicht sehr fortschrittlichen Gesetz der Epoche entziehen kann. Aber wir werden den Kampf gegen die Restauration nur erfolgreich bestehen können, wenn wir selbst jeder Neigung widerstehen, dort einfach weiterzuführen, wo überprüft, verändert und erneuert werden mußte. (Beifall.)

Ich glaube, auf diesem Parteitag sollte in Anlehnung an das, was Genosse Ollenhauer gesagt hat, ein starker Wille zur Macht ausströmen, nicht des Machtwillens wegen, sondern der Menschen wegen, die eine neue politische Führung verdient haben, eine Neugestaltung durch nimmermüde geistige Regsamkeit und durch soziales Erneuerungsstreben. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Das Wort hat Genosse Korn, Lübeck.

Korn, Lübeck:

Genossinnen, Genossen! Ich komme aus Lübeck, der östlichsten deutschen Großstadt am Eisernen Vorhang. Ich bin vielleicht mit der Jüngste unter Ihnen, und ich will nur in wenigen Worten das sagen, was die Meinung der Distrikte und unserer Wählermassen ausdrückt.

Dieser Parteitag — das hat das grundsätzliche Referat des Genossen Ollenhauer und haben die soeben gehörten eindringlichen ernstesten Worte des Genossen Willy Brandt, Berlin, sehr drastisch vor Augen geführt — wird zum Parteitag der außenpolitischen Entscheidung und wird vielleicht zu einem Parteitag der Entscheidung zwischen Krieg und Frieden. Der Noten im Kalten Krieg zwischen Ost und West sind seit Oktober 1951 wahrlich genug gewechselt. Sowjetrußland hat im Tauziehen um 65 Millionen Deutsche, deren Schlagkraft und Kampfeswert man in Moskau und Washington gleichermaßen real beurteilt, sich zu einer außenpolitischen hundertachtziggradigen Kehrtwendung schweren Herzens wahrscheinlich nur deshalb durchgerungen, weil man mit einem antikommunistischen vereinigten Deutschland zwar die eigene Staatspartei, die SEP, von einem Regierungsfaktor zur kleinsten Oppositionsgruppe im neuen deutschen Reichstag verwandeln würde, sie jedoch andererseits ein neutrales bewaffnetes Deutschland als cordon sanitaire herzustellen hofft. Das deutsche Volk — das haben alle Wahlen seit dem Zusammenbruch nach 1945 bewiesen — wählte antikommunistisch wie kein anderes Volk in Europa. Die Visitenkarte der Roten Armee und der politische Marschschritt in der sogenannten Deutschen Demo-

kratischen Republik haben das deutsche Volk zu einem moskaufeindlichen Bollwerk in Europa gemacht. Wenn aus ganz realen außenpolitischen Gründen im Ringen der beiden Weltblocks, Amerika auf der einen Seite und Sowjetrußland auf der anderen Seite — und dazu gehört die Pankower Regierung gleichermaßen — freie gesamtdeutsche Wahlen unter internationaler Kontrolle vorgeschlagen werden und wenn man scheinbar zu weitestgehenden Konzessionen bereit ist, d. h., solange ein Selbstmordangebot der ostzonalen Regierung vorliegt, hat es meines Erachtens für jeden deutschen Politiker nur ein Ziel zu geben: keine Chance ungenutzt zu lassen, um diese Herren und diese Regierung festzulegen.

Der erste Weg, den der neue Hohe Kommissar, Herr Donnelly, in Deutschland nach seinem Besuch beim Bundeskanzler durchführte, war der Besuch bei General Tschuikow. Das Kommuniqué sprach von einer sehr herzlichen, ja herzlichsten Unterhaltung und davon, daß man sich sehr oft treffen will.

Sowjetrußland wird zwangsläufig auf die wirtschaftliche und militärische Integrierung Westdeutschlands im Rahmen der EVG-Verträge und der NATO mit einer wirtschaftlichen und militärischen Integrierung in Osteuropa und in der DDR antworten. Die bisherigen sogenannten Schutzmaßnahmen sind erst der Anlauf dazu. Das heißt, der militärische Block von Schanghai bis Lübeck und Eisenach mit rund 800 oder 900 Millionen Menschen erhält den letzten militärischen Drill und Schliff.

Der bestimmt nicht sowjetfreundliche Richard Tüngel schreibt dazu folgendes. Genossinnen und Genossen, ich bitte sehr herzlich, zu entschuldigen, daß ich diese zehn Zeilen hier vorlese, sie sind aber sehr entscheidend und ernst:

Bevor man in Moskau jedoch so weitgehende Schritte wählt, will man offenbar noch einmal den Versuch machen, auf einer Konferenz und nicht in einem fruchtlosen Notenaustausch einen deutschen Friedensvertrag zustande zu bringen, um damit die Teilung unseres Landes zu beseitigen, die, wenn sie weiterbestehen sollte, zweifellos eines Tages eine gewaltsame und entsetzlich blutige Lösung herbeirufen würde. Was also spricht gegen diese Konferenz, auf der doch nicht geschossen, sondern nur geredet werden soll? Gelänge es heute, die deutsche Sowjetzone einem nach westlichem demokratischem Muster aufgebauten freien deutschen Staat einzufügen, welch ein Triumph für die Politik des Westens!

Ich sage, welch ein Triumph der Freiheit und des Friedens, und ich sehe nicht ein, weshalb wir uns päpstlicher als der Papst gebärden wollen, während Amerikaner und Russen seit vielen Monaten in Korea und indirekt in Indochina auf dem Schlachtfeld Hunderte und Tausende von Toten zählen und sich täglich und wöchentlich auf dem politischen Parkett die Wangen küssen, während sie im Rücken Atombomben entschern, ist es unsere Pflicht, jede, selbst die geringste Chance, zu nutzen.

Solange der Vorsitzende der Partei, die sich die Partei der Vertriebenen von jenseits der Oder-Neiße und aus der Ostzone nennt — ich meine Herrn Minister Kraft vom BHE — sich offiziell für Verhandlungen, für direkte Gespräche einsetzt (Zuruf: Er ist der Opportunist!) — das ist möglich — und, wie es geschehen ist, das auf seinem Parteitag offiziell befürwortet — er wurde aber als Opportunist wiederum einstimmig von den Flüchtlingen jenseits der Oder-Neiße und aus der Sowjetzone gewählt —, sehe ich nicht ein, weshalb die Sozialdemokratische Partei nicht mit einem sehr ersten eindringlichen Appell an die Bundesregierung die unverzügliche Aufnahme, allerdings von befristeten und klar umrissenen Verhandlungen mit den derzeitigen Pankower Machthabern fordern soll.

Unser Ziel ist die Befreiung von 18 Millionen Deutschen in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg. Für dieses Ziel hat jedes, aber auch jedes

Mittel recht zu sein. Das gegenwärtige Wettrüsten bedeutet nach menschlichem Ermessen zwangsläufig den Krieg.

Herr Eisler erklärte mir vor wenigen Monaten in einem Interview im Beisein eines führenden westdeutschen Journalisten: Wenn die Bundesregierung 50 Divisionen aufstellt, werden wir 100 aufstellen; wir werden immer 10 Minuten vor ihnen liegen. In diesen dialektischen Worten des Propagandachefs, dieses Goebbels der Ostzone, liegt die furchtbare Tragik dieser Stunde. Glaubt ihr im Ernst, daß dreihunderttausend deutsche Soldaten und einige tausend deutsche Panzer den Bolschewismus zum Rückzug zwingen?

Dazu kommt die steigende Gefahr eines russischen Präventivkrieges. Selbst der amerikanische Präsidentschaftskandidat Stevenson erklärte vor wenigen Tagen: Ich würde mich niemals fürchten, im guten Glauben mit der Sowjetunion zu verhandeln; denn die Tür für Konferenzen für immer zuzuschlagen, heißt stets, einen Weg zum Kriege öffnen.

Für uns heißt es in dieser Stunde, klar, konkret und ohne Mißdeutung zu dem Problem der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit durch freie Wahlen Stellung zu nehmen. (Zuruf: Auch von den Diskussionsrednern!) — Jawohl, auch von mir. Wir dürfen uns von den Wählermassen nicht mehr zurufen lassen: Was wollt ihr eigentlich? Ihr propagiert, jede Chance, auch die letzte Chance, zu nutzen, und wenn das Tor vielleicht einen halben Zentimeter geöffnet wird, dann stößt ihr es plötzlich zu!

Das außenpolitische Programm unserer Partei sollte in fünf oder sechs Punkten zusammengefaßt werden, ähnlich dem Programm des Heidelberger Parteitages von 1925. Es sollte klar und deutlich für das Selbstverwaltungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung eintreten. Es sollte die internationale Abrüstung verlangen und mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegenreten. (Zuruf: Auch jeder Verschleierung!) — auch jeder Verschleierung! Das liegt an uns. Das deutsche Volk sehnt sich nach Frieden und ist antibolschewistisch. (Zuruf: Wir hatten noch kein Interview mit Eisler!) — Sie werden lachen, bei diesem Interview, das damals auf Einladung der Bundesregierung in Berlin zustande gekommen war, war mit mir der politische Redakteur der „Lübecker Nachrichten“, der gewiß nicht als kommunistenfreundlich bezeichnet werden kann. Wir haben in diesem Interview Eisler nach den Konzentrationslagern gefragt. (Unruhe.)

Vorsitzender Henßler (unterbrechend): Ich bitte, den Redner nicht durch Zwischenrufe zu veranlassen, seine Redezeit zu überschreiten.

Korn, Lübeck (fortfahrend): Genossen und Genossinnen, wenn diese 15 oder 17 Milliarden, wie hier ebenfalls erklärt wurde, die für die Aufrüstung vorgesehen sind, wenn diese Milliarden des deutschen Volksvermögens dem sozialen Aufbau und der sozialen Sicherung unseres Volkes zugeführt werden, dann wäre es ein für allemal gefeit sowohl gegen den Bolschewismus als auch vielleicht gegen den Dollarismus. (Zuruf: Das ist eine zweideutige Rede!)

Vorsitzender Henßler: Als nächster redet Genosse Riegel aus Lübeck.

Riegel, Lübeck:

Genossinnen, Genossen! Der Genosse Ollenbauer hat mit Recht den unfruchtbaren Notenwechsel der alliierten Mächte mit der Sowjetunion kritisiert. Aber nun erhebt sich folgende Frage: Wenn sich die alliierten Mächte dauernd über die Reihenfolge der Tagesordnung nicht einigen können und dieser Streit seit Monaten anhält, dann muß langsam, aber sicher der Ver-

dacht auftauchen, daß zwar die Sowjetunion mit uns sowieso nicht viel im Sinne hat, daß aber auch die Amerikaner an einer wirklichen Einheit Deutschlands nicht interessiert sind. Warum sollen wir nicht diese Tatsache festhalten. Wenn wir aber der Meinung sind, daß die alliierten Westmächte wegen dieser Streitfrage der Reihenfolge mehr oder weniger genau so wie die Sowjetunion in Wirklichkeit gar keine Viererkonferenz wollen, dann frage ich mich, wie soll über die Viererkonferenz die deutsche Einheit zustande gebracht werden, was sollen wir Sozialdemokraten tun, wenn es tatsächlich nicht zu dieser Viererkonferenz kommen sollte?

Als zweite Frage habe ich folgende vorzubringen. Der Genosse Ollenhauer hat gesagt, die Frage der Partnerschaft muß grundsätzlich abgelehnt werden, weil man nicht vorher die Verfahrensregeln festgelegt habe. Das ist nach meiner Ansicht keine grundsätzliche Ablehnung. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß wir als Deutschland genau die gleiche Stellung wie England einnehmen, indem wir uns grundsätzlich zum Westen bekennen und sagen: Wir sind in der Stunde der Gefahr bereit, an der Seite des Westens zu marschieren, wir sind aber im gegenwärtigen Moment grundsätzlich an diesem Problem der Partnerschaft und der konkreten praktischen Durchführung der Dinge nicht interessiert.

Wenn, wie Genosse Baade sagte, wir in Deutschland politisch und auch wirtschaftlich kein Vakuum haben, dann frage ich mich, ob nicht tatsächlich diese Möglichkeit besteht.

Zum Schluß noch eine dritte Frage. Genosse Ollenhauer hat ganz klar davon gesprochen, daß gegenwärtig wirtschaftlich in Deutschland eine Politik getrieben wird, die gegen die breiten Massen gerichtet ist. Das müßte in der Konsequenz heißen, daß wir für die nächste Zeit grundsätzlich ablehnen, uns an irgendeiner Koalition auf der Bundesebene zu beteiligen. Das bedeutet, daß es nach den kommenden Bundestagswahlen nur eine einzige Alternative geben kann: Entweder allein versuchen, wenn wir dazu die erforderliche Zahl von Mandaten haben, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse umzustößen, oder in der Opposition bleiben.

Wir müssen — und insofern möchte ich das Wort von Willy Brandt aufgreifen — nicht nur den Willen fortsetzen, der uns seit 80 Jahren beseelt, und den bestehenden Apparat nicht nur übernehmen, sondern müssen die gesellschaftliche Ordnung grundsätzlich neu regeln. Diese Frage wird über lang oder kurz auftauchen. Es gibt nur eine Antwort: Entweder allein oder überhaupt nicht! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat Genosse Möller-Dostali.

Möller-Dostali, Essen:

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Ollenhauer hat mit der ihm eigenen Sachlichkeit eine grundsätzliche Analyse der heutigen Situation gegeben. Sie hat uns die große Gefahr vor Augen geführt, in der wir uns als deutsche Sozialdemokraten und als deutsches Volk befinden. Er sagte, daß die Frage des Generalvertrages und der EVG-Verträge eine Schicksalsfrage sei, die unter Umständen über Krieg und Frieden entscheiden würde. Ich bin mit ihm einverstanden, wenn er noch einmal die Bedingungen formuliert hat, die auch schon Genosse Schumacher formulierte, unter denen wir als Sozialdemokratische Partei diese Verträge ablehnen. Aber ich glaube, wir sollten diesen Bedingungen ganz klar und deutlich eine Bedingung hinzufügen: Unter den Bedingungen der Spaltung und der Rechtsungleichheit gegenüber den Siegern werden wir als Sozialdemokratische Partei jeden Wehrbeitrag ablehnen! Dabei ergibt sich für uns noch folgende Frage: Auf der einen Seite steht als Realität der große Block der

Sowjetunion. Wie wir zu den Kommunisten stehen, darüber brauchen wir kein Wort zu verlieren. Auf der anderen Seite stehen die Westmächte, in deren Politik sich immer deutlicher ein Sieg der restaurativen kapitalistischen Kräfte abzeichnet. Ich erinnere mich eines kleinen Büchleins, das Genosse Paul Sering wohl 1945 herausgegeben hat und in dem er sagt: „Es wird und muß die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sein, weder ein Satellit des Ostens zu werden, noch sich irgendwie in einen Klassenkrieg des Westens gegen den Osten verstricken zu lassen!“ (Beifall.) Wenn wir dieses Nein zu den EVG-Verträgen, zum Generalvertrag aussprechen und bereit sind — wie Genosse Ollenhauer richtig sagte —, mit dem Osten zu diskutieren, so bedeutet das, daß wir eine Diskussion auf internationaler Ebene zwischen den Mächten anstreben, die für die Spaltung Deutschlands verantwortlich sind. Nicht in Frage kommt aber das, was hier gesagt wurde: Eine direkte Diskussion zwischen Vertretern unserer Partei, mit Vertretern einer Partei wie der SED, die ja in Wirklichkeit nicht über eigene Machtvollkommenheit verfügt und keine demokratische Legitimation hat. Dagegen sollten wir aber, wenn eine solche Diskussion in Gang kommt, auch klar und deutlich zum Ausdruck bringen, daß wir, wenn aus gesamtdeutschen Wahlen unter internationaler Kontrolle eine souveräne deutsche Regierung hervorgeht, uns unter Umständen verpflichten, weder mit Washington noch mit Moskau einen militärischen Pakt abzuschließen. Das sollten wir in unserer Propaganda und in unseren sozialdemokratischen Parteidokumenten sehr deutlich zum Ausdruck bringen.

Wenn es der Adenauer-Regierung gelingt, die Ratifizierung der Verträge im Bundesparlament durchzusetzen, dann bedeutet das für den demokratischen Sozialismus und die Arbeiterbewegung eine entscheidende Niederlage, genau so, wie bei den Kämpfen um das Mitbestimmungsrecht von einer Niederlage gesprochen werden kann. Deshalb sollten wir die Zeit nutzen und den Kampf gegen den Generalvertrag und die EVG-Verträge mit viel größerer Schärfe führen, und zwar nicht nur auf parlamentarischer Ebene, sondern auch im vorparlamentarischen Raum, mit allen Mitteln, die uns die Demokratie gibt. Aus diesem Grund hat der Unterbezirk Essen den Antrag Nr. 179 vorgelegt. Ich glaube, daß die Stunde so ernst und so entscheidend ist, daß wir uns als Parteitag und damit als höchste Instanz der Sozialdemokratischen Partei überlegen sollten, ob wir nicht mit einem Manifest an die gesamte deutsche Bevölkerung, nicht nur an die westdeutschen Menschen, sondern auch an die Menschen jenseits des Eisernen Vorhangs, herantreten sollten. Wir im Westen müssen versuchen, durch Aktionen im vorparlamentarischen Raum, beispielsweise durch Unterschriften, Versammlungen usw., die Bevölkerung in eine politische Aktivität hineinzusteigern, die die Adenauer-Regierung zwingt, den Bundestag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Das sind legale demokratische Mittel. Ich bitte Sie daher, den Antrag Nr. 179 anzunehmen. Wenn dieser Kampf verlorengeht, dann ist die Spaltung Deutschlands endgültig, dann besteht die große Gefahr, daß angesichts der undurchsichtigen Politik des Amerikanismus eines Tages Deutsche gegen Deutsche auf einem Schlachtfeld kämpfen, das wir Sozialdemokraten nicht gewollt haben! (Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Von Henry Rutz, dem Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften für Deutschland und Österreich, ist ein Telegramm eingegangen, in dem er bedauert, daß er verhindert sei, an unserem Parteitag teilzunehmen. Er wünscht dem Parteitag bei seinen Entschlüssen Erfolg. — Ferner haben wir eine Mitteilung von der Genossin Stierle erhalten. Sie teilt mit, daß die Ärzte mit dem Gesundheitszustand des Genossen Stierle zufrieden sind. Es gehe aufwärts. (Beifall.) Wir hoffen, daß diese Mitteilung in Erfüllung geht, so daß wir Stierle hoffentlich bald wieder unter uns sehen

können! (Beifall.) — Der nächste Redner ist Genosse Carlo Schmid. Er hat mich gebeten, ihm eine Redezeit von ungefähr 15 Minuten zuzugestehen, und zwar in Berücksichtigung der Aufgabe, die ihm die Partei auf außenpolitischem Gebiet gestellt hat. Bekanntlich ist er Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses. Ich darf also wohl von vornherein der Zustimmung zu dieser Bitte sicher sein! (Einverstanden!)

Carlo Schmid, Bonn:

Genossinnen und Genossen! Zunächst eine Bemerkung zu einigen Ausführungen des Genossen Kloos, Uelzen, die sich — wenn auch nicht unter Namensnennung — mit meiner Person befaßten. Die Entscheidung, die Abgesandten der Volkskammer zu empfangen, war eine Entscheidung des Präsidenten des Deutschen Bundestages. Nach Rücksprache mit einigen Genossen des Fraktionsvorstandes hielt ich es für richtig, daß auch die Vizepräsidenten des Bundestages daran teilnahmen. Spätere Gespräche mit anderen Genossen haben mich davon überzeugt, daß diese meine Entscheidung falsch war. Die Geschlossenheit in der Abwehr aller Infiltrationsversuche von kommunistischer Seite verlangt von uns, daß wir insbesondere auch auf örtlicher Ebene alle Versuche von kommunistischer Seite, mit Funktionären der Partei in ein sogenanntes gesamtdeutsches Gespräch zu kommen, im Keim ersticken. (Beifall.) Die Genossen sagten: „Was sagen wir nun den Genossen auf der örtlichen Ebene in solchen Fällen, wenn diese erklären: ‚Aber der Carlo Schmid war beim Empfang der Volkskammer-Abgeordneten auch dabei?‘“ Natürlich gibt es da erhebliche sachliche Unterschiede. Man darf aber die Urteilskraft der Menschen nicht überfordern, und man darf kein Ärgernis geben. Weil ich das eingesehen habe, habe ich meine ursprüngliche Bereitschaft, dem Empfang beizuwohnen, zurückgezogen. (Lebhafter Beifall.) Ich halte es nicht für eine Schande, sich überzeugen zu lassen. (Sehr gut, Beifall.) Ich halte es noch weniger für eine Schande, nach der neugewonnenen besseren Überzeugung zu handeln. (Beifall.)

Die Ausführungen Erich Ollenhauers zur Europa-Politik unserer Partei waren so eindeutig, daß Mißverständnisse künftig ausgeschlossen sein sollten. Vielleicht wird es aber trotzdem noch Mißdeutungen geben. Ich bin überzeugt, daß man weiterhin mit der Parole von der „uneuropäischen“ Haltung der Sozialdemokraten krebse gehen wird, so wie man früher krebse gegangen ist mit unserer angeblichen Vaterlandslosigkeit, und wie man heute noch mit der Lüge krebse geht, wir seien religionsfeindlich! Man ist aber noch kein Feind Europas, weil man das, was Konrad Adenauer, Robert Schuman und Herr de Gasperi für europäische Politik halten, für verhängnisvoll hält, verhängnisvoll, weil es keinen Weg in die Zukunft weist, sondern restaurativen Zwecken dienen soll. Mancher, der „Europa“ sagt, versteht darunter leider Gottes nicht mehr, als ein Metternich unter der gemeinsamen Verteidigung der gottgewollten Ordnungen gegen die revolutionären Forderungen der Völker verstanden hat. (Beifall.) Und man ist noch kein Feind Europas, weil man der Meinung ist, daß die Deutschen das Recht haben, bei ihrer Europa-Politik ihre Lebensinteressen so zu wahren, wie es die anderen Nationen auch tun, ja für selbstverständlich halten. (Beifall.)

Was verstehen denn die einzelnen unter Europa-Politik? Ich habe wenig Leute getroffen, die darunter dasselbe verstehen. Und ich habe dabei immer wieder Motive höchst gegensätzlicher Art festgestellt! Nur bei den wenigsten Menschen findet man wirklich realistische Vorstellungen von dem, was ist, was sein soll und was sein kann. Bei vielen ist das, was sie Europa-Politik nennen, nicht mehr als falsch angewandter ethischer Impuls. Bei manchen ist es ein ästhetisches Bedürfnis nach einer Bereinigung des „Krickel-Krackel“

der europäischen Flurkarte. Bei vielen, ja zu vielen ist das, was sie europäische Politik heißen, Produkt einer verschwommenen, wenn auch höchst ehrenwerten Sentimentalität. Das schlimmste ist aber, daß die Zahl derer nicht gering ist, bei denen das Europa-Verlangen etwas ist, mit dem sie ihr Sekuritätsbedürfnis am besten glauben zum Ausdruck bringen zu können. Sie meinen, daß das „Europa“, das sie wünschen, ihnen erlauben werde, auf Politik und auf Verantwortung für das eigene Schicksal zu verzichten, denn sie meinen, man könne sich in diesem Europa vor dem heißen Atem der Geschichte verstecken.

Das alles ist nach dem, was hinter uns liegt, verständlich. Es ist aber keine politische Haltung! Denn Politik fängt — wie Religion — damit an, daß man auf die Befriedigung von Gemütsbedürfnissen verzichtet und die Dinge aus dem Bereich der Gefühle in den Bereich der verantwortlichen Entscheidung hebt (Beifall), also unter das Gesetz der Notwendigkeiten des jeweiligen Hier und Jetzt stellt. Und da ist zunächst zu fragen: Was soll denn dieses Europa sein, von dem ja von so verschiedenen Seiten in so verschiedener Weise und offenbar auf Grund so verschiedener Impulse gesprochen wird? Und welches sind die Gegebenheiten, von denen aus wir den Weg dorthin zu bahnen hätten?

Sicher wird eine Welt besser geordnet sein, in der die Völker dieses Kontinents in den „Vereinigten Staaten von Europa“ zusammengefaßt sein werden.

Wir alle hoffen, daß dies einmal der Fall sein wird. Aber diese Vereinigten Staaten von Europa würden nur dann etwas Gutes sein, wenn sie nicht Ausdruck und Produkt des Mißtrauens einiger Völker gegen andere europäische Völker sind, sondern sie werden dann etwas Gutes sein, wenn Europa als Ausdruck und Produkt der Solidarität aller europäischen Völker mit allen anderen europäischen Völkern entsteht. Wenn man aber glaubt, Europa bauen zu müssen, weil man so große Völker besser bändigen könne, dann wird man auf sehr viel schwankenderem Grund bauen, als ein sandiger Bauplatz es wäre. „Europa“ würde nur dann etwas Gutes sein, wenn es den Völkern und den breiten Massen der Werktätigen eine echte Chance für die Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und sozialem Fortschritt gibt (Beifall) sowie eine Chance für die Schaffung der uns aufgegebenen Gesellschaftsordnung, die die Gesellschaftsordnung unseres Jahrhunderts und nicht die des vergangenen Jahrhunderts zu sein haben wird. „Europa“ wird etwas Schlechtes sein, wenn es zu keinem anderen Zweck geschaffen werden sollte, als zu einem Instrument für restaurative Absichten oder um den Deutschen die Möglichkeit einer den Lebensinteressen dieses Volkes dienenden eigenen Aktivpolitik zu nehmen.

Wir müssen also zunächst Fragen stellen. Die erste lautet:

Welches konkrete Europa ist denn gemeint, wenn ihr von Europa-Politik sprecht? Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß nicht alles, was unter der Europa-Flagge segelt, europäisch zu sein braucht.

Die zweite Frage ist:

Wohin sollen und wohin werden uns denn die Dinge führen, die unter dem Namen Europa geschaffen werden sollen?

Die weitere und entscheidende Frage aber ist:

Welche Voraussetzungen muß man denn wollen, wenn man Europa will? Denn wenn man etwas will, muß man gleichzeitig oder gar vorher die Voraussetzungen wollen, ohne die das Gewollte keine echte Wirklichkeit werden kann. Da gibt es eine Reihe ganz klarer und eindeutiger notwendiger Voraussetzungen! Nicht Mißtrauen, sondern Solidaritätsbewußtsein muß der Impuls aller sein, die europäische Politik machen wollen und behaupten, sie

zu machen. Alle müssen damit einverstanden sein, daß alle gleiche Lasten zu tragen haben und den gleichen Zugang zu den Vorteilen des Zusammenschlusses erhalten. Alle müssen davon überzeugt sein, daß nichts in diesem Europa, auch nicht in seinen Vorstufen, daran erinnern darf, daß es Sieger und Besiegte gegeben hat. (Sehr richtig!) Aber das alles muß durch Taten bewiesen werden. Es genügt nicht, daß man es mit Worten versichert.

Zu den Voraussetzungen einer jeden möglichen Europapolitik gehört auch, daß man bereit ist, die uneuropäischen Tatbestände, die 1945 und später geschaffen worden sind, auszuräumen. Ich denke dabei in erster Linie an die Saar. Denn, wenn diese Dinge nicht vorher ausgeräumt werden, dann werden diese ungelösten Probleme den europäischen Körper infizieren und krank machen. Nie wird Europa ein gesunder Körper werden können, wenn diese Krankheitsherde nicht vorher ausgeräumt werden. Ich möchte mit allem Ernst davor warnen, den Namen Europas zu mißbrauchen. Das schlimmste, was man Europa antun könnte, wäre doch, wenn sich allmählich in diesem Volk oder in anderen Völkern die Vorstellung bildete, daß das Zeitwort „europäisieren“ dasselbe bedeutet wie das im letzten Krieg geschaffene Wort „organisieren“. (Zustimmung.)

Eine weitere Voraussetzung muß verwirklicht werden, wenn Europapolitik gemacht werden soll: Man muß es sich versagen — und zwar auf allen Seiten —, irgend etwas zu tun, auch im Namen Europas, das zumindest in seiner Wirkung die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands blockieren könnte. Das muß um Europas willen geschehen, denn mit einem halben Deutschland kann man kein ganzes Europa schaffen! (Lebhafter Beifall.) Man kann noch weniger Europa um den Preis unseres Verzichts auf die Befreiung unserer Brüder schaffen, die noch drüben unter dem Joch des Totalitarismus seufzen. Wenn man uns sagt: Nehmt doch dieses Problem der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands nicht so wichtig, es ist doch nicht erstrangig, so müssen wir antworten: Für uns ist es eine erstrangige Frage, ob unsere Brüder dort drüben noch lange im Zuchthaus leben müssen (lebhafteste Zustimmung), oder ob man ihnen diese Qual abkürzen kann!

Nun sagt man uns, das alles zusammen sei ein bißchen viel verlangt. Ich glaube es nicht; ich glaube, daß das Mindestforderungen sind. Wenn man nun der Meinung sein sollte, sie seien aus psychologischen und anderen Gründen heute noch nicht zu verwirklichen, dann mag das sein. Wenn dem aber so sein sollte, dann ist es eben offenbar zu früh, an das Werk „Europa“ zu gehen. (Sehr richtig!) Freilich sind wir nicht so töricht, zu glauben, daß dieses Europa mit einem Male geschaffen werden könnte. Selbstverständlich wird es da Zwischenstufen geben. Wir werden nichts nur deswegen ablehnen, weil es noch nicht ganz vollkommen ist. Aber wir werden nur zu den Zwischenstufen ja sagen können, die auch als Zwischenstufen aus wirklich europäischem Geist und nur aus europäischem Geist geboren sind. Wir werden nur ja sagen können zu Dingen, von denen wir wissen, daß sie nicht Hindernis auf dem Wege zur Schaffung der deutschen Einheit sind. Wir werden zu solchen Zwischenstufen nicht ja sagen können, von denen wir wissen, daß es sich um Institutionen handelt, bei denen die Rechte der Parlamente zugunsten eines allmächtigen Managertums entthront werden. (Beifall.) Und wir werden zu Zwischenstufen nicht ja sagen können, die durch Beschränkung der europäischen Initiativen auf das Europa der Schumanplan-Länder den Weg zum ganzen Europa zu versperren drohen. Da geschehen in diesen Wochen gefährliche Dinge. Die aus dem Montanparlament hervorgegangene Sonderversammlung in Straßburg hat auf Grund des Artikels 38 des EVG-Vertrages den Auftrag angenommen, eine Verfassung für eine europäische politische Oberbehörde zu entwerfen. Die Annahme dieses Auftrages bringt uns in die Gefahr, daß nunmehr Europa auch

im Westen gespalten werden könnte, denn dieses Sechser-Europa ist eine schlechte Sache. Es ist nicht wahr, daß man damit den Anfang der Einigung Europas gemacht hat. Was geschieht denn dabei in Wirklichkeit? In Wirklichkeit geschieht doch nicht mehr, als daß man auf dem Gebiet des Kontinents Europa einen neuen — vorläufig noch rudimentären — Groß-Staat zu Sechsen schafft, daß also ein großer Teil Europas in dieses „Europa“ nicht eingeschlossen wird — für manche vielleicht gar nicht eingeschlossen werden soll. Wenn man aber nur einen Teil des Kontinents staatlich organisiert, stört man das politische Gleichgewicht auf dem Boden des Kontinents auf das empfindlichste, denn man schafft so einen politischen Körper von einer Dynamik, von der kein Mensch heute noch weiß, wohin sie uns führen könnte.

Man spricht sehr davon, daß dieses Sechser-Europa eine Art Kern-Europa sein werde, ein Magnet, der schließlich Briten, Skandinavier und andere anziehen müsse. Wir Sozialdemokraten fürchten, daß dieses sogenannte Kern-Europa, dieses Sechser-Europa, nicht magnetisch, sondern daß es auf die Briten und Skandinavier abstoßend wirken wird. Und damit hätten wir aus Europa die Nationen verbannt, die bisher auf dem Gebiete der Verbesserung der Lebensbedingungen der breiten Massen das Beste und meiste getan haben. (Lebhafter Beifall.) Genau betrachtet ist es doch so, daß durch dieses Sechser-Europa zunächst einmal ein neuer National egoismus zu Sechsen geschaffen werden wird —; denn wenn sein Zweck sein soll, den Lebensstandard der Bevölkerung dieser sechs Staaten zu heben, indem man für diese sechs Staaten einen einheitlichen Markt schafft, dann bedeutet das doch, daß man den anderen Staaten gegenüber eine Wirtschaftsgrenze aufrichten muß und daß dann die Wirtschaftsbeziehungen über diese Grenze hinweg nur durch Handelsverträge aufgenommen werden, wie das bisher in den Beziehungen der einzelnen Staaten der europäischen Brüder zu anderen Staaten auch der Fall war. Es besteht die Gefahr, daß die Briten und Skandinavier erkennen könnten, daß ihre Position bei Verhandlungen mit diesem mächtigen Block schwieriger ist als bei Verhandlungen mit anderen Staaten. Was wird die Folge sein? Die Briten und Skandinavier werden vielleicht in der Intensivierung des Osthandels eine Ausweichmöglichkeit sehen und demgemäß in noch engere Beziehungen mit Staaten und Völkern jenseits des Ozeans zu kommen suchen. In Straßburg hat mancher Brite im Gespräch sorgenvoll schon das Wort „Kontinentalsperre“ fallen lassen. Ich brauche nicht besonders darauf hinzuweisen, welche politischen Konsequenzen eine solche Verschiebung der ökonomischen Beziehungen mit sich bringen könnte.

Nun will man also diese politische Oberbehörde in Europa schaffen. Ich will mich darüber nicht in Einzelheiten verbreiten. Nur eins möchte ich dazu sagen: Zu den Zuständigkeiten dieser politischen Behörde soll auch die Führung einer gemeinsamen Außenpolitik dieses Sechser-Europa gehören, wenigstens soweit sich die Gegenstände dieser Politik auf europäischem Boden befinden. Der einzige Partner unter diesen sechs, bei dem sich so gut wie alle Gegenstände möglicher Außenpolitik ausschließlich auf europäischem Boden befinden, ist die Bundesrepublik. Die anderen Staaten haben auch außerhalb Europas außenpolitische Interessen, die sie autonom wahrnehmen werden. Das hätte für uns die Wirkung, daß wir auf der einen Seite keine eigene deutsche Wiedervereinigungspolitik mehr machen könnten, während wir auf der anderen Seite die Gefahren mitzutragen hätten, die die autonom geführte außereuropäische Außenpolitik unserer Partner heraufbeschwören könnte. Es könnten dafür einige Beispiele genannt werden.

Das sind die Gründe, weshalb die Sozialdemokraten es abgelehnt haben, sich an diesen Dingen zu beteiligen. Ich bin überzeugt, daß der Parteitag diese Haltung billigen wird.

Genosse Ollenhauer hat davon gesprochen, daß es möglich ist, Formen zu finden, die es auch den Briten und Skandinaviern möglich machen, sich mit den anderen europäischen Staaten zusammenzufinden. Ich möchte auf ein Dilemma hinweisen, das unausweichlich ist: Entweder man besteht darauf, diese Zusammenschlüsse von Anfang an sehr eng zu machen — dann muß man darauf verzichten, daß dieser Zusammenschluß allgemein zu machen ist. Wenn man aber den Hauptwert darauf legt, zunächst einmal möglichst viele europäische Nationen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzubringen, dann muß man eben — leider Gottes! — für den Anfang auf die Vollkommenheit der organisatorischen Formen dieses Zusammenschlusses verzichten. Mir scheint das der bessere Weg zu sein, denn es wird leichter sein, einen allgemeinen, aber lockeren Zusammenschluß immer mehr zu verdichten, als einen von Anfang an ganz engen, aber beschränkten Zusammenschluß auf andere Staaten auszuweiten.

In Straßburg hat letzte Woche ein Redner gesagt, das Schicksal der Demokratie erfülle sich in Europa. Das ist zweifellos richtig. Aber ich glaube, wir wären sehr kurzichtig, wenn wir übersähen, daß sich das Schicksal der Demokratie heute auch in Afrika und in Asien erfüllt. (Beifall.) Denn wie wollen wir denn bei uns in Europa der Demokratie Bestand geben, wenn man den Völkern, die von europäischen Staaten abhängen, nur deswegen die Rechte der Demokratie verweigert, weil sie in Afrika und Asien und nicht in Europa beheimatet sind. Freiheit und Demokratie sind unteilbar; die Wohlfahrt der Nationen ist es auch.

Genossinnen und Genossen! Ich komme zum Schluß. Es ist von der Vertragstreue der SPD gesprochen worden. Ich brauche dazu nichts mehr zu sagen. Aber Vertragstreue bedeutet nicht Verzicht auf Politik! Wir werden uns im Rahmen der Verträge so verhalten, daß es unseren Partnern geratener erscheinen könnte, mit uns auf neuer Grundlage neu zu verhandeln, um zu neuen Verträgen zu kommen, die im Interesse aller liegen und die das deutsche Volk auch noch in zehn Jahren wird wollen können. Wir werden von uns aus nichts dazu beitragen, daß das fünfzigjährige Reich der Manager der Restauration seine vollen fünf Jahrzehnte dauert. Wir werden aber alles zum Gelingen jedes ernsthaften Versuches beitragen, auf den soliden Grundlagen echter Solidarität der europäischen Nationen Europa zu errichten, wobei wir allerdings einen möglichen europäischen Nationalismus ebenso bekämpfen werden, wie wir heute den Nationalismus der einzelnen europäischen Nationen bekämpfen. Denn Europa wird nur dann seinen vollen Sinn erhalten haben, wenn es sich nicht nur mit sich selbst, sondern darüber hinaus mit den anderen Kontinenten voll solidarisch fühlt. (Großer Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich schlage vor, daß wir nunmehr in die Mittagspause eintreten. Wir müssen pünktlich um 14.30 Uhr beginnen, damit wir, ohne uns irgendwelche Beschränkungen aufzuerlegen, mit dieser Tagesordnung weiterkommen.

NACHMITTAGSSITZUNG

Vorsitzender Henßler:

Wir fahren in unseren Beratungen fort. Bevor ich den ausländischen Gästen, die sich gestern schon zum Wort gemeldet hatten, aber nicht mehr sprechen konnten, das Wort erteile, einige kleine technische Hinweise!

Die Wahl des Parteivorstandes wird technisch auf folgende Art und Weise erfolgen:

Bis Freitag mittag müssen evtl. Vorschläge zur Wahl des Parteivorstandes hier beim Präsidium eingereicht sein. Wir werden dann die Liste einschließlich der Vorschläge, die zusätzlich vom Parteitag gemacht werden, drucken lassen. Sie wird dann am Samstagmittag nach Schluß des Vorstandsberichtes verteilt werden. Im Laufe der Diskussion über den Bericht des Parteivorstandes können Sie dann die Wahlen vornehmen. Die technischen Einzelheiten sind Ihnen ja von früheren Parteitagungen her bekannt. Nach Schluß der Debatte werden dann die Stimmzettel eingesammelt, und das Ergebnis wird festgestellt werden.

Die Mandatsprüfungskommission tritt sofort im Parteivorstandsbüro zusammen, um die Arbeit aufzunehmen.

Nummehr treten wir in unsere Beratungen ein. Ich erteile als erstem dem Mitglied des Vorstandes der norwegischen Arbeiterpartei, Finn Moe, das Wort. (Lebhafter Beifall.)

Finn Moe, Norwegen:

Werte Genossinnen und Genossen! Mit besonders großer Freude überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße der norwegischen Arbeiterpartei. Wenn ich Ihrem Parteitage im Namen der norwegischen Arbeiterpartei einen guten Erfolg wünsche, so deshalb, weil wir in einer starken deutschen Sozialdemokratie die beste Garantie für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland sehen. Die norwegische Arbeiterregierung ist heute die einzige rein sozialdemokratische Regierung, die an internationalen Verhandlungen teilnimmt. Diese Verantwortung ist sehr groß, und wir sehen deshalb dem Tage entgegen, an dem hier in Deutschland die SPD und in England die Labour Party an die Macht kommen. In der Zwischenzeit müssen wir ernsthaft versuchen, die internationale Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Parteien zu vertiefen und zu verstärken. Das ist notwendig, weil so viele Fragen, ja die meisten Fragen, denen die sozialistischen Parteien gegenüberstehen, internationale Fragen sind. Die Politik der norwegischen Arbeiterpartei ist von dem Wunsche bestimmt, die Verteidigung der westlichen Demokratien zu stärken und nicht nur die militärische Verteidigung, sondern auch die wirtschaftliche, soziale und moralische Kraft der Demokratie zu stärken. Hier gibt es kein Entweder-Oder. Wir müssen sowohl wirtschaftlich als auch militärisch stark sein, und es ist die besondere Aufgabe der sozialistischen Partei, darüber zu wachen, daß wir nicht nur militärisch, sondern auch sozial und politisch stark sind, was aber nicht bedeutet, daß wir auf militärische Verteidigung gegen einen Gegner, der zu allem bereit ist, verzichten.

In unserem Kampf für die Stärkung der Demokratien bauen wir auf der Überzeugung auf, daß die Demokratien nie stark werden, wenn sie nicht solidarisch zusammenstehen und zusammenhalten. Deswegen hat sich Norwegen dem Atlantikpakt angeschlossen, und wir sind der Überzeugung, daß nur im Rahmen der atlantischen Gemeinschaft die Lösung der wirtschaftlichen und politischen Probleme der Zeit gefunden werden kann. Wir fühlen uns nicht berechtigt, uns dem Versuch von sechs Mächten, ein Klein-Europa zu bilden, entgegenzusetzen, wenn es nur als erster Schritt auf dem Wege zur Einigung Europas dient. Aber die deutsche Sozialdemokratie sagt mit Nachdruck, daß dieser erste Schritt nicht zu einer Spaltung des freien Europa führen darf. Insbesondere vom sozialistischen Gesichtspunkt aus muß ganz Europa und müssen auch außereuropäische Länder an dieser Zusammenarbeit teilnehmen, wenn wir nicht ein reaktionäres Klein-Europa riskieren wollen.

In diesem Zusammenhange möchte ich unterstreichen, was hier schon gesagt worden ist, daß die europäische Zusammenarbeit nicht zum europäischen Nationalismus führen darf. Es gibt überhaupt kein lebensfähiges Europa isoliert von der übrigen Welt. Es gibt kein lebensfähiges Europa ohne intimste Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und Kanada, auch deshalb, weil ohne eine solche intime Zusammenarbeit Großbritannien nicht an einer engen Zusammenarbeit teilnehmen kann.

Als Sozialist und Demokrat möchte ich auch gern sagen, daß ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger als unsere europäischen Probleme die Fragen des Verhältnisses der westlichen demokratischen Welt zu den unentwickelten Ländern und Weltteilen sind. Dieses Verhältnis ist die wichtigste Frage auf der Tagesordnung der Sozialistischen Internationale. Deswegen haben auch die norwegische Arbeiterregierung und das norwegische Parlament einstimmig 10 Millionen Kronen für technische Hilfe für Indien bewilligt. Nach unserer Auffassung müßte auch Deutschland an dieser Zusammenarbeit als gleichberechtigter Partner teilnehmen, z. B. als gleichberechtigtes Mitglied des Atlantikpaktes. Man muß aber verstehen, daß es heute noch in der Welt und auch in Norwegen viele Leute gibt, welche die Periode von 1933 bis 1945 nicht vergessen haben und sich nun fragen: Welche Garantien haben wir dafür, daß sich die deutsche Demokratie behaupten wird und daß die deutsche Demokratie stabil ist? Hier blicken wir norwegischen Sozialisten mit Zuversicht auf die deutsche Arbeiterbewegung und auf die deutschen Sozialdemokraten. Deswegen hat auch die deutsche Sozialdemokratie in der heutigen Situation eine so große Verantwortung: Sie hat die Aufgabe, eine Politik aufzuziehen, die nicht nur die selbstverständliche Gleichberechtigung Deutschlands fördert, sondern auch eine fruchtbare Grundlage für die internationale Zusammenarbeit zur Stärkung und Verteidigung der Demokratie bildet.

Ich habe schon gesagt, daß fast alle Probleme, denen wir heute gegenüberstehen, internationale Fragen sind und deshalb auch nur auf internationaler Grundlage gelöst werden können. Deshalb wäre es für alle sozialistischen Parteien unrealistisch, auf nationalen Forderungen, mögen sie auch noch so berechtigt sein, derart zu bestehen, daß dadurch die Grundlage für die internationale Zusammenarbeit gefährdet würde.

Ich habe so offen gesprochen, um zu zeigen, welch großes Vertrauen wir zur deutschen Sozialdemokratie haben und welche großen Erwartungen wir in die deutsche Sozialdemokratie setzen. Ich möchte gern als Mitglied des Europarats sagen, mit welcher Zufriedenheit ich festgestellt habe, daß sich in vielen Fragen auch die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie von internationalen sozialistischen Gesichtspunkten leiten lassen. Ich hoffe, es wird immer so sein. Eine internationale Zusammenarbeit kann nicht zustande kommen, wenn wir nicht auf gewisse nationale Rechte verzichten, nur müssen das alle in gleichem Maße tun. Das ist Gleichberechtigung.

In Norwegen wie in der ganzen Welt wird dieser Parteitag mit großem Interesse verfolgt. Ich wünsche Ihnen im Namen der norwegischen Arbeiterpartei besten Erfolg, und ich bin ganz sicher, daß der Parteitag einen Schritt auf dem Wege zur Stärkung eines demokratischen Deutschlands und zur Stärkung der internationalen sozialistischen und internationalen demokratischen Zusammenarbeit darstellen wird. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler:

Ich bitte nunmehr Georges Brutelle, stellvertretenden Generalsekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, das Wort zu ergreifen. (Lebhafter Beifall.)

Georges Brutelle, Frankreich:

(Der Redner überbringt in französischer Sprache die Grüße der Sozialistischen Partei Frankreichs und erhält starken Beifall.)

Übersetzung:

Liebe deutsche Genossen! Wir haben den Auftrag, mein Freund Rosenfeld — Vorsitzender der internationalen Kommission unserer Partei — und ich, die Arbeiten eures Parteitagcs zu verfolgen und euch von hier aus die herzlichsten Grüße der Sozialistischen Partei Frankreichs zu übermitteln.

Ich glaube nicht, daß ich die Bedeutung zu unterstreichen brauche, die eure Parteitage und ganz besonders der diesjährige Parteitag für uns hat.

Wir glauben nicht, wie einige Journalisten es geschrieben haben, daß nach dem Tode Schumachers, vor dessen Vermächtnis ich mich wieder im Namen aller französischen Sozialisten verbeuge, eure Partei an irgendwelche unwahrscheinliche und sofortige Änderung in ihrer Politik gehen wird, die mit einem Schlag gewisse Unterschiede in den Auffassungen unserer beiden Parteien abschwächen würde. Wir sind aber überzeugt, daß ihr sämtlichen Kräften der Reaktion und der Unterdrückung erneute Beweise geben werdet, daß der Verlust auch den hervorragendsten Führer, auch wenn so schwer und schmerzlich wie derjenige Schumachers, das Vorwärtstreben eines Proletariats, das sich frei organisieren und entschließen kann, nicht aufhalten kann. Das vor allem, weil wir zutiefst überzeugt sind, heute an dem Kongreß einer Partei teilzunehmen, die schon des Sieges in den bevorstehenden Wahlen sicher ist und sich auf die Verantwortlichkeiten der Macht vorbereitet.

Man hat neuerdings und so ziemlich überall wiederholt, daß ihr nur zu negativen Standpunkten fähig seid. Man hat von Schumacher gesagt und man wiederholt es jetzt in bezug auf Ollenhauer, daß er nur der Mann der Opposition war, daß er nur nein sagen konnte und niemals was Konstruktives vorbrachte. Das hat man von allen führenden Sozialisten zu gewissen Zeiten ihres Lebens gesagt. Jedesmal aber, wenn dieselben Führer die Verantwortung der Macht haben übernehmen können, haben sie immer gezeigt, daß der Sozialismus, der sie belebt hat, durch sie als im höchsten Grad konstruktiv in Erscheinung tritt.

Wir sind sicher, daß die SPD nächstens an der Macht den Beweis einer großen Befähigung zur Verwirklichung erbringen wird. Und das ist wiederum der Grund, warum das, was ihr in diesem Augenblick tut, um eure Politik für die Zukunft zu verdeutlichen, und der Platz des Aktionsprogramms in euren Erwägungen für uns von höchstem Interesse sind.

Es steht uns nicht zu, uns in irgendeiner Weise in eure Diskussionen einzuschalten außer dadurch, daß wir unsere brüderlichen Grüße und nicht unsere Wünsche zum Erfolg, sondern unsere Gewißheit dieses Erfolges mitteilen.

Ich möchte daher nicht gewisse Probleme der Politik und des Tages berühren, über die wichtige Meinungsverschiedenheiten zwischen der SPD und der Sozialistischen Partei Frankreichs an den Tag getreten sind.

So habe ich auch Genossen in der SPD getroffen, deren persönliche Ansichten über einzelne aktuelle Probleme mit denen der französischen Partei zusammenfallen. Ebenso kommen gewisse Genossen innerhalb der französischen Partei in bezug auf dieselben Probleme zu Schlußfolgerungen, die denen der SPD verwandt sind. Die Gründe, warum die einen und die anderen zu denselben Schlußfolgerungen kommen, sind mitunter weit davon entfernt, die gleichen zu sein. Diese Verschiedenheiten gehören schicksalhaft zur demokratischen Lebensform und zum freien Bestimmungsrecht unserer

Parteien. Und ich bin sicher, daß wir alle zusammen es schon vorziehen, diese Meinungsverschiedenheiten aus unseren inneren freien Auseinandersetzungen entstehen zu sehen, als die Arbeiterklasse, die wir vertreten, sich einer autoritären Körperschaft unterwerfen zu erleben, die fähig wäre, ihr gutdünklich Losungen aufzuzwingen, deren Wert sie nicht diskutieren kann.

Die Differenzen, die während dieser letzten Jahre zwischen uns haben erscheinen können, sind in Wirklichkeit viel mehr taktische als grundsätzliche Differenzen. Niemals waren sie der Ausdruck einer prinzipiellen Gegensätzlichkeit. Um euch davon zu überzeugen, würde es genügen, einzeln die Anmerkungen zu studieren, die wir selber zum Schumanplan gemacht haben, um dadurch die genaue Reichweite der Uneinigkeit zu bewerten, die sich in bezug auf dieses Thema zwischen uns ergeben hat.

Es würde auch ausreichen, noch einmal die Beschlüsse durchzulesen, die, seit der Befreiung französischen Bodens, von unseren Parteitagungen gefaßt worden sind, und ihr würdet schätzen können, mit welchem Mut unsere Genossen das deutsche Problem einer französischen Bevölkerung gestellt haben, die noch in furchtbarer Weise durch die Erinnerung an die Invasion und barbarische Unterdrückung beeindruckt war, die der Hitlerismus ihr aufzwingen konnte, weil das deutsche Volk nicht vermochte, die Macht über ihr eigenes Schicksal in den Händen zu behalten.

Schon in der Illegalität hatten wir unseren Vorsatz bekundet, uns gegen die Spaltung Deutschlands zu wenden, eine Spaltung, die ein Nonsens war, ein Nonsens bleibt und in seiner jetzigen Form der Aufteilung Deutschlands in zwei Staatenbildungen, von denen die eine nicht mehr den kleinsten Hauch der Souveränität besitzt, ein Verbrechen geworden ist.

Heute ist euer Kampf um ein vereintes Deutschland ununterbrochen Gegenstand unserer Erwägungen. Wir werden nicht aufhören zu unterstreichen, daß wir für ein vereintes und freies Deutschland sind.

Wenn es nun unter dem Eindruck der Vergangenheit passiert, daß wir in bezug auf das Problem der Souveränität zögern, dann lassen wir selber nicht zu, daß an dem Prinzip der gleichen Rechte unter demokratischen und freien Völkern gerüttelt wird, und wir zögern nicht, zu verkünden, daß zu jeder Begrenzung der Souveränität Deutschlands eine entsprechende Begrenzung der Souveränität der anderen Staaten innerhalb jedweder Gemeinschaft, die wir werden aufbauen können, gestellt werden muß. (Beifall.)

Vielleicht sind wir noch nicht imstande, uns in dieser Hinsicht völlig zu verstehen. Eine solche Vorstellung von der Gleichheit der Rechte mit ihren Rückwirkungen auf dem Gebiet der Pflichten, begegnet bei euch einem gewissen Mißtrauen, das wir zu verstehen versuchen.

Am wichtigsten für uns Sozialisten aus allen Ländern, um unsere Aktion besser zusammenzufassen, um unsere Meinungsverschiedenheiten zu verringern, ist, daß unser Kampf gegen die nationalistischen Ansprüche mit einer straffen Selbstbeherrschung unserer eigenen nationalen Regungen verbunden wird. Vielleicht geschieht es nicht durch zahlreichere internationale Konferenzen und offizielle Diskussionen unter unseren Parteien, daß wir unsere Anschauungen am schnellsten in Einklang bringen. Ohne Zweifel würden wir weiterkommen durch größere menschliche Berührung, durch mehr Gedankenaustausch auf allen Ebenen in den Parteien. Ich kenne aber die Schwierigkeiten dieser Vorgangsweise.

Wir werden aber vielleicht eine gemeinsame Lösung durch offizielle Begegnungen unserer beiden Parteien finden, jedenfalls für die wirtschaftliche Seite des Saarproblems. Es ist leichter, das zu versuchen, weil unsere

Partei niemals die Loslösung der Saar von Deutschland unterstützt hat. (Lebhafter Beifall!)

Ich bin überzeugt, Genossen, daß wir auf den Ruinen der Vergangenheit zusammen den Aufbau schaffen können. Wir können und müssen das Mißtrauen und seine unmittelbare Reaktionen überwinden. Laßt euren Willen, das zu erreichen, nicht abschwächen, laßt die internationale Solidarität uns begeistern, und der bevorstehende und sichere Sieg der SPD wird die Wege öffnen zu einer Freundschaft ohne Mißtrauen und ohne Unruhe zwischen unseren beiden großen Völkern.

Es lebe die SPD!

Es lebe der internationale Sozialismus!

(Lebhafter Beifall!)

Vorsitzender Henßler:

Nunmehr spricht zu uns der Vorsitzende der Partei der Arbeit, Holland. (Beifall.)

Koos Vorrink, Holland:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich überbringe euch die herzlichsten Grüße der Niederländischen Partei der Arbeit. Dabei möchte ich nicht unterlassen, euch unser tiefstes Beileid anläßlich des Ablebens des Genossen Dr. Kurt Schumacher zum Ausdruck zu bringen.

Wenn es richtig ist, daß Deutschland heute an einem entscheidenden Schnittpunkt der internationalen Politik liegt, so ist es notwendig, eins immer wieder deutlich zu machen, wie die deutsche Sozialdemokratie zu verhindern wußte, daß die Barbarei von Moskau jetzt bis zum Rhein ihre Schreckensherrschaft ausüben kann. Bei dieser Absage gegenüber den kommunistischen Verführungen war Dr. Kurt Schumacher der leidenschaftliche Wortführer. Er hat der deutschen Arbeiterklasse nach den Greueln der Hitler-Diktatur und zwischen den Scherben des Krieges eine neue Hoffnung gegeben mit seinem feurigen und hinreißenden Geist.

Liebe Freunde! Wenn ich mich freue, an diesem Parteitag teilnehmen zu dürfen, dann auch deshalb, weil ich gern die Gelegenheit benutze, etwas zu sagen von der Lage in unserem Land.

Wir haben im Jahre 1946 einen Neuanfang im politischen Leben Hollands gemacht. Wir haben den Versuch unternommen, mit Gesinnungsfreunden verschiedener Weltanschauungen ein demokratisches sozialistisches Programm auszuarbeiten, um damit die fürchterliche politische Erstarrung zu durchbrechen, eine Erstarrung, die das Ergebnis einer Parteiformung war, wobei die konfessionellen Gruppen während Jahrzehnten die entscheidenden Positionen in konservativem Sinne beherrschen, eine Erstarrung, die nach dem Kriege die Gefahr der Restauration heraufbeschwor. Jetzt können wir feststellen, daß diese Erstarrung gebrochen ist. In Holland zeigt sich eine geistige Regsamkeit, wobei sich jede politische Partei zwangsläufig über ihre letzten Grundsätze neu besinnen muß. Dazu war Voraussetzung, daß unsere Partei einen eigenen Beitrag zu diesen tiefstehenden Dispositionen zu liefern imstande war. Sowohl unsere katholischen als auch unsere evangelischen Parteimitglieder haben in eigenen Monatsschriften immer wieder ihren Glaubensgenossen deutlich gemacht, warum sie sich gerade wegen ihres Christentums auf der Ebene der gesellschaftlichen und politischen Schichtungen zum demokratischen Sozialismus bekennen.

Vielleicht zum Überfluß möchte ich hinzufügen, daß diese Arbeit ganz selbstverständlich von der ganzen Partei aufs herzlichste auch finanziell unterstützt wird.

Wie Sie vielleicht wissen, sind in Holland sofort nach der Befreiung Sozialdemokraten in die Regierung eingetreten. Zwei unserer heutigen Minister, darunter der Ministerpräsident, walten jetzt seit sieben Jahren ihres Amtes, weiter auch der Minister für Landwirtschaft und Ernährung. Die Nachkriegsregierungen waren Koalitionsregierungen. Wir hatten zwischen 1948 und 1952 nur 27 Prozent der Sitze im Parlament. Hauptpartner dieser Regierungen war die Katholische Volkspartei. Dazu kamen gelegentlich noch ein oder zwei Parteien. Aber was immer auch wechselte, wir behielten meist unter einem sozialistischen Ministerpräsidenten das Finanzministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Sozialministerium und bis jetzt auch das Wiederaufbau- und das Wohnungsbauministerium.

Sie werden verstehen, daß auch wir in Holland nur mit Wasser kochen können und daß wir als Minderheit in einer Koalitionsregierung nicht hundertprozentig unsere Auffassungen und Wünsche verwirklichen konnten, vorausgesetzt, daß dies in einer reinen sozialistischen Regierung überhaupt möglich wäre. Manchmal hören wir Enttäuschungen und Kritik. Trotzdem: es wurde viel geleistet. Neben dem Aufbau wurde eine Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens eingeleitet. Das insoweit, daß sich die konservativen Flügel der konfessionellen Parteien zum Ziele setzten, die Sozialdemokraten um jeden Preis aus der Regierung zu werfen. Daraus ergab sich ein scharfer Kampf auch innerhalb dieser Parteien. Zehntausende von Wählern haben am Wahltag gezeigt, daß sie wissen, worum es ging und geht. Auf dem Spiele stand die Durchführung der vorsichtigen, toleranten, aber zielbewußten Politik unserer Partei. Die Wähler gaben am 25. Juni ihre Antwort. Wir gewannen drei Sitze und stiegen von 27 auf 30 Sitze. Die Katholische Volkspartei verlor Zehntausende von Stimmen, unter anderem durch die eindringliche Propaganda unserer Sozialistisch-Katholischen Arbeitsgemeinschaft. Die Katholische Volkspartei sank von 32 auf 30 Sitze. Zum ersten Male in der parlamentarischen Geschichte Hollands die größte Partei! (Beifall.) Eine liberale Zeitung nannte den Wahlausgang einen politischen Erdrutsch. Nach unserer Meinung zu Recht. Damals ergaben sich Schwierigkeiten in der Regierungsbildung, die neun Wochen dauerte. Wir stellten keine besonderen Forderungen. Wir bestanden allerdings auf einem zielbewußten Ausbau dessen, was wir nach der Befreiung begonnen hatten. Das ist auch gelungen. Damit waren die reaktionären Bestrebungen innerhalb der konfessionellen Parteien zunichte gemacht. Wir stellten den Ministerpräsidenten, den Landwirtschaftsminister, den Finanzminister, den Sozialminister und zum ersten Male auch den Justizminister. Der Kampf geht weiter. Entscheidender Bestandteil dieses Kampfes ist die geistige Auseinandersetzung innerhalb der wichtigsten Gruppen innerhalb des geistigen Lebens in Holland. Wie sehr dies unsere schärfsten Gegner verstanden haben, zeigt die Überschrift eines Zeitungsartikels nach der Regierungserklärung. Sie lautet: „Der rote Streithahn kräht Sieg!“ (Heiterkeit.)

Liebe Freunde, vielleicht bestünde etwas Veranlassung für die holländische Arbeiterbewegung und für die Sozialdemokratie, die Zukunft mit einer gewissen Zuversicht zu betrachten. Wir sind aber zu gute Internationalisten, um nicht zu wissen, daß wir heute — jedenfalls in der ganzen westlichen Welt — in einer Schicksalsgemeinschaft leben, in der wir auf Leben und Tod miteinander verbunden sind. Keiner von uns wird behaupten, daß der Ausgang von Wahlen — sei es in Amerika oder in irgendeinem Lande in Europa, sei es in Persien, Indien oder in Ägypten — für die anderen Länder gleichgültig sei. Im Gegenteil. Wir alle sind auf das stärkste an diesen Geschehnissen interessiert. Diese Geschehnisse können sogar über unsere eigene Existenz entscheiden. Ich hoffe,

daß nicht vergessen ist, wie der Ausgang der deutschen Wahlen im Jahre 1933 nicht nur über das Schicksal Deutschlands, sondern der ganzen Welt entschieden hat. Hätte die Welt, hätten die Großmächte das damals besser verstanden, dann hätten sie vielleicht die deutschen Demokraten nicht so schmerzlich im Stich gelassen im Kampf gegen Hitler und damit dem Nationalsozialismus den Weg nicht nur zum Verderben Deutschlands, sondern der ganzen Welt geöffnet. Wenn man über eine sogenannte Kollektivschuld spricht, dann darf ich dazu erklären: Jawohl, es gibt eine Kollektivschuld, das heißt, eine gemeinsame Verantwortung der zivilisierten Welt an dem Ereignis von 1933, das Nacht über Deutschland und Europa brachte. Damals hat die zivilisierte Welt in feiger Zurückhaltung gegenüber dem Deutschland der Weimarer Republik ihr eigenes Schicksal unterschrieben. (Sehr gut, Beifall.) Es war der Verrat am Gedanken der kollektiven Sicherheit des Genfer Völkerbundes. Das Zögern der demokratischen Länder des Westens haben wir in Schicksalsgemeinschaft — Deutsche und Nichtdeutsche — mit einem unerhörten Verlust an Leben und Gut bezahlen müssen. Am Verbrechen Hitlers gegen die Menschlichkeit trägt auch die westliche Welt, tragen auch die demokratischen sozialistischen Parteien, die eine Neutralitätspolitik betrieben, einen gebührenden Teil der Schuld. Wir werden guttun, als Nichtdeutsche nie zu vergessen, daß aber Tausende von Sozialisten und Demokraten in den Konzentrationslagern schon ein fürchterliches Ende gefunden hatten, ehe der Krieg kam, ohne daß die demokratische Welt auch nur das geringste gegen Hitler unternommen hatte. (Beifall.) Daß ich heute zu euch sprechen kann, nachdem ich zwei Jahre unfreiwilliger Gast Hitlers im Gefängnis und im Konzentrationslager war, ist nur deswegen möglich, weil ich auf Lebzeit mit dem Teil des deutschen Volkes verbunden bin, das den ungleichen Kampf gegen die Diktatur und für die menschliche Würde mit heldenmütiger Todesverachtung führte. (Beifall.)

Die holländische Partei von der Arbeit hat die Lehre aus den Ereignissen des letzten Krieges gezogen. Aber: Nicht nur die holländische Partei von der Arbeit, nein, das ganze holländische Volk! Wir haben die sogenannte Neutralitätspolitik oder Selbständigkeitspolitik entschieden abgelehnt. Wir verfolgen eine Politik der Integration und der kollektiven Sicherheit. Die Aufgaben, vor die wir in der demokratischen Welt gestellt sind, sind nach unserer Auffassung auf nationaler Ebene nicht zu erfüllen. Die sogenannte Staatssouveränität ist ins Rutschen geraten. Wir fühlen uns daher verpflichtet, jeden Vorschlag und jeden Versuch, der darüber hinaus führt, zu beraten und zu fördern. Daß dabei eine große Anzahl von Schwierigkeiten zu überwinden ist, haben wir im Falle Benelux bereits erfahren. Trotzdem liegt der Weg deutlich vor uns. Wir sind uns immer dessen bewußt: Die Zersplitterung und die Uneinigkeit in diesem Resteuropa sind die Ursachen unserer Schwäche. Bei uns wächst das Bewußtsein der gegenseitigen Abhängigkeit. Nüchtern gesagt: Heute kann es dem einen Volke nicht gutgehen, wenn es dem anderen Volke schlecht geht! (Sehr gut!) Wir brauchen einander! Ich denke aber, daß das für Sozialisten eine nicht gerade neue Erkenntnis ist! (Sehr gut!)

Wir Holländer wissen, daß wir für die Gestaltung Europas das deutsche Volk mit seiner großen Begabung und Energie sowie mit seinen großen Hilfsquellen brauchen. Wenn wir uns erlauben, das deutsche Volk zu rufen, so kann das nur auf einer Ebene der vollständigen und uneingeschränkten Gleichberechtigung sein! (Bravo!) Wenn das noch nicht voll und ganz erreicht ist, so liegt hier nach Auffassung der holländischen Partei eine deutliche Aufgabe für die Sozialistische Internationale! (Sehr gut!) Greifen wir zu und erobern wir in gemeinsamem Kampf diese Gleichberechtigung!

Wenn jemand von uns zu deutschen Problemen spricht, dann weisen wir darauf hin, daß die deutschen Probleme gemeinsame europäische Probleme sind. Wir alle sind mitverantwortlich für deren richtige Lösung. Es soll und muß möglich sein, uns über gemeinsame Fragen zu einigen, gerade auch deswegen, weil wir sie nicht auf dem Wege einer nationalen militärischen Auseinandersetzung lösen wollen. Wir sind nicht allein mitverantwortlich für die deutschen Menschen hinter dem Eisernen Vorhang, sondern auch für die Millionen anderer Nationen, die Opfer des Bolschewismus sind.

Liebe Freunde! Ihr werdet verstehen, wie schmerzlich wir davon berührt sind, wenn wir feststellen müssen, daß es leider bisher nicht möglich war, zu einer wirklichen internationalen sozialistischen Politik zu kommen. Die Differenzen sind sehr tief und verhindern eine Wirkung des sozialistischen Gedankens über eine nationale Grenze hinaus. Sie werden schon verstehen, daß wir, wenn wir uns das Urteil unserer deutschen Parteifreunde über den Europarat, über den Schumanplan, über die Verteidigungsgemeinschaft überlegen, zu Ihrer Schlußfolgerung kommen, daß wir uns zu einer Methode bekannt haben, die Ihr mit den schärfsten Qualifikationen ablehnt. Trotzdem geben wir nicht die Hoffnung auf. Wir brauchen das Gespräch, die kameradschaftliche Auseinandersetzung. Wir müssen sagen, daß die Internationale dann und wann die Möglichkeit gegeben hat.

Liebe Freunde! Ich bitte um Verzeihung, daß ich so viel Zeit in Anspruch genommen habe. Sicherlich ist aber die Wichtigkeit Ihrer Beratungen hierfür eine ausreichende Entschuldigung, für mich persönlich außerdem die Tatsache entlastend, daß ich vielen von euch etwas verdanke, dabei denke ich nicht zuletzt an euren neuen Vorsitzenden, meinen Freund Erich Ollenhauer, mit dem ich lange Jahre des jugendlichen Enthusiasmus und der bitteren Not gemeinsam erlebt habe.

Unser Interesse an euren Beratungen ist kein allgemeinpolitisches Interesse schlechthin. Es ist nicht nur das Empfinden parteipolitischer Verbundenheit als Mitglieder derselben Internationale. Nein! Unser Interesse ist geboren aus der Empfindung heraus, daß wir an diesen Beratungen und Beschlüssen beteiligt sind, weil wir durch sie in unserer Existenz mit betroffen werden. Erich Ollenhauer wies darauf hin, daß so viele Journalisten diesem Parteitag beiwohnen. Das braucht euch nicht zu wundern. Buchstäblich die ganze Welt blickt auf diesen Parteitag. Ein gut Teil des Schicksals Europas liegt in eurer Hand! Wir wünschen euch guten Erfolg im Sinne der internationalen Verpflichtung, die wir gemeinsam zu tragen haben! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Henßler: Das Wort hat nunmehr Genosse Sven Andersson, Verkehrsminister und Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Schwedens.

Sven Andersson, Schweden:

Genossinnen und Genossen! Es ist mir eine große Ehre, den Gruß der Sozialdemokratischen Partei Schwedens zum Parteitag der SPD zu überbringen. Ich bedauere, daß wir diesen Gruß nicht mehr an unseren großen Freund Kurt Schumacher richten können. Wir wissen, daß eure Partei durch seinen Tod einen unersetzlichen Verlust erlitten hat. Wir haben an eurer tiefen Trauer teilgenommen. Ich selbst habe Kurt Schumacher 1947 kennengelernt, als er anlässlich der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Zürich klar und überzeugend die Stellung und die Schwierigkeiten der SPD beschrieben hat. Die schwedischen Sozialdemokraten waren damals mit die ersten, die für die Wiederaufnahme der deutschen Sozialdemo-

kratie in die internationale sozialistische Zusammenarbeit gestimmt haben. (Beifall.) Der Mut, die Festigkeit und die starke demokratische Gesinnung Kurt Schumachers haben dazu beigetragen. Wir haben ihn etwas später zusammen mit Erich Ollenhauer und Franz Neumann als unsere Gäste in Schweden empfangen. Wir bekamen durch ihren Besuch ein tiefes Verständnis für die gewaltigen Probleme der deutschen Sozialdemokratie. Die Verbindungen zwischen der Sozialdemokratischen Partei Schwedens und der Deutschlands sind alten Datums. Seit der Entstehung unserer Partei vor mehr als 60 Jahren haben wir von der deutschen Sozialdemokratie starke Impulse bekommen. Für die Sozialdemokraten Schwedens ist das Schicksal Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung von entscheidender Bedeutung. Eure Siege sind unsere Siege, eure Niederlagen haben auch für uns ernste Rückwirkungen. Für die Zukunft der Demokratie im Norden ist eine demokratische Entwicklung in Mitteleuropa von größtem Gewicht. Darum haben wir mit Freude den Wiederaufbau der deutschen Sozialdemokratie begrüßt. Wir haben mit Genugtuung festgestellt, daß die deutschen Sozialdemokraten eine klare Grenzlinie gegen die Kommunisten gezogen haben. Wir wissen, welch große Opfer ihr im Kampf gegen jede Art von Diktatur gebracht habt. Wir bezweifeln nicht, daß ihr auch in Zukunft mit aller Kraft die deutsche Demokratie verteidigen werdet. Wir hoffen wie ihr, daß ihr eines Tages die Wiederherstellung der Freiheit im ganzen Deutschland erleben werdet.

Seit 20 Jahren hat die Sozialdemokratie Schwedens fast ununterbrochen die Regierungsverantwortung. Vor wenigen Tagen gingen wir wieder zur Wahl. In diesen Wahlen haben wir unseren früheren Anteil an Stimmen behalten, aber einige Mandate verloren. Das ändert aber nichts an der Grundlage der Regierung, die sich auf die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bauernpartei stützt. In Schweden ist eine feste Politik nur unter Führung der Sozialdemokratie möglich. Die vergangenen 20 Jahre haben dem schwedischen Volke eine große Steigerung ihres Wohlstandes gebracht. (Bravo!) Die soziale Sicherheit ist verwirklicht worden, die Vollbeschäftigung konnte erhalten werden und die Klassengegensätze wurden gemildert. Diese Ergebnisse waren nur durch eine Erweiterung des Einflusses des Staates auf die Wirtschaft und durch die gemeinsame Anstrengung des Volkes auf der Grundlage der Solidarität möglich.

Wir werden in dieser Richtung weitergehen. Schweden lebt seit fast 140 Jahren im Frieden. Darum ist auch unser Volk gegen den Anschluß an ein Alliance-System, das eine selbständige schwedische Friedenspolitik erschwert. Über diese Politik sind alle demokratischen Parteien einig. Das bedeutet aber nicht, daß wir unsere Freiheit im Falle eines Krieges nicht verteidigen wollen. Im Gegenteil, wir machen große Opfer für unsere Landesverteidigung. Darum wehren wir uns auch gegen die kommunistischen Verräter, die in den letzten Jahren einen neuen Rückschlag erlitten haben. Unsere Politik wird durch das Vertrauen an unsere eigene Kraft bestimmt. Wir wissen, daß die Probleme anderer Länder sehr verschieden sind und wir meinen, daß die Außenpolitik jedes Landes von seinen besonderen Voraussetzungen bestimmt werden muß. Die Geschieke Deutschlands und Schwedens waren sehr verschieden. Aber im Kampf für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit stehen die Sozialdemokraten Schwedens und Deutschlands zusammen. (Beifall)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat nunmehr Genosse Dr. Bruno Pittermann, der Vorsitzende der Sozialistischen Nationalratsfraktion Österreichs.

Dr. Bruno Pittermann, Österreich:

Genossinnen und Genossen! Namens der mehr als 620 000 eingeschriebenen Mitglieder der Sozialistischen Partei Österreichs entbiete ich Ihrem Parteitag ein herzliches „Freundschaft!“ (Beifall.) Jeder elfte Österreicher und sogar jeder sechste Wiener ist Mitglied unserer Partei.

Die Beziehungen zwischen den deutschen und österreichischen Sozialisten waren schon aus der Gründungszeit ihrer Parteien her besonders eng. Diese Verbindung beruhte nicht auf nationalen Regungen, nicht einmal auf der sprachlichen Verwandtschaft, denn die alte österreichische Sozialdemokratische Partei hat in ihren Reihen neben Deutschen auch Tschechen, Italiener, Polen und Ruthener. Zu ihren Führern zählte nicht nur Victor Adler, sondern auch der Tscheche Soukup, der Pole Daczynski und der Italiener Battisti. Es waren viel mehr die ähnlich gearteten politischen Aufgaben, die in beiden Parteien zu ähnlichen Organisationsformen und zu einem ähnlichen politischen Kampf führten. Die schwere politische Verfolgung unmittelbar nach der Parteigründung, die rücksichtslose Anwendung der kaiserlichen Machtapparate in Deutschland wie in Österreich und die Gegnerschaft einer besonders gehässigen und engstirnigen Bürokratie führten dazu. In beiden Ländern zog die Bourgeoisie, als ihr durch die Begründung der Republik die Unterstützung des kaiserlichen Machtapparates entzogen wurde, den Faschismus groß. Und sogar nach 1945 besicherten die alliierten Abmachungen in Yalta und Potsdam die gleiche Zoneneinteilung und Viermächte-Besetzung, welche die deutsche und die österreichische sozialistische Partei wieder vor ähnliche Aufgaben stellt: Nämlich die Demarkationslinien zu Fall zu bringen und das Recht auf Selbstregierung durchzusetzen. (Beifall.)

Die österreichischen Sozialisten haben aus der gemeinsamen sozialistischen Idee schon im Jahre 1947 öffentlich die Konsequenzen gezogen. Wir haben damals Ihre Partei eingeladen, zu dem Parteitag des Jahres 1947 eine Delegation zu entsenden. Wir konnten die Genossen Schröter, Gotthelf und den Genossen Arno Hennig begrüßen. Wir legten in dem auf dem Parteitag 1947 beschlossenen Aktionsprogramm das Bekenntnis zur internationalen Solidarität der sozialistischen Parteien gegenüber den deutschen Sozialisten mit Folgendem ab: „Die österreichischen Sozialisten lehnen ab den Gedanken an eine kollektive Verantwortlichkeit ganzer Völker für die Verbrechen ihrer herrschenden Schichten. Sie wenden sich darum auch gegen die unterschiedslose Ächtung des ganzen deutschen Volkes, dessen demokratische Teile noch vor dem österreichischen Volk ein Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wurden.“ (Beifall.)

Wir legten dieses Bekenntnis ab unbeirrt durch die Proteste von Vertretern sozialdemokratischer Parteien, die heute bereits Opfer der kommunistischen Diktatur geworden sind. Denn wir bekannten uns und wir bekennen uns damals wie heute zu dem Grundsatz: Unrecht bleibt Unrecht, Unrecht wird auch dann nicht Recht, wenn es unter Mißbrauch der Begriffe Demokratie und Antifaschismus verübt wird. (Beifall.)

Nötiger denn je ist heute der praktische und aktive Zusammenschluß der sozialistischen Parteien, denn auch wir merken in Österreich Bestrebungen der autoritären Reaktion, die den Kampf der Demokraten gegen die Diktatur der Volksdemokratie insgeheim für die Errichtung autoritärer antidemokratischer Systeme ausnützen wollen. Nach dem Einmarsch der Roten Armee im Jahre 1945 haben zuerst Sie hier in Deutschland und wir österreichischen Sozialisten die Demokratien darauf aufmerksam gemacht, daß der Kommunismus, mag er sich tarnen wie immer, ein erbarmungsloser Feind der Demokratie und niemals ein Bundesgenosse für Demokraten ist. (Lebhafter Beifall.) Diese Warnungen wurden zu spät beachtet. Erst als eine

Reihe europäischer Völker ihre Freiheit verloren hatte, erkannte man auch im demokratischen Hinterland (Heiterkeit), was wir in der vordersten Abwehrlinie gegen die volksdemokratische Diktatur längst wußten. (Beifall.) Man möge daher auch jetzt unsere Warnungen gegen Feinde der Demokratie aus anderen Lagern ernst nehmen. So wenig die Kommunisten verlässliche Bundesgenossen für die Verteidigung demokratischer Einrichtungen sein können, so wenig können Menschen und Parteien verlässliche Bundesgenossen im Kampf um die Erhaltung der Demokratie sein, die selbst in ihren Ländern Diktaturen errichtet haben oder in anderen Ländern die Diktatur anstreben. (Beifall.)

Aus diesen Erwägungen wünsche ich als Vertreter der Sozialistischen Partei Österreichs Ihren Beratungen vollen Erfolg. Möge das Ergebnis Ihres Parteitages eine Verstärkung der sozialistischen Energie in Ihrem Lande mit sich bringen, um damit dem Kampf der anderen sozialistischen Parteien um die Erhaltung der Demokratie und um den sozialen Umbau der Gesellschaftsordnung neue Kräfte zuzuleiten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Genossinnen und Genossen!

Ich glaube sagen zu dürfen, daß wir gut daran taten, bei der Aufstellung der Tagesordnung einen breiten Raum zu lassen für die Begrüßungsreden unserer ausländischen Freunde. Wir taten deswegen gut daran, weil die Ausführungen unserer Freunde aus den anderen Ländern bewiesen haben, daß es nicht wahr ist, was unsere politischen Gegner gern behaupten, daß die deutsche Sozialdemokratie auf dem internationalen Parkett isoliert sei. Was zum Ausdruck gebracht wurde und uns mit Freude erfüllte, ist die innere Verbundenheit, die trotz Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen die Sozialisten aller Länder nach wie vor verbindet. Uns deutschen Sozialdemokraten gaben die Reden unserer Freunde wertvolle Informationen über die politische Situation in jenen Ländern. Deswegen sage ich in Ihrer aller Namen unseren Freunden Dank, die hier zu uns gesprochen haben. (Beifall.)

Wir fahren nun in unserer Tagesordnung fort. Ich erteile das Wort dem Genossen Erwin Schöttle.

Schöttle, Stuttgart:

Genossinnen und Genossen! Erich Ollenhauer hat heute morgen in seinem Referat von der Igelstellung der Restauration in den europäischen oder pseudoeuropäischen Institutionen gesprochen. Ich glaube, dieser Vergleich ist durchaus zutreffend. Man kann sogar weitergehen und sagen, daß die sogenannte europäische Politik einer Reihe europäischer Regierungen und politischer Kräfte nichts anderes ist als eine Flucht nach Europa vor den sozialen Problemen im eigenen Lande. Infolgedessen ist die Vertragspolitik dieser Regierungen — dabei ist die Regierung der Bundesrepublik in erster Linie zu nennen — ebenso sehr eine Funktion ihrer Innenpolitik wie eine außenpolitische Angelegenheit. Es ist gar kein Zweifel, daß in allen modernen Industrieländern der echte Neubau der Wirtschaftsordnung und der Sozialordnung auf der Tagesordnung steht. Die moderne Massendemokratie wäre bei voller Freiheit der Information und voller Freiheit der politischen Entscheidung wahrscheinlich binnen kurzer Zeit ein Instrument in der Hand der breiten Massen der schaffenden Bevölkerung. Davor hat man natürlich einen Heidenrespekt und versucht mit allen Mitteln, eine solche Entwicklung zu verhindern. Der Weg der faschistischen Diktatur hat sich als ein allzu großes Risiko für die kapitalistischen Kräfte erwiesen. Man hat schließlich die Geister nicht loswerden können, die man

rief, und ist dann mit ihnen in die große Katastrophe des zweiten Weltkrieges gerutscht. Deshalb versuchen es die Herrschaften heute auf einem anderen Weg. Sie wollen zwar die parlamentarische Fassade erhalten, denn sie brauchen sie als Legitimation. Aber sie möchten den Inhalt der parlamentarischen Demokratie möglichst ganz allein und ohne Mitwirkung der arbeitenden Menschen bestimmen. Deshalb versucht man heute — das merken wir auf vielen Gebieten —, durch eine gesteigerte Zusammenfassung der organisatorischen und gesellschaftlichen Kräfte der alten herrschenden Klasse das innere Gesicht der parlamentarischen Demokratie zu ändern.

Wenn wir uns heute in der Bundesrepublik umblicken, dann sehen wir, in welchem Maße die Organisationen des Unternehmertums sich nicht nur äußerlich konsolidiert haben, sondern, daß sie auch in einem zunehmenden Maße aggressiv werden. Es wäre zu wünschen, daß sich die Massenorganisationen der Arbeitnehmer an ihrem Gegenspieler ein Beispiel nähmen. (Beifall.)

Man möchte die wirklich politischen Entscheidungen hinter die Kulissen verlegen. Zu einem großen Teil ist das heute schon der Fall. Zu diesem neuen Stil gehört es auch, daß allmählich die Funktionen der nationalen Parlamente ausgehöhlt werden. Was wir heute in Europa erleben, ist im Keim schon in der nationalen Entwicklung vorhanden. Wirtschaftspolitische Entscheidungen werden jetzt auf der sogenannten europäischen Ebene in einem Umfang getroffen, daß in absehbarer Zeit für die nationalen Parlamente auf diesem Gebiet kaum noch etwas zu tun übrigbleibt. Was die Haushaltsprobleme anbetrifft, so werden wir bald überall in den nationalen Parlamenten — für uns in der Bundesrepublik ist das besonders wichtig — erleben, daß wir in unseren öffentlichen Haushalten große globale Summen entdecken, über die wir nur noch abstimmen können, weil sie bereits ihrem Inhalt und ihrer Verwendung nach auf einer sogenannten supranationalen Ebene ausgehandelt sind, ohne daß echte parlamentarische Kontrollen dabei am Werke waren.

Die Parlamente stehen dann nicht nur beim Abschluß internationaler Verträge, sondern auch in den Einzelheiten der nationalen Politik vor der Tatsache, daß sie nur noch ja und Amen dazu sagen können.

Wir sehen, daß das, was in Europa heute mehr und mehr unter der Flagge der Vereinigung der europäischen Kräfte zu gemeinsamer Arbeit und unter gemeinsamem Schicksal üblich wird, nicht mehr und nicht weniger ist als der vollendete Sieg des Managertums, von dem Carlo Schmid heute morgen gesprochen hat. Man will das tragfähige politische Fundament einer echten überstaatlichen Gemeinschaft nicht schaffen, weil man es nicht schaffen kann, ohne damit die eigenen Interessen in schwerster Gefahr zu bringen. Man fürchtet die Vereinigung der Kräfte der sozial Schwachen. Deshalb hat man dieses System von supranationalen Körperschaften entwickelt, deren politische Kontrolle in der Hand derselben Leute liegt, die heute das parlamentarische System im nationalen Maßstab bereits als Versicherung gegen den sozialen Fortschritt betrachten und die mit ihrer Subventionspolitik gegenüber den bürgerlichen Interessentenparteien die freie Meinungsbildung im eigenen Lande zu verfälschen versuchen. Denn darüber müssen wir uns klar sein, daß der kommende Wahlkampf auf der anderen Seite nicht mit Argumenten und nicht mit echten Untersuchungen der sozialen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten unseres Volkes geführt werden wird; er wird mit den silbernen und goldenen Kugeln geführt, die aus den Kassen der Großindustrieverbände geliefert werden. (Lebhafte Zustimmung!)

Für uns Sozialdemokraten ergibt sich aus diesen Tatbeständen eine ganze Reihe von Folgerungen. Ich möchte aber nicht darüber sprechen,

sondern im Zusammenhange mit der Entwicklung, von der ich eben sprach, auf die Dinge hinweisen, die wir zwar in der Debatte über die Verträge immer wieder ausgesprochen haben, die man aber geleugnet hat. Gerade heute liefert die Presse einen schlagenden Beweis für die Richtigkeit unserer Argumentation, daß es unmöglich sei, die Belastungen, die die Adenauersche Vertragspolitik dem deutschen Volk auferlegt, zu tragen, ohne daß dafür neue Steuern erhoben und Kürzungen der sozialen Leistungen der öffentlichen Hand durchgeführt werden müßten. Wenn man heute die Zeitung liest, findet man eine Erklärung des Bundesfinanzministers Schäffer, in der er davon spricht, daß der Haushalt 1952 ausgeglichen sei, daß aber alle Reserven im Haushalt fehlten. Er redet zwar nur davon, daß man jetzt nicht mehr in der Lage sein werde, die Lehrschen Grenzschutzpläne ohne neue Deckungsvorschläge zu realisieren, und daß man auch für die 20 Millionen Wiedergutmachungsverpflichtungen an Israel keine Deckung habe; aber von den entscheidenden und für unsere innenpolitische Situation wichtigsten Fragen spricht er nicht, nämlich von der Tatsache, daß auch für die Renten der Kriegsoffer und für die Sozialrentner kein Pfennig in der Bundeskasse ist und in Zukunft noch viel weniger sein wird. (Rufe: Pfui!) Das haben wir ja immer wieder ausgesprochen, aber man hat es immer wieder mit einer leichten Handbewegung abgetan.

Die Haltung der Bundesregierung in diesen Fragen gegenüber ihrem eigenen Parlament entspricht ganz dem Stil ihrer Europapolitik: Sie ist letzten Endes der Ausdruck derselben klassenpolitischen Haltung, die auch im Innern bei jeder Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Opposition in die Erscheinung tritt. Und deshalb sage ich: Was wir in unserem Kampf gegen die sogenannten internationalen Verträge und die Europapolitik der Bundesregierung sagen und tun, ist im Grunde nichts anderes als die konsequente Fortsetzung unserer innenpolitischen Auseinandersetzungen mit den Kräften der sozialen Reaktion; insofern ist das, was wir auf dem Felde der Außenpolitik in unserem Machtkampf in der Bundesrepublik tun, auch ein Teil unseres Kampfes um die Schaffung der sozialen Voraussetzungen der Demokratie, ohne welche die Demokratie eben keine Demokratie ist. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff: Das Wort hat jetzt Walter Wobser, Bochum.

Wobser, Bochum:

Genossinnen und Genossen! Bei der Ablehnung des Verteidigungsbeitrages scheinen mir im wesentlichen drei Gesichtspunkte hier herausgekehrt worden zu sein:

1. daß eine echte Gleichberechtigung Deutscher in internationalen Gremien der Verteidigungsgemeinschaft nicht gewährleistet ist;
2. daß die soziale Sicherheit des Volkes, die wesentlichste Voraussetzung jedes Verteidigungsbeitrages, nicht gegeben ist; und
3. daß es wirtschaftlich uns im Augenblick einfach nicht möglich ist.

Es mag noch verschiedene Gesichtspunkte geben, die man für die Ablehnung des Verteidigungsbeitrages anführen könnte. Ich möchte mich hier auf einen einzigen beschränken.

Sinn eines Verteidigungsbeitrages kann ja nur sein, die freiheitlichen Kräfte in der Welt zu stärken, und es ist notwendig, an dieser Stelle die Frage aufzuwerfen, ob die Aufstellung einiger weniger westdeutscher Divisionen diese freiheitlichen Kräfte wirklich stärkt. Ich möchte nicht auf das eingehen, was ein Vorredner hier bereits sagte: daß unsere Gegner im Osten dasselbe tun werden und damit das Gleichgewicht der militärischen

Kräfte wiederhergestellt ist, sondern ich möchte nur die Feststellung treffen, daß wir heute im Zeitalter der Atombombe stehen und jeder Krieg diese Atomkraft bestimmt zur Anwendung kommen lassen wird. Daran ändern auch die von verantwortlicher Seite gemachten Verniedlichungsversuche nichts. Ich erinnere mich, in einer Broschüre gelesen zu haben, daß man sich gegen die Atombombe dadurch schützen kann, daß man unter den Tisch kriecht, um die Splitter nicht abzubekommen. Aber all das ändert nichts daran, daß man sie anwenden wird. Das scheint mir im übrigen eine rein wirtschaftliche Überlegung zu sein. Denn wenn man sich vor Augen hält, daß im ersten Weltkrieg mit Gas gekämpft wurde, und dieser Vernichtungswaffe den effektiven Erfolg gegenüberstellt, also die Zahl der vernichteten und ausgeschalteten Menschenleben, so wird man feststellen, daß diese Zahl nicht erheblich gewesen ist. Wenn man weiter an den zweiten Weltkrieg denkt, wird man feststellen, daß man nicht aus humanitären Gründen oder aus menschlichen Gründen das Gas nicht eingesetzt hat, sondern ganz einfach deswegen, weil ein Einsatz von Gas wirtschaftlich untragbar war. Ihr mögt mir meine zynischen Worte verzeihen, aber als Ergebnis von Hiroshima und Nagasaki kann man feststellen, daß das wohl die wirtschaftliche Vernichtungsart des 20. Jahrhunderts ist, und es wird das Bestreben jedes Staates sein, diese wirtschaftliche und zugleich verabscheuungswürdigste Waffe sofort anzuwenden.

Man spricht davon, jetzt 12 Divisionen aufzustellen. Seien wir doch ehrlich! Diese 12 Divisionen können doch nicht mehr als eine Statistenarmee sein! Können wir Sozialdemokraten es verantworten, unsere Zustimmung zu geben, daß für diesen Luxus, den diese Statistenarmee bedeuten würde, Milliarden herausgeworfen werden? Ich glaube, daß wir in der Ablehnung des Verteidigungsbeitrages auch diesen Gesichtspunkt mit berücksichtigen sollten. Ich bin nicht in der Lage, ihnen hier das Zahlenmaterial vorzulegen. Es müßte darüber eine eingehende Untersuchung und Ausarbeitung vorgenommen werden.

Zum Schluß möchte ich einem vielleicht entgegensetzenden Argument zuvorkommen, man könnte sagen, Korea habe gezeigt, daß man auch ohne Atomkraft auskommen könne. Die Geschichte hat aber immer wieder bewiesen, daß ein Krieg in Deutschland immer ein Weltkrieg, zumindest aber ein Krieg in Europa war, und ich glaube nicht, daß die Weltgeschichte Herrn Konrad Adenauer zu Liebe eine Ausnahme machen wird. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat jetzt der Genosse Franz Neumann, Berlin.

Neumann, Berlin:

Genossinnen und Genossen!

Ich möchte meine Ausführungen mit einem Dank an Erich Ollenhauer beginnen. Erich Ollenhauer hat in seinem Bekenntnis zu Berlin zwar für uns nichts Neues gesagt, aber wir freuen uns, daß er hier von der Tribüne des Parteitages erneut den Willen der Sozialdemokratischen Partei zu Berlin verkündet hat. Wenn wir auch in Kurt Schumacher unseren besten Freund verloren haben — er war ja der erste, der uns in dem schweren Kampf in Berlin im Frühjahr 1946 geholfen hat —: Vier Tage nach der Neugründung der Partei im April 1946 sprachen auch Erich Ollenhauer und Fritz Heine schon in Berlin, und Herta Gotthelf hat seit jenen Tagen auf ihrem Spezialgebiet die Berliner besonders unterstützt.

Ich halte es für notwendig, zu einigen Ausführungen, die hier auf diesem Parteitag in der Vormittagssitzung gemacht worden sind, Stellung zu nehmen, und ich hoffe, daß ich dabei nicht nur in meinem eigenen Namen

spreche, sondern daß es mir gelingen wird, hier die Meinung der gesamten Partei zu formulieren.

Ich war erschreckt, als ich heute Formulierungen hörte, wie: Was spricht gegen eine Konferenz, auf der doch nicht geschossen, sondern nur geredet werden soll? — Ich sehe nicht ein, weshalb wir uns gefährden wollen? — Warum der Streit um die Reihenfolge?

Genossinnen und Genossen, ich muß sagen, daß es wohl doch noch einige Orte in der Bundesrepublik gibt, in welchen das Studium der Parteipresse zu wenig geübt wird. (Sehr gut!) Und es gibt Orte, in denen man zu wenig Kenntnisse von Parteitags- und Parteibeschlüssen hat. Es ist doch so, daß unsere politische Stellungnahme gerade in der Frage der deutschen Einheit seit 1945 sehr klar und eindeutig war. Gerade unser Kampf um die Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Sozialdemokratischen Partei sollte doch die Schaffung eines demokratischen Deutschlands sichern. Nicht nur in Berlin haben wir diesen Kampf geführt, sondern gerade unsere tapferen Genossen in der sowjetisch besetzten Zone haben doch in jenen Tagen und Wochen im Frühjahr 1946 alles getan, um in diesem Sinne zu wirken. Gerade den Lübeckern möchte ich sagen, daß Rostock wohl nicht allzu weit von ihnen entfernt ist. Gerade die Rostocker Genossen waren es, die einen geradezu heroischen Kampf geführt haben, um den Willen der sozialdemokratischen Mitgliedschaft auch gegenüber den Machthabern der Sowjetzone durchzusetzen. Ich darf daran erinnern, daß es unser mecklenburgischer Landessekretär, der Genosse Willi Jesse, war, der in diesem Kampf als eines der ersten sozialdemokratischen Opfer auf der Strecke blieb. Niemals haben wir auch nur ein Zeichen von ihm bekommen; niemals hat irgend jemand erfahren, wo er geblieben ist. Der Mann, der damals in Mecklenburg gehaust hat, der unter dem Schutze der sowjetischen Bajonette die brutalste Unterdrückung durchführen konnte, hat in jenen Tagen in Berlin gezeigt, wie groß der Unterschied zwischen der Theorie und der Praxis der Kommunisten ist. Herr Mewis, der auch heute in Mecklenburg Landesleiter der SED ist, war damals zugleich Stadtverordneter in Berlin. Wenn man heute im Falle Linse selbstverständlichen Protest an die Öffentlichkeit bringt, so möchte ich nur kurz einfügen, daß es seit 1945 tausende sozialdemokratischer Linsen gegeben hat (lebhafteste Zustimmung), und das Bürgertum hätte besser getan, wenn es sich auch 1945 bereits dem sozialdemokratischen Protest angeschlossen hätte. (Lebhafteste Zustimmung.) Damals glaubte man aber, auf eine sehr billige Art und Weise einen sehr unbequemen Gegner ausschalten zu können.

Doch den Lübecker Genossen einmal zur Darlegung des Unterschiedes zwischen der Theorie und der Praxis des Herrn Mewis folgendes:

Wir hatten damals im Berliner Parlament aus Anlaß der Münchener Konferenz einen Antrag, den Herr Mewis im Auftrage der SED eingebracht hatte:

Die Stadtverordnetenversammlung erblickt in der Einheit Deutschlands die Voraussetzung für den demokratischen Aufbau der deutschen Wirtschaft und einer planmäßigen und geregelten Versorgung der Bevölkerung. Der Magistrat wird beauftragt, bei Verhandlungen mit den alliierten Behörden und in internationalen Konferenzen für die Einheit Deutschlands und die Schaffung einer zentralen deutschen Verwaltung einzutreten.

Dann besagt das Protokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung noch folgendes:

Dazu hat Herr Stadtverordneter Neumann einen Zusatzantrag heraufgereicht: Als letzter Satz ist folgender Satz einzufügen:

Als Voraussetzung dieser Aufgabe erblickt die Stadtverordnetenversammlung die Schaffung einheitlicher demokratischer Zustände in allen fünf Zonen Deutschlands durch Zulassung der Sozialdemokratischen Partei in der Ostzone.

Und die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung nahm diesen Zusatzantrag gegen die Stimmen der Kommunisten an. Nachdem dieser Zusatzantrag nun ein Bestandteil des kommunistischen Antrages geworden war, haben die Kommunisten gegen ihren eigenen Antrag gestimmt. (Hört, hört!)

Das ist eben der Unterschied zwischen ihrer Theorie und der Praxis. Sozialdemokraten, die seit dieser Zeit politisch aktiv sind, sollten doch in dieser Frage eine sehr klare Stellung beziehen.

Herr Matern, der im Frühjahr 1946 — die Genossen aus der Zone sind hier, die es gehört haben — auszog, um Berlin zu erobern und die neu gegründete Sozialdemokratische Partei zu liquidieren, erzählt jetzt in Bonn große Töne von Demokratie und Freiheit:

Die Spaltung Deutschlands und das Fehlen eines Friedensvertrages mehr als sieben Jahre nach Beendigung der Kriegshandlungen ist ein nationales Unglück für das deutsche Volk. —

Das ist eine sehr späte Erkenntnis des Herrn Matern! — Und dann sagt er:

Das deutsche Volk wird es nicht länger hinnehmen, mit Worten über Frieden, Einheit und Freiheit abgespeist zu werden. Es erwartet die sofortige Einleitung von Maßnahmen zur Verwirklichung seiner Forderung auf Abschluß eines Friedensvertrages, Wiederherstellung der Einheit des Vaterlandes.

Dann kommt er mit der Regierungsbildung, und erst zum Schluß erwähnt er dann die Neuwahlen. Und da ist es doch der Genosse Kurt Schumacher gewesen, und da ist es der Genosse Herbert Wehner gewesen, die ganz klar und unmißverständlich immer wieder im Deutschen Bundestag unseren sozialdemokratischen Standpunkt dargelegt haben: Nicht Herrn Materns falsche Reihenfolge ist richtig, daß man zuletzt wählt, sondern wir haben immer wieder erklärt, daß in einem demokratischen Staatsleben zuerst das Volk zu sprechen hat, und wir haben vor genau einem Jahr, am 22. September 1951, im Abgeordnetenhaus erklärt:

In Berlin gibt es nicht die Schwierigkeiten mit der Wahlordnung. Wir haben die von allen vier Alliierten für den 20. Oktober 1946 genehmigte Wahlordnung. Wir sind jeden Tag bereit, zu wählen, und der Parole des Herrn Grotewohl: „Deutsche an einen Tisch!“ stellen wir unsere eigene entgegen: „Berliner an eine Wahlurne!“

Genossinnen und Genossen! Wir waren uns sogar mit dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei einig, der in Berlin in einer SED-Konferenz zuvor erklärt hatte: Die Führung der SPD in Westberlin hat vor längerer Zeit die Frage der Neuwahlen gestellt. Wir sind der Meinung, daß die Lage in Berlin sich so weit entwickelt hat, daß die Bevölkerung auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre ein richtiges Urteil abgeben wird, wer Freund und wer Feind des Volkes ist. Wir sind für gesamtberliner Wahlen, und zwar auf der Grundlage der Wahlordnung, die gemeinsam mit den gegenwärtigen Westberliner Vertretern vor der Spaltung Berlins vereinbart wurde.“ Als es dann ernst wurde, lehnte die SED die gesamtberliner Wahlen ab, genau wie die SED bisher die Stimme des Volkes in Gesamtdeutschland gefürchtet hat.

Genossinnen und Genossen! Als zweite Forderung haben wir immer die Forderung aufgestellt, daß nur das gesamtdeutsche Volk eine Regierung wählen kann, nachdem Wahlen in demokratischer Art in Gesamtdeutschland durchgeführt wurden. Und wir haben gesagt, daß die Wahlen nur

dann demokratisch gewertet werden können, wenn die volle persönliche und politische Freiheit und Gleichheit für alle Personen, für alle politischen Parteien rechtlich und tatsächlich gewährleistet ist.

Das ist die Grundlage, und die Sozialdemokratie sollte in ihrer Gesamtheit bereit sein, auf dieser Grundlage auf dem Parteitag in dieser Frage ein sehr eindeutiges Abstimmungsergebnis zu zeigen.

Ich glaube, heute schon mit dem Schluß des Antrages Nr. 196 meine Rede beenden zu können:

Der Dortmunder Parteitag der deutschen Sozialdemokratie bekennt sich solidarisch zu seinen Brüdern und Schwestern in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und erklärt seine engste Verbundenheit mit allen freiheitlich gesinnten Menschen. Der Parteitag gedenkt der zahlreichen Opfer des Kampfes gegen das kommunistische Regime. Ihnen und den Kämpfern in der Sowjetzone gilt das Gelöbnis des Parteitages im Sinne des Vermächtnisses Kurt Schumachers, den Kampf um die Einheit Deutschlands für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie kompromißlos weiterzuführen. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat Genosse Herbert Wehner.

Wehner, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Der Kern unserer Kritik an der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung und ihrer Freunde in anderen Ländern richtet sich gegen die Politik der Restaurierung des Großbesitzes und seiner Parasiten in einer kleineuropäischen Staatskonstruktion. Man hat uns in den Debatten vor dem Zustandekommen des Schumanplans vorgeworfen, unsere Kritik sei aus nationalistischen Motiven heraus entstanden. Man wirft uns heute vor, wir verfolgten mit unserer Kritik an dieser kleineuropäischen Konstruktion Illusionen. Gestern waren wir in deren Meinung Nationalisten, heute sind wir Illusionisten.

Was ich mir erlaube, auch unseren lieben Genossen aus den Bruderparteien zu sagen, mit denen wir uns trotz mancher Meinungsverschiedenheiten eng verbunden fühlen, ist, daß diese Kritik an der Politik der Restaurierung der Privilegien des Großbesitzes in einer solchen künstlichen kleineuropäischen Konstruktion eine Kritik ist, die wir wegen der Gefahr für Deutschland und wegen der Gefahr für das Zustandekommen einer wirklichen europäischen Gemeinschaft aussprechen und auszusprechen nicht müde werden.

Wir müssen uns als Realisten damit auseinandersetzen und dagegen ankämpfen, daß dieses Kleineuropa auf der Basis der Teilung Deutschlands, wenn auch begleitet von frommen, nichtssagenden Wünschen, daß man uns für später die Einheit wünsche, gesichert werden soll. Das ist das eine, und das andere ist, daß im Hintergrund die Gefahr einer Ubereinkunft der großen rivalisierenden Weltmächte steht, wieder auf der Basis der Teilung Deutschlands, über die sie sich früher schon einig gewesen sind und dann wieder einig werden, einen sogenannten Status quo auszuhandeln.

Von den Kommunisten wird manchmal so getan, als deckte sich ihre Kritik weitgehend mit der unsrigen. Sie wollen sich nur an uns hängen. Ihre Kritik ist verbunden mit der Panikmache vor einer morgen oder übermorgen drohenden Kriegsfahr. Wir müssen und werden aufdecken, daß die Hintermänner der deutschen Kommunisten und der SED in Wirklichkeit schon in Fühlung mit den Hintermännern der kleineuropäischen Kon-

struktion stehen, um diese Teilung Deutschlands für einen trügerischen Status quo auszuhandeln. Das sind die Berührungspunkte der Fühler zwischen der offiziellen französischen Politik und der russischen Politik, und die werden wir immer wieder hervorheben.

Unser Kampf um Deutschland ist ein Kampf um eine echte europäische Völkergemeinschaft. Die Sozialdemokratische Partei hat die Gefahren immer gesehen. Wir haben versucht und versuchen es weiter, in Deutschland das größtmögliche Gewicht der politischen Kräfte zugunsten einer Gemeinsamkeitsanstrengung für die Wiederherstellung der deutschen Einheit und für die europäische Zusammenarbeit zu konzentrieren.

Das war der Sinn der Briefe Kurt Schumachers. Es muß gesagt werden, und vielleicht ist die Tribüne des Parteitags dazu der richtige Ort, welche Reformierung des normalen politischen Lebens in einer parlamentarischen Demokratie es bedeutet, daß der Oppositionsführer sich an den Regierungschef mit Briefen wenden muß, um ihn in Fragen der zentralen politischen Aufgaben der Deutschen darauf aufmerksam zu machen, daß gegenseitige Information und die Durchführung gewisser gemeinsamer Schritte notwendig ist. Heute tut man, nachdem Erich Ollenhauer auch einen Brief an den Kanzler geschrieben hat, so, als ob damit eine Wendung vollzogen sei. Schumacher hat viele solcher Briefe schreiben müssen, und ich weiß nicht, wie viele Briefe Erich schreiben muß, solange der Kanzler im Amte ist. Wir werden hier nicht müde werden, weil wir daran festhalten, daß es eine gewisse Gemeinsamkeit in der zentralen europäischen Frage geben muß. Sonst ist das der Selbstmord, der Zerfall der Nation. Was wäre Europa damit getan?

Einen anderen Punkt möchte ich hervorheben. Die Sozialdemokratie hat ganz im Gegensatz zu der Praxis des Kanzlers und seiner Leute im Ausland Freunde für Deutschland zu werben versucht, und wir haben an den Reden unserer ausländischen Gäste gesehen, wen wir neu gewonnen oder wiedergewonnen haben. Es hat mich erschüttert, als ich heute von einem der Freunde aus der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, der American Federation of Labor, die neusten Beschlüsse seines Kongresses gehört habe, wie sie den Kampf der Sozialdemokratischen Partei, obwohl sie keine sozialistische Gewerkschaft sind, begriffen haben und in einer Schärfe, die ich hier nicht weiter kennzeichnen will, in ihrer letzten Erklärung unseren Standpunkt in der Saarfrage für den richtigen Standpunkt erklären, wie sie vor der politischen Mißhandlung der Deutschen warnen und vor allem die Alliierten davor warnen, daß man so tut, als ob sie Pläne und Vorbereitungen machten, um den zweiten Weltkrieg noch einmal auf unserem Rücken durchzukämpfen. Ich finde in diesen Beschlüssen der American Federation of Labor eine ernsthafte Würdigung unserer Ankündigung, daß wir, selbst wenn eine reaktionäre Mehrheit die Verträge durchpeitscht, für die Revision kämpfen.

Was hat aber der Bundeskanzler mit diesen Stimmen für Deutschland bisher angefangen? Erich Ollenhauer hat einmal im Bundestag darauf hingewiesen, als der Kanzler in hämischer Absicht sich darüber zu verbreiten suchte, was die Sozialisten anderer Länder in gemeinsamen Vorbesprechungen zum Schumanplan uns gewissermaßen unter die Weste gedrückt hätten. Damals wurde ihm gesagt: Sie als deutscher Kanzler sollten mit Sorgfalt die kritischen Stimmen zum Schumanplan vernehmen, um sie zugunsten Deutschlands auszuwerten. Das ist der wundeste Punkt der deutschen Politik: Wir haben es mit einer Außenpolitik zu tun; die nicht auf solcher Gemeinsamkeit fußt, sondern die die Frucht des Bemühens um die Wiederherstellung der Privilegien des Großbesitzes im eigenen Land ist.

Der Kanzler hat die Praxis, mit dem Ausland gegen die eigene Opposition vorzugehen. Er ist bei seinem Verhältnis zur alten amerikanischen Administration und zu der, die sich allmählich erneuert, der Mann, der auf diese Weise es den hohen Beamten der amerikanischen Militärregierung ermöglicht hat, die Angelegenheit, die die vordringlichste politische Forderung ist, die deutsche Einheit, als eine, wie sie sagen, für uns Deutsche gewiß ganz wichtige Forderung anzusehen, aber hinzuzusetzen, für sie selbst gäbe es andere Probleme, und den Zeitablauf bestimmten sie. Der Kanzler hat dieses für Vertreter ausländischer Mächte in Deutschland unnatürliche Verhalten in deutschen Fragen erneut hervorgerufen, weil es ihm für seine eigene Politik günstig erschien.

Wir haben den Kanzler in einer Resolution, die wir dem Parteitag zu dem Referat Ollenhauer vorgelegt haben, darauf hingewiesen, daß er und seine Mitarbeiter sich eidlich verpflichtet haben auf das Grundgesetz. Das Grundgesetz sagt klar, daß das deutsche Volk und seine Instanzen sich verpflichten zur Wahrung der nationalen und staatlichen Einheit Deutschlands. Das deckt die Saar, das deckt auch Berlin, das deckt auch die sowjetische Besatzungszone, das deckt Deutschland als Ganzes. Der Begriff „Deutschland als Ganzes“ existiert doch seit 1945 weiter. Im Grundgesetz steht auch, daß die Deutschen in allen Zonen in den Stand gesetzt werden müssen, in freier Selbstbestimmung die deutsche Einheit zu vollenden.

Was würde der Westen eigentlich gewinnen, wenn er solche Praktiken, wie wir sie an der Saar erleben, duldet und wenn er der Unterdrückung der Bewohner der sowjetischen Besatzungszone zusieht, wie es bisher geschehen ist? Er würde nur verlieren, wenn das Schlagwort von der Europäisierung der Saar, das heute charakterisiert worden ist, Mode werden sollte. Das, was man im Osten „Volksdemokratisierung“ nennt, und das, was im Westen „Europäisierung“ genannt wird, bedeutet in beiden Fällen Annektierung.

Aber was würde damit der Westen verlieren? Seine demokratische Anziehungs- und Ausstrahlungsfähigkeit! Was wäre dann noch der Westen? Was wäre dem Westen mit einem Deutschland der sozialen Unsicherheit gedient? Was wäre dem Westen mit einem Deutschland gedient, in dem Leute von vorgestern das ihre in die Scheuern bringen, während die Armen und die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone als Ganzes zu Blutspendern für die Wiederaufrichtung der Privilegien des Großbesitzes von vorgestern gemacht werden?

Wir haben heute in Deutschland eine Klassifizierung derer, die den Krieg verloren haben sollen. Das sind die Arbeitenden, die sozial Hilfsbedürftigen, das ist der seiner Spargroschen beraubte Mittelstand, und das sind die Menschen der sowjetischen Zone.

Ich bin der Meinung, wir müssen in unserer künftigen Arbeit darauf zurückkommen, daß diese Schicht, die hier in Westdeutschland regiert, auf Grund dieser von mir angedeuteten Urquelle ihrer Politik strukturell unfähig ist zu einer Politik der Wiedervereinigung Deutschlands. Deswegen hat sie neuerdings das Wort geprägt, das dem Präsidenten Schäfer entflohen ist, es gäbe für uns nach der Befreiung der Sowjetzone die größte koloniale Aufgabe, die man sich bisher habe denken können. Wir wollen sie an den Worten erkennen, an den Früchten kann man sie nicht erkennen, weil sie keine Früchte haben. Laßt uns das nicht vergessen!

Nun ein letztes Wort zu der Frage Gespräche oder nicht Gespräche! Ich will von den hier mit Recht vorgebrachten moralischen Qualifikationen absehen. Ein Punkt ist entscheidend. Warum sollten wir, während wir uns den letzten Runden dieser Auseinandersetzungen nähern, in deren Verlauf es zu Viererkonferenzen kommen wird, die Nerven verlieren und uns

plötzlich mit Leuten an den Tisch setzen (Lebhafter Beifall), die oben so tun, als wollten sie mit uns verhandeln, die uns aber unter dem Tisch mit der Stiefelspitze in die Weichteile treten? Es geht bei ihnen doch nur um den Versuch, das einzige Positivum der Bundesrepublik, die intakte Sozialdemokratische Partei, auszuhöhlen, anzuschlagen und damit auszuschalten.

Wir haben eine Grenze für die Aktivität unseres Kampfes gegen die Politik des Kanzlers. Diese Grenze ist gezogen durch die Linie, deren Überschreiten die Kollaboration mit den Machthabern in der Sowjetzone und damit Warschau und Prag bringen würde. Die Stärke der deutschen Sozialdemokratie ist, daß sie diese Linie bisher nicht überschritten hat, und sie wird sie auch nicht überschreiten. (Beifall.)

Der Kanzler ist frivol genug, das zu wissen und darauf zu setzen. Aber wir stehen am längeren Hebelarm. Das wird der Kanzler einmal begreifen, dann wird es aber für ihn zu spät sein. Das Durcheinander in seinem Gefolgschaftshaufen ist nicht unsere Angelegenheit. Aber bei uns halten wir Ordnung, weil wir eine Partei brauchen, die Deutschland in Ordnung bringen kann. (Starker Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat Genosse Blachstein, Hamburg.

Blachstein, Hamburg:

Genossinnen und Genossen! Wenn wir die Entwicklung der Bundesrepublik seit dem Hamburger Parteitag überblicken, so müssen wir, wie es Erich Ollenhauer heute morgen in seinem Referat getan hat, eine Versteifung der reaktionären und restaurativen Tätigkeit dieser Regierung in Verwaltung und Justiz, in der Wirtschaft und in der Politik feststellen.

Lassen Sie mich für die Wirtschaft nur einen Namen nennen, der gerade hier im Ruhrgebiet als Symbol deutscher Rüstungswirtschaft und deutscher Kriegspolitik steht: Krupp, der nun nach sieben Jahren in die deutsche Wirtschaft zurückkehrt.

Es ist nicht so erstaunlich, jedenfalls sicher für uns hier in diesem Raum nicht erstaunlich, daß es in unserem Lande Nazis gibt. Es ist auch nicht erstaunlich, daß sie nach sieben Jahren versuchen, sich wieder zu sammeln und zu organisieren.

Erstaunlich ist aber, was in den Parteien vor sich geht, die die Bundesregierung tragen und die diese nazistischen Kräfte an sich zu ziehen versuchen, und zwar nicht nur durch den Gewinn für ihre Sache, sondern durch Bündnisse — ich brauche nur Wilhelmshaven zu nennen —, von der CDU bis zur SRP, mit einer Partei also, von der die Bundesregierung der Meinung ist, daß sie verfassungswidrig sei. Die Leichenfledderei um die Mandate jener Partei, deren Verbot man erwartet, und der Kampf mit den alten Methoden um die alten nationalsozialistischen Schichten ist eine recht seltsame Erscheinung. Die bürgerlichen Parteien in unserem Lande gehen einen ähnlichen Weg, wie sie ihn vor 1933 gegangen sind, und setzen überall, wo es um ihren Profit geht, den Profit über ihre Ideen und über ihre politischen Anschauungen. Darin liegt, so glaube ich, die innenpolitische Gefahr der Bundesrepublik. Durch die neuen Zusammenschlüsse in Straßburg und in der Montan-Union wird dieses deutsche Besitzbürgertum in seiner Macht von seinen internationalen und vor allem von seinen europäischen Freunden gestützt. Wenn wir heute nicht nur in der Bundesrepublik, sondern in Europa und wohl in der ganzen Welt eine reaktionäre Periode erleben, wenn ein großer Teil der Hoffnungen, die die Völker nach 1945, nach dem entsetzlichen Krieg, hatten, verfliegen sind, so muß man auch

hier die unermeßliche Schuld der Kommunisten feststellen, die diese Hoffnungen mißbraucht haben und die die demokratischen Kräfte, vor allem die Sozialdemokratie, gezwungen haben, einen Zweifrontenkrieg zu führen, einen Krieg gegen die alten reaktionären Kräfte und einen Krieg gegen die neue Barbarei Moskauer Diktatur. Erwin Schöttle hat vorhin von dem Managertum und von der Gefahr der Abtretung von Parlamentsrechten an demokratisch unkontrollierte internationale Gremien gesprochen. Mir scheint notwendig, daß, wenn es richtig ist, daß wir heute in der Bundesrepublik und in Europa in einer Reaktionsperiode leben, wir auch die Methoden unseres Kampfes überprüfen müssen. Mir scheint manchmal, als ob wir die Möglichkeiten des parlamentarischen Kampfes von der Gemeindestube über die städtischen Rathäuser und Landtage bis zum Bundestag, mit diesen reaktionären, außerparlamentarischen Kräften fertig zu werden, überschätzen. Ich glaube, daß in einem Lande wie dem unsrigen, von dem wir wissen, daß die Demokratie in keiner Weise gesichert ist, es ganz besonders notwendig ist, daß der Kampf der Parlamentsfraktionen gestützt und in das Volk getragen wird durch den Einsatz der ganzen Partei und durch den Einsatz der ganzen Kraft, die in der Bevölkerung ruht.

Damit komme ich zur Frage der Methode des Kampfes gegen den Generalvertrag mit allen parlamentarischen Mitteln im Bundestag. Mir scheint weiter notwendig, diesen Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden nichtparlamentarischen Mitteln des Volkes zu führen. Wenn wir noch zu einer sozialen Offensive kommen wollen, von der Erich Ollenhauer heute morgen sprach, dann muß sie vor Annahme der Verträge liegen. (Beifall.) Nach der Annahme der Verträge liegt nämlich eine derartig große wirtschaftliche Last auf der Bundesrepublik, daß wir gar keine Offensive mehr beginnen können, sondern alle Hände voll zu tun haben, das wenige an sozialen Leistungen zu erhalten, was heute in der Bundesrepublik vorhanden ist. (Beifall.) Ich weiß, wenn man heute in unserer Partei vom außerparlamentarischen Kampf spricht, runzelt mancher die Stirn. Es gibt aber übrigens nicht nur bei uns Situationen, in denen es notwendig wird, sich über das Parlament hinaus direkt an das Volk zu wenden. Ich möchte nur daran erinnern, wie die belgische Partei ihre Königskrise gelöst hat. Ich möchte weiter daran erinnern, daß der Kampf in Berlin niemals allein im Berliner Rathaus hätte gewonnen werden können und daß Berlin auch nicht vom Schöneberger Rathaus allein gehalten werden kann. Die Berliner haben das gewußt und auch danach gehandelt. Ich meine, daß wir im Kampf gegen die Bundesregierung, gegen die Bedrohung, die auf unser Volk durch diese Verträge zukommt, alle Mittel einsetzen müssen, über die die Partei verfügt. Man wird einwenden: Kann eine solche Bewegung nicht durch die Kommunisten mißbraucht werden? Gewiß! Deshalb glaube ich, daß der Vorschlag des Unterbezirks Essen kein guter Vorschlag ist. Ich bin nämlich der Meinung, daß eine Unterschriftensammlung keine überzeugende Aktion darstellt. Wir müssen in einem solchen Kampf alles vermeiden, was uns irgendwie in eine Nachbarschaft mit den Kommunisten bringen kann. Ich glaube, daß die Partei stark genug ist, daß sie in Betrieben und in der Arbeitermasse stark verwurzelt ist. Wenn wir die Mittel und Methoden gut abwägen, kann ein solcher Kampf gegen und ohne die Kommunisten geführt werden. Der Appell an das Volk, der Appell zu Neuwahlen, bevor die Entscheidung über die Verträge fällt, muß die Linie der Partei werden. Neuwahlen vor der Entscheidung! Wenn wir in diesem Kampf immer wieder auf unsere verfassungsmäßigen Bedenken hingewiesen haben, so gibt es ein wesentlich ungeschriebenes Verfassungsgesetz, daß das Volk den Maßnahmen der Regierung und des Parlaments zustimmen muß, daß die Mehrheit des Volkes hinter Maßnahmen von so großer Bedeutung stehen muß. Aus diesem Grunde glaube ich, daß neben dem

Kampf im Bundestag, neben der Ausschöpfung aller parlamentarischen Mittel der Einsatz der ganzen Partei für Neuwahlen vor der Entscheidung über die Verträge erfolgen muß! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat jetzt Genosse Markscheffel.

Markscheffel, Mainz:

Genossinnen und Genossen! Sowohl Genosse Ollenhauer als auch zahlreiche Diskussionsredner haben in sehr klarer Darstellung nachgewiesen, daß die jetzige Bundesregierung den Versuch macht, unter Sammlung aller reaktionären Kräfte den Entscheidungskampf gegen die deutsche Sozialdemokratie für die Restaurierung des Kapitalismus zu führen. In diesem Zusammenhang ist ein Satz wichtig, den Erich Ollenhauer heute früh ausgesprochen hat. Er brandmarkte mit Recht jene deutschen Politiker, die heute schon wieder den Begriff einer deutschen Machtpolitik in den Vordergrund ihrer Überlegungen stellen. Bei uns besteht kein Zweifel darüber, wo wir diese Politiker zu suchen haben. Es sind die gleichen Leute, die in Washington davon sprachen — als sie gefragt wurden, was sie sich unter Europa vorstellen —, daß für sie die Grenze Europas am Ural liege. Bei dieser Charakterisierung der reaktionären deutschen Politik, die unter Umständen auch bereit ist, in Form eines Angriffs zum Zuge zu kommen, müssen wir als Partei auf eine Entwicklung in der Bundesrepublik hinweisen, die mich und sicher auch viele Genossen mit Besorgnis erfüllt: Das ist die von der derzeitigen Bundesregierung entwickelte anti-russische Hetzpropaganda.

Wenn man durch die deutschen Lande fährt, glaubt man sich in das Jahr 1936 zurückversetzt. Die übelsten Machwerke des ehemaligen Propagandaministeriums feiern fröhliche Auferstehung. Primitive antirussische Hetze soll das deutsche Volk in der Bundesrepublik für die Aufstellung von deutschen Divisionen empfänglich machen. Bei dieser Propaganda bedient man sich vielfach Persönlichkeiten, die unter der Hitlerdiktatur das Propagandahandwerk erlernt und dieses zum Schaden des deutschen Volkes ausgeübt haben.

Für die deutsche Sozialdemokratie — und das ist der Sinn meiner Ausführungen — sind die Völker hinter dem Eisernen Vorhang unterdrückte Völker (sehr richtig!), Völker, die unter einer Diktatur genau so leiden wie früher das deutsche Volk unter der nationalsozialistischen Diktatur. Unsere Abwehr und die notwendige Steigerung des Widerstandswillens gegen die bolschewistische Diktatur darf daher keine kollektive Verurteilung der Völker hinter dem Eisernen Vorhang enthalten. Sie muß getragen sein von der Überzeugung, daß der Bolschewismus der Feind des demokratischen Sozialismus ist und daß der lebendige Ausdruck unserer Kampfbereitschaft nicht von dem Gedanken der Niederringung dieser Völker getragen sein darf, die unter diesen Diktaturen leiden, sondern von der Beseitigung der Diktatoren! (Beifall.) Hier muß endlich einmal in Deutschland ein klarer Unterschied zwischen der Propaganda der Bundesregierung und unserer Propaganda gemacht werden. Es geht nicht so weiter, daß in Deutschland Plakate erscheinen, die die Steuerzahler bezahlen und auf denen das russische Volk und die von den Diktatoren unterdrückten Völker mit den Diktatoren gleichgestellt werden.

Ich möchte auf eine Absicht der Bundesregierung hinweisen, die hinter dieser Methode steckt. Bei der allgemeinen Empfänglichkeit des deutschen Volkes für Begriffe, die jenseits seiner eigenen Erkenntnisse liegen, versucht die Bundesregierung, in Vorbereitung der kommenden Bundestagswahl heute schon durch diese Methode der Propaganda den demokratischen Sozialismus zu kompromittieren. Diese Entwicklung ist von uns mit äußerstem Ernst zu

verfolgen. Darin liegt nicht nur eine Kompromittierung des demokratischen Sozialismus, sondern es ist auch die Kompromittierung einer zukünftigen deutschen Außenpolitik. Heute schon können Sie in ausländischen Zeitungen lesen, daß „das deutsche Volk“ unter Umständen bereit sei, wieder Divisionen aufzustellen. Maßgebliche Regierungsvertreter erklären im Ausland, daß die Deutschen bereit seien, sich an die Spitze einer eventuellen Auseinandersetzung zwischen Ost und West zu stellen.

Diese Goebbelssche Methode der Brunnenvergiftung im europäischen und im Weltmaßstab muß von der Sozialdemokratie abgewehrt werden. Unsere Entscheidung für den Westen ist klar. Für uns gibt es kein Verhandeln mit Sklavenhaltern. Genau so klar ist aber für uns die Abwehr jener Versuche, unter der Fahne des sogenannten Antibolschewismus uns zum Vorspann für die Restaurierung des ehemaligen Kapitalismus in Westeuropa zu machen.

Partei Vorstand und Parteiausschuß haben gestern diese Ideen in einer noch zu formulierenden Protestresolution in den Grundzügen gebilligt. Ich bitte Sie, sich diesem Protest anzuschließen, damit die Welt weiß, daß die deutsche Sozialdemokratie mit den von der jetzigen Bundesregierung entwickelten Propagandamethoden nichts zu tun hat und nicht gewillt ist, in den von den reaktionären Kräften ganz Europas bereits auf die Geleise geschobenen Kreuzzug einzusteigen! (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat der Genosse Reuter.

Reuter, Berlin:

Genossinnen und Genossen! Eine große Partei wie die Sozialdemokratie kann sich nicht auf einem Parteitag über ihr taktisches und politisches Verhalten für die nächsten zehn Jahre unterhalten. Wir werden immer wieder vor neue Situationen gestellt werden. Die Versuchung, die in einigen Diskussionsreden anklang, sich an den Knöpfen abzuzählen, was man in dieser und jener Situation tun würde, scheint mir aus einer Reihe von Gründen psychologisch durchaus verständlich, politisch aber nicht richtig. Eine Partei wie die unsrige muß bestimmte und feste, aber einfache Grundideen haben, die in der Politik der Partei unerschütterlich zum Ausdruck kommen müssen.

Ich darf einige Bemerkungen an die Ausführungen des Genossen Markscheffel anknüpfen. Es ist kein Zufall, daß wir in Berlin niemals das Wort „Russen“ in den Mund nehmen, sondern stets nur vom „Sowjetregime“ sprechen. Wir betonen ganz besonders, daß wir nicht das russische Volk bekämpfen, sondern das Sowjetregime, unter dem das russische Volk ebenso sehr leidet wie wir selbst.

Dieser Saal ist in meinen Augen nur zu zwei Drittel besetzt. In jedem von uns sollte das Bewußtsein lebendig sein, daß ein Drittel dieses Raumes nicht besetzt ist, daß die Menschen fehlen, auf deren Rückkehr wir warten. Aber unsere Genossinnen und Genossen der Ostzone sind bei uns, auch wenn sie im Augenblick nicht hier im Raume sein können. Gegenüber der defätistischen Methode, auf die Akte „Deutsche Einheit“ zu schreiben: „Wiedervorlage nach zwei bis fünf Jahren“ — eine solche Erklärung haben wir in der vorigen Woche sozusagen amtlich zu hören bekommen —, müssen wir darauf hinweisen, daß sich die Welt und wahrscheinlich auch viele Menschen in Deutschland wundern werden, welche politischen, moralischen und geistigen Energien zu uns stoßen, wenn diese Menschen mit uns vereinigt werden. Sie haben alles durchgemacht, ganz anders als die Bevölkerungsteile des übrigen Deutschland: nicht nur die Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur. Sie verstehen das Wesentliche vom

Unwesentlichen zu unterscheiden. Für uns ist die Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht auf die Zeit von fünf Jahren verlagert, sondern für uns steht dieser Punkt ständig auf der Tagesordnung. Wir wünschen eine Bundesregierung und einen Außenminister, die sich dieser Tatsache bewußt sind und auf dieses Problem mindestens die gleichen Energien verwenden wie auf die Probleme, die im Augenblick in der Bundesrepublik auf die Lösung anderer, aber sehr unrealistischer Probleme angewendet werden. (Dobbert: Sehr gut.) Man sagte: „Wir müssen bis Anfang Juni bestimmte Dinge fertig haben, weil Anfang Juni General Eisenhower nach Amerika geht. Da muß alles fertig sein, damit General Eisenhower gewählt wird.“ Unsere Aufgabe ist es nicht, uns in die Einzelheiten der amerikanischen Innenpolitik einzumischen oder uns an bestimmte innenpolitische amerikanische Vorstellungen anzuhängen, deren Richtigkeit mir immer sehr zweifelhaft gewesen ist. (Beifall.) Ich glaube, daß mancher inzwischen erkannt hat, daß es auch in diesem merkwürdigen Lande Amerika nicht ohne weiteres genügt, General zu sein. Man muß auch noch einige andere Eigenschaften besitzen. Es ist aber Sache des amerikanischen Volkes, zu entscheiden, nicht unsere. Unsere Sache wird vielmehr sein, unsere eigene Angelegenheiten mit äußerster Leidenschaft und Hingabe zu betreiben.

Wir können die These nicht akzeptieren: Es ist keine Möglichkeit im Augenblick vorhanden, die Dinge weiterzutreiben. Da wir die Hände nicht in den Schoß legen wollten, mußten wir uns gegen die Worte wenden: nach fünf Jahren kehren wir an der Spitze unserer siegreichen Truppen wieder zurück. Das ist eine Wahnsinnspolitik, die völlig illusionär und unrealisierbar ist. (Sehr richtig.) Diese Politik verkennt, daß der Riß, der durch unser Volk geht, nicht geheilt werden wird, wenn unser Volk das Gefühl bekommt, die wollen ja gar nicht, die meinen es ja nicht ernst, die wollen sich nicht ernsthaft auseinandersetzen. Es ist nicht wahr, daß man in der Periode des Kalten Krieges, in der wir leben, diesen Krieg nicht mit Aussicht auf Erfolg führen könnte. Wir sollten von unseren kommunistisch-sowjetischen Gegnern lernen. (Sehr gut!) Wir sollten die Initiative auf diesem Gebiet entfalten und sie nicht anderen überlassen. (Beifall!) Das kann unter keinen Umständen, abgesehen von der moralischen Seite der Angelegenheit, auch aus politischen Erwägungen heißen, daß wir uns mit den Herrschaften der SED an einen Tisch setzen. Damit würden wir in den Augen unserer 18 Millionen Landsleute in der Ostzone die Herrschaft dieser Gesellschaft legitimieren, und damit würden wir das erreichen, was diese Leute gerade wollen: Wir würden ihre Position in der Ostzone stärken. Es ist kein Zufall, daß ein Föderalist wie Herr Dr. Etzel von der Bayerpartei einer derjenigen ist, die auf den Rattenfang eingehen: das Königreich Bayern den Bayern und das „Königreich“ Ostdeutschland denen, die augenblicklich dort sind, nur laßt uns in Ruhe, dann können wir uns evtl. in irgendeiner Form aus dem ganzen Schlamassel herausziehen. Diese Mischung von naiver, primitiver, egoistisch-neutraler Denkweise mit der Vorstellung, wir Deutschen könnten uns überhaupt aus den großen Auseinandersetzungen in der Welt fernhalten und in vollständiger Verkennung der tödlichen Gefahr, die für uns alle die Aufrechterhaltung des SED-Regimes in der Ostzone bedeutet, ist nur in einem Volk möglich wie dem deutschen, in dem es immer noch bestimmte Reste so unpolitischer Vorstellungsweisen geben kann. Nein, wir müssen eine Auseinandersetzung mit diesen Herrschaften ablehnen, es sei denn, wir kämen zu dem Tag, an dem wir die technischen Einzelheiten der Durchführung freier Wahlen verhandeln. Dann selbstverständlich, morgen früh, oder noch heute abend. Jeden Tag sind wir dazu bereit. (Beifall.)

Bis dahin aber ist unsere Aufgabe, politisch die Frage der deutschen Einheit nicht von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Eine ganz

kleine Bemerkung zum Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptung, daß man sehr viel erreichen kann. Als der neue amerikanische Kommissar, Mr. Donnely, nach Berlin kam und Herrn Tschuikow zum erstenmal einen Besuch machte, konnte man bei vielen Leuten ein Aufatmen spüren und man sagte: endlich geht einmal einer heran an die Leute. Wann ist die Bundesregierung und wann sind die Westmächte in den letzten Jahren an das Problem herangegangen? Sie haben Noten geschrieben, die sehr lange Diskussionen unter ihnen selber erforderten und denen man den vollständigen Mangel an echter politischer Koordinierung deutlich anmerkt. Unsere Aufgabe wird es sein, die Mächte zur Hilfe zu rufen, auf die wir uns allein verlassen können, und nicht die Opportunisten, sondern die großen freiheitlichen demokratischen Kräfte in der ganzen Welt, auch in Amerika, die eines Tages dafür eintreten werden, daß uns Deutschen eine echte Freiheit gegeben wird.

Ich möchte Sie nicht mit Kleinigkeiten aus Berlin behelligen. Aber was sagt man in einem Ort wie Berlin, wo wir alle zu den Alliierten auf Grund des gemeinsamen Kampfes während der Blockade ein anderes Verhältnis haben als in der Bundesrepublik, wenn man noch eine Mitteilung bekommt, wonach es laut einer lächerlichen Verfügung aus dem Jahre 1946 verboten ist, eine Werkzeugmaschine von einem Sektor in den anderen zu transportieren, und wenn diese Verfügung im Jahre 1952 noch nicht aufgehoben werden kann? (Hört, hört!) Die ganze Deduktion: wir müssen irgend etwas unterschreiben, weil wir sonst dauernd in dem Zustand von heute bleiben, geht doch von der Verkennung der Tatsache aus, daß die Welt sieben Jahre nach dem Kriege uns Deutsche auf die Dauer gar nicht mehr unter diesem alten Regime lassen kann. (Sehr richtig!)

Wir haben bewiesen, daß wir bereit, fähig und gewillt sind, unsere ganzen geistigen Kräfte und unsere Existenz für diesen Kampf einzusetzen. Wir verlangen — ich unterstreiche noch einmal: wir verlangen — die Rückkehr echter politischer Freiheit für unser Vaterland. Wir verlangen die Konzentrierung der Energie der freien Welt auf die Lösung des Problems, das nicht nur für uns, sondern für die Welt das zentrale Problem ist: die Überwindung der Spaltung Deutschlands und die Beseitigung des größten Unruheherdes, den die Welt dank der Weisheit der Sieger besitzt, die 1944 ihre Unterschrift unter die Karte gesetzt haben, die ich mit meinen eigenen Augen gesehen habe und durch die Deutschland gespalten wurde, damit eine neue Karte eines freien und einheitlichen Deutschlands entsteht. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat Genosse Max Kukil.

Kukil, Kiel:

Genossinnen und Genossen! Der Genosse Franz Neumann, Berlin, hat vorhin in seinem Diskussionsbeitrag darauf hingewiesen, daß die Berliner Genossen durch die Ausführungen des Genossen Korn aus Lübeck unangenehm beeindruckt gewesen sind. Ich halte es im Interesse der Partei von Schleswig-Holstein für dringend erforderlich, den Willen und die Ansicht der schleswig-holsteinischen Partei hier zum Ausdruck zu bringen. Genosse Korn hat erklärt, er käme aus der Stadt Lübeck, der östlichsten Großstadt am Eisernen Vorhang. Wir alle wissen, daß ja nicht nur Schleswig-Holstein, sondern auch einige andere Länder eine Grenze am Eisernen Vorhang haben. Aber wir in Schleswig-Holstein haben nicht nur eine Grenze am Eisernen Vorhang, sondern wir haben auch eine Grenze im Norden, die Dänemark berührt. Es war nicht nur heute, sondern auch in der Vergangenheit für die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein besonders angenehm, wenn die Vertreter der dänischen Bruderparteien auf unseren Zusammen-

künften zum Ausdruck brachten, daß uns etwas Gemeinsames beseelt, nämlich der gemeinsame Kampf für den Frieden, für die Freiheit und die Demokratie. Ich sage das deshalb, weil im Lande Schleswig-Holstein im Gegensatz zu anderen Grenzländern zur Zeit eine Regierung des sogenannten Deutschen Wahlblocks und des BHE besteht, deren Ministerpräsident sich in der letzten Zeit besonders dadurch hervorgetan hat, daß er glaubt, Außenpolitik machen zu müssen, und zwar gegenüber dem Lande Dänemark. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident hat verbindlich zum Ausdruck gebracht, daß wir in einer Kampfsituation gegenüber Dänemark und der dänischen Minderheit stehen. Die sozialdemokratische Regierung Diekmann hat bis zum Jahre 1950 eine Politik der Befriedung in Schleswig-Holstein betrieben und es möglich gemacht, daß ein Abkommen zustande kam, das das Kieler Abkommen genannt wurde. Wir werden keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um in Schleswig-Holstein, insbesondere im Landtag, dieser Regierung eine Kampfansage zu dokumentieren und ihr zu sagen, daß es für uns keinen Grenzkampf im Norden gibt, sondern nur einen Ausgleich, eine Verständigung in den Grenzfragen. (Beifall.)

Anders sieht die Situation gegenüber dem Hinterland des Eisernen Vorhanges aus. Wir hätten es außerordentlich begrüßt, wenn die augenblickliche schleswig-holsteinische Regierung eine Kampfansage auch gegen das totalitäre Regime im Osten zum Ausdruck gebracht hätte. Das ist bis zum heutigen Tage nicht mit dem nötigen Nachdruck geschehen. Wir wissen alle aus Erfahrung, wie wesensverwandt die äußerste Rechte, die neofaschistischen Gruppen, mit der Kommunistischen Partei sind. Wir haben zu verzeichnen, daß in zwei unserer Städte als Nachfolgeorganisation der Bruderschaft, z. T. in Verbindung mit der SRP, sich die sogenannte „Kriegsgeneration“ aufgetan hat. In einer dieser Städte ist als Bürgermeister einer der führenden Männer der Kriegsgeneration gewählt worden. Der Innenminister hatte auf Grund des Einspruchs unserer Partei, der Opposition, Widerruf gegen diese Wahl eingelegt. Wir mußten gestern erfahren, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung die Abwesenheit der sozialdemokratischen Funktionäre benutzt hat, um den Widerspruch aufzuheben, so daß der Vertreter dieser sogenannten Kriegsgeneration ab heute in Amt und Würden ist. (Hört, hört!) Das ist eine Kampfansage gegen die Sozialdemokratische Partei. Ich sage hier im vollen Bewußtsein meiner Worte: Es bedeutet gleichzeitig einen Wortbruch gegenüber der Opposition, weil man uns das Material, das gegen diesen Mann vorliegt, nicht gezeigt hat, obwohl man es uns zusagte. Also auch hier ist eine kämpferische Situation vorhanden. Ich möchte insbesondere dem Genossen Korn sagen: er möge in seiner Eigenschaft als Pressechef der Stadt Lübeck ein ganz besonderes Augenmerk darauf legen, welche Verbindungen von dieser sogenannten Kriegsgeneration über die Grenze des Eisernen Vorhanges nach dem Osten gehen. Der Genosse Korn sprach von einer 180gradigen Kehrtwendung, zu der die Russen bereit wären. Die SED wäre bereit, für ein neutrales Deutschland auch ihre Partei auf dem Altar ihrer Politik zu opfern. Ich glaube, dem Genossen Korn ist nicht die wandelbare Politik des Hausherrn aus Moskau, wie es Erich Ollenhauer heute so treffend sagte, bekannt. Es gibt kein Selbstmordangebot der ostzonalen Regierung, sondern es gibt nur eine Politik von dieser Seite, wonach das deutsche Volk in Westdeutschland die Freiheit opfern und Selbstmord begehen soll. Von einer angeblichen Festlegung der ostzonalen Regierung haben wir heute gehört. Es gab auch eine Festlegung der Politik Hitlers für den Frieden nach den Verhandlungen Chamberlains und Daladiers in München. Ist die Diktatur im Osten etwa besser zu werten als die Diktatur des Dritten Reiches? Ich glaube, wir haben unsere Anstrengungen darauf zu richten, daß wir als Sozialisten gegen jede Form der Diktatur Front machen, ganz gleich, ob sie braun ist

oder ob sie unter der roten Fahne mit Hammer und Sichel oder morgen eventuell unter dem schwarzen Zeichen in der westdeutschen Bundesrepublik auftritt. (Beifall.) Richard Tüngel von der „Zeit“ wird zitiert, wonach er sich für einen deutschen Friedensvertrag eingesetzt hat, d. h. für die Anerkennung der Pankower Regierung, um die Wünsche der Russen zu erfüllen. Es heißt also: Aufgabe unserer Kampfposition für die Abhaltung freiheitlicher Wahlen. Das heißt in dieser Situation auch auf die moralische Unterstützung der freiheitlichen Völker zu verzichten. Das bedeutet, daß wir die Hoffnung der Bevölkerung in der Ostzone auf ihre Befreiung durch freie Wahlen zu Grabe tragen und diesen Menschen, die auf die Befreiung so sehnsüchtig warten, einen Dolchstoß versetzen. Unsere Freunde — dabei ist der Name Willi Jesse, der in Schleswig-Holstein kein Unbekannter ist, gefallen — sind verschollen, sind zu Hunderten und Tausenden in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern. Nicht uninteressant ist, daß Genosse Korn in demselben Zusammenhang den Vorsitzenden des BHE, Herrn Krafft, zitiert, der sich für direkte Gespräche einsetzt. Ich glaube, wir sollten uns darüber im klaren sein, daß der BHE nach seiner eigenen Bekundung weder eine Partei rechts oder links ist, sondern sich seine Stellungnahme nach der jeweiligen Situation vorbehält, also zu den Opportunisten zählt. Die Formulierung, die hier vom Genossen Korn in der Diskussion gebraucht worden ist, daß Herr Krafft der Vorsitzende der Partei der Vertriebenen von jenseits der Oder-Neiße und der Vertriebenen aus der Sowjetzone ist, ist eine gefährliche Formulierung, die nicht einmal der BHE selbst bis auf den heutigen Tag gebraucht hat. Wir haben als Sozialdemokraten aus den östlichen Gebieten immer wieder betont, daß wir es für uns in Anspruch nehmen, in erster Linie für die Interessen aller Hilfsbedürftigen und damit auch der Heimatvertriebenen einzutreten. Ich glaube, dasselbe trifft für die Freunde aus der Sowjetzone zu. Es gehört nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern eine echte Tatgemeinschaft dazu, sich für die Interessen dieser Menschen einzusetzen. Es gibt aber auch solche, die seinerzeit schon im Osten gewisse Positionen eingenommen haben und jetzt im Westen bei den verschiedensten bürgerlichen Parteien eine Restaurierung ihrer Position vornehmen möchten. Sie sind nicht geeignet, die Interessen der Heimatvertriebenen wahrzunehmen. Wir wollen immer wieder deutlich zum Ausdruck bringen: Die politische Heimat der Heimatvertriebenen ist und bleibt die Sozialdemokratische Partei. (Beifall.) Wenn sich Herr Krafft für direkte Gespräche eingesetzt hat, dann ist mit Recht der Zwischenruf „Ein Opportunist“ gekommen. Ich habe leider die Empfindung, daß es auch in unseren Reihen in der Frage der Behandlung der Ostzone und des eventuell notwendigen Abwehrkampfes Opportunisten gibt. Diesen Opportunisten möchte ich sagen: Es ist nicht nur Aufgabe der Parteifunktionäre, sondern es ist auch Aufgabe aller Vertreter, ganz gleich, wo sie stehen, auf der Landes- oder auf der kommunalen Ebene, und auch derjenigen, die sich zur Aufgabe gestellt haben, im Pressewesen zu wirken, notwendige Aufklärung zu leisten, um den Menschen im Westen zu zeigen, daß der Verlust der Freiheit gleichzeitig den Untergang Westdeutschlands bedeuten würde. (Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Nunmehr hat das Wort die Genossin Jeanette Wolff; ihr folgt Genosse Nölting, Düsseldorf.

Jeanette Wolff, Berlin:

Liebe Genossen und Genossinnen!

Es ist sicherlich vermessen, wenn nach zwei Berliner Genossen nun auch eine Frau von Berlin spricht. Aber der eine hat vom anderen nichts ge-

wußt, und das vermag ich schon zu vertreten, wie wir überhaupt über die Probleme, die den Parteitag betreffen, uns gemeinsam beschäftigen und wir darüber der gleichen Ansicht sind.

Das, was unser Genosse Ollenhauer in seinem Referat über den Weg der Sozialdemokraten gesagt hat, war klar, eindeutig und jedem verständlich, und wir unterstreichen das. Denn gerade wir Frauen haben ein großes Interesse daran, zusammen mit den Männern auf allen politischen Ebenen mit Rat und Tat dabei zu sein. Es gibt keinen Sektor mehr, auf den man in der Partei eine Frau abdrängen könnte, denn das eine Problem ist so wichtig wie das andere, und das Soziale ist unerfüllbar, wenn das Politische nicht begriffen und nicht zum Gedankengut aller gemacht wird.

Als der Genosse Ollenhauer in seinem Referat davon sprach, daß sich die bürgerlichen Parteien die Köpfe über die Verteilung der Mandate der aufgelösten SRP zerbrächen, war bei mir gleich der Gedanke aufgetaucht: Jetzt müssen wir die Augen offenhalten; denn seit langer Zeit begegnen wir seltsamen Vorkommnissen.

Der Genosse Ollenhauer hat das scherzhaft gemeint, und doch verbirgt sich dahinter blutiger Ernst. Wir wissen ganz genau, daß in den Parteien, mit denen wir uns dauernd um die sozialen Belange der Bevölkerung Deutschlands auseinandersetzen müssen, die Demokratie ein nicht so starker Baum und ein nicht so starker Blutstrom ist, daß sie die Rudimente des ehemaligen Nationalsozialismus in diesem Blut verkräften könnten, ohne eine Vergiftung davonzutragen. Und weil wir das wissen, müssen wir unsere Arbeit für die kommenden Wahlen darauf einrichten, die deutsche Bevölkerung darüber aufzuklären, daß sich genau wie in den Jahren 1930, 1931 und 1932 der Ring zu schließen beginnt und daß wir die Augen offenzuhalten haben auf die unterirdischen Strömungen, die von Osten kommen und zur Reaktion in Deutschland gehen und die mit einem nassen und einem trockenen Auge betrachtet werden von den bürgerlichen Parteien und daß sich der Kampf der bürgerlichen Rechten restlos gegen die Sozialdemokratie richtet. Wenn die KP zu unseren Anträgen Stellung nimmt und sie im Bundesparlament unterstützt, überläuft uns immer ein kalter Schauer; denn damit unterstreicht sie das, was uns von der bürgerlichen Seite immer vorgeworfen wird, um das Volk zu irritieren: Wir und die KP machten die gleiche Politik. Und weil wir uns dagegen wehren müssen, müssen wir die Verwässerung der klaren Haltung in unseren eigenen Reihen wahrnehmen und unterbinden. Es gibt für uns in der Partei nur eine Richtung, und das ist die Ablehnung der Rudimente von rechts, der Übriggebliebenen aus dem Naziregime, und die Ablehnung derjenigen, die sich die Methoden des Naziregimes zu eigen gemacht haben, wobei noch die Frage zu untersuchen ist, wer zuerst zu den Methoden gekommen ist und wer vom anderen gelernt hat. Anträge, die wir einbringen und mit denen man uns irgendwie in Mißkredit zu bringen glaubt, unterstützen die Kommunisten. Deshalb sind wir der Ansicht, daß wir eine ganz klare Haltung einnehmen und ganz klar und eindeutig sagen müssen, wie wir zu dem Problem stehen. Es kommen Anträge von bürgerlichen Parteien, in denen die Freilassung der Kriegsverbrecher gefordert wird. Lassen Sie mich hier an dieser Stelle einmal klar und eindeutig den Standpunkt der Sozialdemokratie darlegen!

Wir wollen für alle die Menschlichkeit und das Menschenrecht. Schon vor über Jahresfrist haben wir uns in einem Antrag an den Bundestag für die Freilassung derer eingesetzt, die noch als Kriegsgefangene oder Verurteilte irgendeines vom Siegerwahn besessenen Regimes zurückgehalten werden. Das müßte auch bis in die letzte Ortsgruppe der Partei gedrungen sein. Aber wir lehnen es grundsätzlich ab, echte Kriegsverbrecher frei-

zulassen — nicht jene Kriegsverbrecher, die dazu gemacht worden sind, sondern jene, die Tausende und Millionen von Menschen auf dem Gewissen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir setzen uns dagegen zur Wehr, diese Leute wieder in die deutsche Politik hineinzulassen. Und wenn die Bundesregierung Angst hat, daß sie nicht genügend ehemalige Sturmführer für die Gesandtschaften in neofaschistischen Ländern und auch in Südamerika hat, dann soll sie sie woanders aussuchen, aber nicht aus den Kreisen dieser Verbrecher. (Lebhafte Zustimmung!)

Wir freuen uns, daß die Sozialdemokratie immer dort, wo es um das Menschenrecht geht, zum Vorkämpfer geworden ist und daß die Sozialdemokratie jetzt für die Wiedergutmachung an den Opfern der Nazizeit nicht nur heute, sondern seit je eine Lanze gebrochen hat und jetzt gesetzlich zusammengefaßte Fundamente der Bundesregierung unterbreitet hat. Vor einiger Zeit hat mir ein Genosse gesagt: Sprich doch nicht immer von den Dingen, die einmal gewesen sind! Du machst dich nur unpopulär. — Liebe Genossen, es wäre ein schlechter Sozialdemokrat, der nicht, auch nicht einmal, das Odium, unpopulär zu werden, auf sich nähme, wenn es um die Wahrheit und um den Bestand der deutschen Demokratie geht; denn diese Kreise, die heute wieder beginnen, nicht nur überall ihr Haupt zu erheben, sondern die Verwaltungen zu verseuchen, von denen einer den anderen nach sich zieht, müssen aus diesen Verwaltungen verschwinden; denn sie werden einmal, wenn wir selber in der Regierung sind, zum Sargnagel für unsere Umwandlung der sozialen Ordnung werden. Die Ministerialdirektoren und Verwaltungsleute bleiben, auch wenn die Regierungen wechseln. Wir sollten daran denken, daß die ewigen Meißner uns schon einmal beinahe das Grab gegraben haben. Deswegen sagen wir: Wir wollen weder die einen noch die anderen. Ihnen das Handwerk zu legen, ist unsere Aufgabe. Aber wir dürfen nicht vergessen, was war. Im Interesse der Menschlichkeit wollen wir vergeben! Wenn wir vergessen, geben wir jenen das Wort, die jenseits des Eisernen Vorhangs bereit sind, uns zu erwürgen. Mit diesen Leuten wird es niemals ein geeintes Europa geben. Wir wissen, daß es innerhalb und außerhalb Deutschlands Leute gibt, die einer Wiedervereinigung in Freiheit durch freie Wahlen mit einem nassen und einem trockenen Auge gegenüberstehen: Die einen wegen des sozialdemokratischen Einflusses auf die Wirtschaft in der Welt und die anderen aus Angst, daß ihnen der Thron ihrer Erhabenheit und ihrer Regierungsfähigkeit in einer neuen deutschen demokratischen Republik durch die Sozialdemokratie zu Bruch gehen könnte. Das muß ihnen unmöglich gemacht werden. Es ist ein hohes Ziel, dafür zu kämpfen. Offenheit, Wahrheit und klare Linie. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Das Wort hat der Genosse Erik Nölting, Düsseldorf.

Nölting, Düsseldorf:

Liebe Parteifreunde! Es entspricht durchaus der zeitgeschichtlichen Situation, und es ist vollkommen in der Ordnung, daß das Schwergewicht des Ollenhauerschen Referats und noch mehr, das Schwergewicht der nachfolgenden Diskussion bei den außenpolitischen Problemen lag.

Aber es besteht hier ein interessanter Parallelismus: Es versteifen sich nicht nur die außen-, es verhärten sich gleichzeitig auch die innerpolitischen Fronten, und diese soziale Verkrustung im Innern ist vom Standpunkte unserer Partei genau so gefährlich und bekämpfenswert. Deshalb wäre es nach meiner Ansicht bedauerlich — und das ist der Grund dafür, daß ich mich noch so spät zum Wort gemeldet habe —, wenn diese innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Parteien völlig unter den Tisch fielen.

In diesem Saale braucht nicht des längeren darüber gesprochen zu werden, daß die sogenannte soziale Marktwirtschaft nur ein trügerisches Firmenschild ist, eine bloße Tarnwand, hinter der man den kapitalistischen Wechselbalg wieder zusammenzuflicken versucht. Interessanter ist hier wohl eine tiefer schürfende Analyse; denn in dieser sozialen Marktwirtschaft gehen zwei Vorstellungsserien unsystematisch durcheinander, und das wird viel zu wenig beachtet. Die eine Gedankenreihe ist die: Man braucht nur den Wettbewerb, nur die entfesselte Konkurrenz zu gestatten, dieser Konkurrenz nur fair play und freien Auslauf zu geben, man braucht nur jede Regelung und jeden Interventionismus zu beseitigen, dann fällt die soziale Harmonie automatisch von selbst ab, wie der Hobelspan in der Werkstatt des Tischlers. Der einzige gegenwärtige Schönheitsfehler sind noch die Monopolorganisationen, und deshalb — so führte Herr Erhard im Bundestag aus — bedeutet das Antikartellgesetz, das Gesetz zur Wiederherstellung des freien Wettbewerbs, den krönenden Abschluß.

Genossen, das ist Erhards These! Aber das ist ein simpler Köhlerglaube. Durch Produktionsrekorde, mögen sie sich noch so triumphal ausnehmen, wird sich niemand über die sozialen Schlackenhalde hinwegtäuschen lassen.

Die andere Gedankenreihe aber ist die: Man muß die Wirtschaft sozial fundieren, man hat ihr erst das soziale Gesicht zu geben. Nur so rechtfertigt sich der Name „soziale Marktwirtschaft“. Die soziale Wohlfahrt ist nicht automatisch und sozusagen nebenher, sondern nur durch „Abschirmungs- und positive Förderungsmaßnahmen“ zu erreichen. Soziale Harmonie ist ein Produkt bewußter Gestaltung. Das ist die These des linken CDU-Flügels, sagen wir kurz: des Gewerkschaftsflügels.

Diese Auffassung hat indessen mit den Jahren zunehmend an Gewicht verloren. Denn in allen bürgerlichen Parteien vollzieht sich ein Rechtsabmarsch, das dürfen wir nicht übersehen. In allen diesen Parteien — CDU, FDP usw. — überrundet der restaurative Flügel immer mehr den fortschrittlich-reformatorischen. Doch die latente Spannung bleibt, vermöge der strukturellen Zusammensetzung. Und diese latente Spannung ist so stark, daß sich gegenwärtig am politischen Firmament sehr interessante Neuformierungen, neue politische Gruppierungen, abzuzeichnen beginnen: Eine Rechtspartei der reaktionären Sammlung mit SRP-Einsprengseln ist es, womit die CDU, FDP und DP heute liebäugeln.

Ob dieser große Wurf gelingt? Mir scheint es höchst zweifelhaft, denn letzten Endes bleibt doch alles ein in seinen Interessen sich widerstreitender Klüngel, der sich nicht so leicht unter eine Käseglocke bringen läßt. Solche politischen Promenadenmischungen haben im allgemeinen keinen dauerhaften Bestand.

Ich sehe deshalb vielmehr den fortschreitenden politischen Atomzerfall, eine bedrohliche Zerfaserung unseres politischen Lebens, eine unaufhaltbare Aufsplitterung. Um so stärker tritt alsdann aber Bedeutung, Gewicht und Mission unserer Partei heraus, deren historische Aufgabe es ist, Bollwerk gegen diesen Auflösungsprozeß, gegen diese für die Demokratie so verhängnisvolle Atomisierung des politischen Lebens zu sein. Das ist ja unser unbändiger Stolz! Wir, gut strukturiert und auch gut durchblutet, sind politisches Großformat, sind Großmacht. Und schon davon geht eine stark attraktive Wirkung aus. Wir haben die Chance, beim nächsten Wahlkampf diese Plattform noch sehr zu verbreitern.

Erich Ollenhauer sprach von der Jugend. Ich darf es dahingehend ergänzen, daß es auch noch andere Schichten und Gruppierungen gibt, die unseren natürlichen Rekrutierungsboden darstellen, so z. B. die Frauen, in deren Kreisen unser politischer Ruf bisher noch nicht genügend Wider-

hall findet. Daneben starke mittelständische Schichten, die zu erkennen beginnen, daß sie durch den entfesselten Kapitalismus immer mehr ins Gedränge geraten; ferner wirkliche Europäer, deren Europasehnsucht hinausgeht über die klerikal-konservative Schumanplanecke, über dieses Sechser-Europa, dieses Sechsgroschen-Europa, von dem Carlo Schmid heute morgen gesprochen hat; und endlich bestimmte ethische und religiöse Strömungen und Kreise höchst wertvoller Art, die sich angewidert und abgestoßen fühlen durch den entfesselten Kampf um das Goldene Kalb und die den platten Materialismus unserer Tage verachten.

Genossinnen und Genossen, damit können wir aus dem Turm herauskommen, über die 34-Prozent-Hürde, über die wir doch hinwegkommen müssen. Wir wollen den Kampf auf breitem Kampfgrund führen. Wir werden diesen Kampf mit einer positiven Konzeption führen, von der so mannigfach heute schon gesprochen ist und die der morgige Tag mit seiner Programmdebatte untermauern soll. Denn die Öffentlichkeit ist weniger daran interessiert, wozu wir nein sagen und gesagt haben. Sie ist vielmehr stärker an dem Ja interessiert, das uns vorschwebt, um die Welt anders, gerechter, brüderlicher und vernünftiger zu machen. Wir müssen der Misere von heute im Wahlkampf das Bild eines besseren Morgen gegenüberstellen können.

Dieser Wahlkampf, liebe Genossen, wird nicht mehr als Stellungskrieg, er wird als Bewegungskrieg geführt. In den Wahlkampf eintreten, bedeutet für uns, die Offensive aufzunehmen. (Zustimmung und Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Von dem Genossen Lüders, Cuxhaven, ist Schluß der Debatte beantragt. Ich nehme an, daß Genosse Lüders den Antrag mündlich begründen will. Fünf Wortmeldungen liegen noch vor.

Lüders, Cuxhaven:

Genossinnen und Genossen! Der Antrag auf Schluß der Debatte ist von mir deshalb gestellt worden, weil ich der Auffassung bin, daß bei der Beratung des Aktionsprogramms noch eine ganze Reihe Genossen Gelegenheit haben wird, zu den einzelnen im Vortrag unseres Genossen Ollenhauer aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, und weil ich annehme, daß bei der Besprechung der einzelnen Punkte des Aktionsprogramms gleiche Fragen auftauchen werden. Ich möchte feststellen, daß wir in Anbetracht dessen, daß wir mit dem Aktionsprogramm eine positive Stellungnahme unserer Partei für die kommenden Kämpfe herausstellen wollen, mit der Debatte über den ersten Punkt der Tagesordnung schließen, um dann, wenn wir zu dem Aktionsprogramm Stellung nehmen, erneut, wenn es notwendig sein sollte, die einzelnen Fragen aufzuwerfen.

Vorsitzender Steinhoff:

Wünscht jemand das Wort gegen den Antrag? — Genosse Lewerenz, Lübeck, hat das Wort.

Lewerenz, Lübeck:

Genossinnen und Genossen! Ich möchte aus folgendem Grunde gegen diesen Antrag sprechen. Genosse Korn aus Lübeck hat heute vormittag Ausführungen gemacht, die meiner Ansicht nach ein vollkommen falsches Bild über die Situation in Lübeck gegeben haben. Ich habe die Absicht, zu diesen Ausführungen des Genossen Korn und zu den Ausführungen von Erich Ollenhauer noch etwas zu sagen. Deshalb spreche ich gegen den Antrag auf Schluß der Debatte.

Vorsitzender Steinhoff:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag auf Schluß der Debatte seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. — Danke schön; die Gegenprobe! — Das erstere war die Mehrheit. Die Debatte ist geschlossen.

Ich erteile nun dem Genossen Ollenhauer das Schlußwort.

Ollenhauer:

Genossinnen und Genossen! Ich kann mich in meinem Schlußwort kurz fassen. Ich muß zunächst mit einem Dank an die Genossen und Genossinnen beginnen, die in dieser politischen Diskussion das Wort genommen haben; denn der größte Teil der Aussprache brachte eine wertvolle Ergänzung meines Referats von heute vormittag. In dieser Aussprache hat sich nach meiner Überzeugung in einer sehr eindeutigen und eindrucksvollen Weise herausgestellt, auf wie breiter Basis die von der Partei in der zurückliegenden Zeit vertretene Politik von den Parteimitgliedern vertreten und gebilligt wird. Es hat sich herausgestellt, sichtbar für die Öffentlichkeit, daß diese Politik von einer breiten Schicht der repräsentativsten Vertreter der deutschen Sozialdemokratie getragen wird. Das ist nach meiner Meinung ein großer politischer Gewinn für die Partei. Es ist auch ein enger innerparteilicher Gewinn, weil die Geschlossenheit der Partei hier so eindrucksvoll unterstrichen wurde.

Auch da, wo einige unserer Genossen und Genossinnen in der Aussprache abweichende Meinungen vertreten haben, sind schon in der Debatte selbst durch andere Diskussionsredner die notwendigen Entgegnungen erfolgt, und ich möchte hier nichts wiederholen, nur einiges unterstreichen. Dabei möchte ich mich auf einige wenige Punkte beschränken.

Ich möchte die Bemerkung von Herbert Wehner unterstreichen, daß wir in der Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit über die Hintergründe des Bonner Empfangs der Pankower Delegation als Sozialdemokraten keinen Augenblick vergessen, daß es sich bei dieser Diskussion zunächst und in erster Linie um eine Krisenerscheinung innerhalb der Parteien der Regierungskoalition und nicht um eine sozialdemokratische Angelegenheit handelt. Natürlich wird, wie immer bei solchen Gelegenheiten, auch diesmal der Versuch gemacht, die eigenen Schwierigkeiten auf die SPD abzuwälzen. Eigentlich sollte es keinen Sozialdemokraten geben, der bei diesem Versuch Hilfestellung leistet. Es ist etwas Betrübliches, daß auch hier in der Debatte durch einen oder zwei der Genossen eine Argumentation entwickelt wurde, als ob es sich um den ersten Versuch eines solchen gesamtdeutschen Gesprächs handele. Wir haben seit 1947 in der deutschen Politik eine ganze Kette von solchen Versuchen gehabt. Von den ersten Anregungen für gesamtdeutsche Gespräche bis zu dem berühmten Konsultativrat war es doch immer die gleiche Linie der kommunistischen Kräfte in der Sowjetzone, festzustellen, auf diese Weise in Westdeutschland die Diskussion über die Einheit Deutschlands auf die Ebene zu bringen, die den Kommunisten paßt und die ihnen hier hilft, ihre Propaganda zu unterstützen. Ich meine, in der Sozialdemokratischen Partei sollte es üblich werden, daß wir nicht jedes Jahr mit dem Elementarunterricht in der Politik und mit einem Rückblick auf die geschichtlichen Ereignisse beginnen. (Lebhafter Beifall.) Wenn andere Leute ein kurzes Gedächtnis haben oder wenn sie heute als Folge der Unentschlossenheit der Bundesregierung in der Frage der deutschen Einheit nervös werden, dann ist das ihre Sache. Die Sozialdemokratische Partei ist von diesen Krisenerscheinungen nicht betroffen. Wir bleiben auf unserer klaren politischen Linie: Jede ernst-

hafte Unterhaltung über die deutsche Einheit muß mit einem direkten Gespräch der vier Mächte beginnen, die für die Spaltung und für die nach dem Krieg in Deutschland durchgeführte Politik verantwortlich sind. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Lassen Sie mich gerade in diesem Augenblick und unter diesem Gesichtspunkt noch eine Bemerkung machen. Lieben wir uns in diesem Stadium auf eine solche gesamtdeutsche Unterhaltung mit unverantwortlichen Repräsentanten der sowjetischen Besatzungsmacht ein, dann würden wir den Kräften unter den vier Mächten helfen, die gar zu gern bereit wären, ihre Verantwortung für das Zustandekommen der deutschen Einheit auf Deutsche abzuladen. (Sehr gut!) Wir sind nicht bereit, hier die Verantwortung zu verschieben. Wir sind bereit, alles zu fördern, was ein ernsthaftes Gespräch zwischen den vier Mächten ermöglicht. Aber sie haben die Verantwortung, und sie haben die erste grundsätzliche Entscheidung über die Basis einer zukünftigen deutschen Einheit in Freiheit.

Dann, Genossen, eine zweite Bemerkung, die in gewissem Zusammenhang mit diesem Punkt der Debatte steht. Ich möchte hier ein Wort für die Lübecker Sozialdemokraten einlegen. Ich glaube, wir würden den Lübecker Sozialdemokraten und der Lübecker Arbeiterschaft, die über eine stolze sozialdemokratische Tradition verfügen, die sie nie aufgeben haben, bitter Unrecht tun, wenn wir sie mit den Auffassungen der beiden heutigen Lübecker Sprecher identifizieren würden. (Beifall.) Allerdings wird es vielleicht nützlicher sein, wenn wir einmal an Ort und Stelle klären, warum die Nähe der Sowjetzongrenze auf einige unserer Lübecker Genossen in so verdächtiger Weise in der Richtung Pankow Vorstellungen hat entwickeln lassen. (Zustimmung und Beifall.) Damit ist diese Frage, glaube ich, für uns in dieser Debatte erledigt.

In der Aussprache sind einige andere Bemerkungen gemacht worden, die ich hier noch einmal kurz berühren möchte. Willy Brandt und ich glaube noch einer der Diskussionsredner hat hier sehr ernsthafte Vorstellungen über die Stellung eines einheitlichen Deutschlands in Freiheit in seinem Verhältnis zu den anderen Mächten entwickelt. Ich glaube, wir sind mit dem Genossen Brandt alle einig, daß es für die Politik eines geeinten Deutschlands, für die Politik einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung wichtige und neue Probleme geben wird. Ich möchte nur darum bitten, Genossinnen und Genossen, daß wir uns in diesem Stadium vor eins hüten, nämlich durch eine Stellungnahme der Sozialdemokratie in der einen oder anderen Richtung, die spätere Entscheidungsfreiheit einer frei gewählten deutschen Regierung zu behindern. In der Diskussion über den Generalvertrag in der ersten Lesung im Bundestag haben wir der Regierung vorgehalten, daß wir einen wesentlichen Nachteil des Generalvertrages darin sehen, daß er in mehr oder minder verklausulierter Form einer frei gewählten deutschen Regierung die Entscheidungsfreiheit über die Außenpolitik einschränkt. Wir würden in den gleichen Fehler verfallen, den die Vertragschließenden hier begangen haben, wenn wir jetzt als Sozialdemokratische Partei den Versuch unternehmen müßten, im voraus ohne Kenntnis der dann gegebenen Situation schon die eine oder andere Form als die einzig mögliche festzulegen. Das ist, glaube ich, ein selbstverständlicher Respekt, den wir vor allem als Sozialdemokraten einer aus freien Wahlen hervorgegangenen freien deutschen Regierung und ihrer Entscheidungsfreiheit entgegenbringen sollten.

Eine andere Bemerkung! Der Genosse Möller-Dostali hat in seiner Rede einige Formulierungen gebraucht, von denen ich wünsche, daß sie auf diesem Parteitag nicht unwidersprochen in die Öffentlichkeit gehen. Er hat in einigen Nebenbemerkungen eine Auffassung über die amerikanische

Politik vertreten, die er unter dem Begriff Amerikanismus mit einem wenn nicht feindlichen, so doch sehr negativen Unterton bezeichnet. Ich habe heute vormittag in meinem Referat die sozialdemokratische Linie in unserem Verhältnis zu den westlichen Mächten einschließlich der Vereinigten Staaten in aller Deutlichkeit klargestellt. Es ist bekannt, daß sich die Sozialdemokratische Partei seit 1945 niemals gescheut hat, öffentlich und freimütig an der Besatzungspolitik oder an der Außenpolitik der Westmächte, soweit sie Deutschland betraf, Kritik zu üben. Ernst Reuter hat heute aus derselben Gesinnung und aus derselben Einstellung hier ebenfalls einige sehr kritische Bemerkungen gemacht, und ich habe nichts davon zurückzunehmen. Wir werden auch in Zukunft den größten Wert darauf legen, daß wir die Unabhängigkeit unseres Standpunktes gegenüber jeder Besatzungsmacht und gegenüber jedem Partner der westlichen Welt zum Ausdruck bringen und aufrechterhalten.

Aber, Genossinnen und Genossen, wir sollten uns in dieser außerordentlich schwierigen und komplizierten Zeit vor allem in der Sozialdemokratie davor hüten, daß wir uns mit schematischen Begriffen und solchen schlagwortartigen Formulierungen abfinden. (Beifall.) Amerikanismus ist ein solches Wort. Es ist falsch, die amerikanische Politik auf einen solchen Generalnenner zu bringen und ihr damit eine negative Betonung zu geben. (Sehr gut!) In diesem Amerika gibt es, weil es eine Demokratie ist, fortschrittliche und reaktionäre Kräfte. In diesem Amerika gibt es eine Außenpolitik, die wir nach unserem besten Wissen und Gewissen für bedenklich oder falsch halten, und darüber kann man reden. Aber wir würden die Positionen in der Auseinandersetzung zwischen den demokratischen und totalitären Kräften völlig verschieben, wenn wir uns in eine negative Front zu den demokratischen Kräften des Westens, in denen Amerika eine führende Rolle spielt, bringen ließen. (Lebhafter Beifall.) Ich sage das nicht als eine Liebeserklärung gegenüber der gegenwärtigen amerikanischen Politik gegenüber Deutschland. Dazu haben wir wirklich keine Veranlassung. Aber wir haben noch viel weniger Veranlassung, durch eine solche Formulierung einer politischen Propaganda Vorschub zu leisten, die den kommunistischen und totalitären Zwecken in Deutschland dienen soll. (Beifall.) Entschuldigt, wenn ich das in dieser Schärfe gesagt habe. (Zuruf: Es war sehr gut!)

Ich hätte mich nicht über dieses eine Wort aufgeregt. Aber wie leicht man bei diesen Dingen ins Rutschen kommt, das hat Genosse Möller-Dostali durch eine andere Formulierung bewiesen, die mir in einer sozialdemokratischen Diskussion unmöglich erscheint. Er hat nämlich davon gesprochen, wir dürften uns in keinen Klassenkampf des Westens gegen den Osten verstricken lassen. Genossinnen und Genossen! Steht denn im Osten etwa im Gegensatz zu der primitiven Auffassung des reaktionären Westens tatsächlich eine fortschrittliche Macht? Geht es hier nicht um Auseinandersetzungen zwischen reiner imperialistischer Politik auf beiden Seiten, bei der die Sowjetunion eine aggressive und expansive Rolle spielt! (Beifall.) Ich glaube, daß der Genosse Möller-Dostali eine solche Auslegung nicht gewünscht hat. Solche politischen Diskussionen in unserer Partei sollten auch dazu dienen, von vornherein bestimmte Begriffe zu klären. Wir dürfen uns die Sache natürlich nicht zu einfach machen. Vereinfachungen dieser Art dienen nicht der Klärung, sondern der Verwirrung und helfen immer den Gegnern der Sozialdemokratie! (Beifall.) Im Essener Antrag — Genosse Möller-Dostali hat das begründet — wird verlangt, ein Manifest an die Partei zu erlassen, um in eine verstärkte Aktion zu gehen. Ich möchte eins sagen: Es gibt kein stärkeres Manifest an die Sozialdemokraten im Lande und an das deutsche Volk als die einstimmige Willenskundgebung

dieses Parteitages über die politische Linie der Partei! (Beifall.) Und dann immer diese Küchenzettel und diese Programmanweisungen für eine verstärkte Aktivität der Partei! Hier reden wir ja als Partei. Und hier sollen wir doch unsere Hoffnungen und Wünsche und Forderungen nicht an solche speziellen Dinge hängen. Wir gehen in schwere politische Auseinandersetzungen. Wir haben sie zunächst und mit aller Entschiedenheit auf der parlamentarischen Ebene zu führen.

Für den Erfolg unserer parlamentarischen Aktion und unserer Arbeit wird von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Maße die Partei draußen diese Arbeit der Fraktion durch Aktivität unterstützt! (Beifall.) Es ist möglich, daß wir uns in manchen Situationen über bestimmte Formen der politischen Aktivität in der Partei zu unterhalten und darüber zu beschließen haben. Aber, Genossinnen und Genossen, es gibt kein Wunder der Technik und der Organisation, das etwa über das hinausgehen könnte, was die Partei an eigener lebendiger Kraft aufbringt! (Sehr richtig!) Und deshalb: weniger Appelle und Rezepte. Wer es damit ernst meint, diese politische Aktion der deutschen Sozialdemokratie in den kommenden Monaten zu unterstützen, der soll von diesem Parteitag in die Bezirke und Ortsvereine zurückgehen, in die Betriebe und Werkstätten, um auf der parlamentarischen Ebene, auf der Ebene örtlicher Kundgebungen und gründlicher Informationen in den Betrieben und Haushalten das Volk für diese sozialdemokratische Politik wachzurufen! (Beifall.) Da liegt eine Aufgabe! Ich bin überzeugt, daß von diesem Parteitag, von dieser politischen Kundgebung die Welle von Kraft ausgehen kann, die die Partei in ihrem Kampf voranträgt, wenn wir alle über Worte und Bekenntnisse hinaus bereit sind, draußen praktische Arbeit zu leisten! (Anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Steinhoff:

Genossinnen und Genossen! Zum Abschluß des Tagesordnungspunktes 2 müssen wir über die Anträge entscheiden. Antrag 178 ist zurückgezogen. Übrig bleiben noch die Anträge Nr. 1, 179 und die heute vorgelegten Anträge Nr. 195 und 196. Parteivorstand, Parteiausschuß und Kontrollkommission haben sich mit diesen Anträgen beschäftigt und schlagen vor, die Anträge Nr. 195 und 196 anzunehmen und dadurch praktisch zum Ausdruck zu bringen, daß sich die Anträge Nr. 1 und 179 erledigen. — Ich lasse abstimmen über die Anträge Nr. 195 und Nr. 196. Die Schlußfolgerung ergibt sich automatisch. Ich höre keinen Widerspruch. Wir verfahren dementsprechend. Die Anträge liegen vor. Sollen sie noch einmal vorgelesen werden? — (Zurufe: Nein!) — Wir stimmen ab. Wer dem Antrag Nr. 195 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. — Ich danke und bitte um die Gegenprobe. — Enthaltungen? — Keine Enthaltungen. Antrag Nr. 195 ist einstimmig angenommen. — Wer Antrag Nr. 196 zustimmt, den bitte ich ebenfalls um das Handzeichen. — Gegenprobe. — Enthaltungen? — Antrag Nr. 196 ist einstimmig angenommen. — Diese einstimmige Annahme entbindet mich der Pflicht, abzuwarten, bis die Mandatsprüfungskommission berichtet hat. Bei einstimmiger Annahme ist der Fall klar.

Ich darf noch daran erinnern, daß sich im Haus die Schumacher-Gedächtnisstätte befindet.

Wir beginnen morgen früh pünktlich 9 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Genossen Eichler über das Aktionsprogramm. Ich danke allen Teilnehmern an den heutigen Beratungen. Der Verhandlungsleiter hat weder heute vormittag noch heute nachmittag von der Glocke Gebrauch machen müssen, weil alle Redner die vorgeschriebene Redezeit eingehalten haben. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende des 2. Verhandlungstages